ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 17. April 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 1/2

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kabinettssitzung in Corona-Zeiten: Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann; zugeschaltet für die Videokonferenz sind die Mitglieder des bayerischen Kabinetts. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Bayerisches Kabinett:

Aspekte der Corona-Virus-Pandemie

Der Ministerrat hat sich in den vergangenen Sitzungen mit unterschiedlichen Aspekten im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie beschäftigt. Dabei lag das Augenmerk insbesondere auf den Themen Wirtschaft und Finanzen sowie Gesundheit und Soziales.

Stichwort Wirtschaft und Finanzen: Um Unternehmen der Realwirtschaft, die gerade für den Wirtschaftsstandort Bayern besonders relevant sind, auch im Falle eines länger andauernden, Corona-bedingten Shut-Downs zu stabilisieren, hat die Bayerische Staatsregierung den Entwurf eines Gesetzes über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur beschlossen. Die Struktur des BayernFonds orientiert sich dabei am Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes.

Eckpunkte

Der Gesetzentwurf enthält insbesondere folgende Eckpunkte:

• Mindestgröße der stabilisierten Unternehmen: Bilanzsumme oder Umsatzerlöse größer als 10 Mio. Euro, mindestens 50 Arbeitnehmer (2 von 3 Kriterien müssen erfüllt sein). Startups müssen in einer abgeschlossenen Finanzierungsrunde von privaten Kapitalgebern mit mindestens 5 Mio. Euro einschließlich des durch diese Runde eingeworbenen Kapitals bewertet worden sein.

• Keine Obergrenze, damit Überschneidungen mit Konzept des Bundes möglich; aber keine Stabilisierung aus BayernFonds, wenn Unternehmen bereits Hilfe vom Bund aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds erhält oder vom Bund aus beihilferechtlichen Gründen keine Stabilisierungsmaßnahme nach dem Stabilisierungsfondsgesetz erhalten hat.

• Einhaltung beihilferechtlicher Vorgaben bei Konditionen und Auflagen der Maßnahmen

• Der BayernFonds erhält ein Volumen von insgesamt 60 Mrd. Euro (Ermächtigung zur Kreditaufnahme von 20 Mrd. Euro und zusätzlichem Garantie- bzw. Bürgschaftsrahmen von 40 Mrd. Euro). Er wird in gemeinsamer Zuständigkeit von Finanz- und Wirtschaftsministerium umgesetzt.

• Errichtung einer Bayerischen Finanzagentur GmbH zur Verwaltung des Sondervermögens des BayernFonds. Die Errichtung soll unter Einbeziehung vorhandener Strukturen erfolgen und so eine schnelle Einsatzfähigkeit des BayernFonds ermöglichen.

• Verschärfung des Investi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Deutscher Landkreistag:

Nüchternheit in der Krise

Der Deutsche Landkreistag ruft die Bevölkerung auf, mit Blick auf die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus weiterhin Geduld zu haben. „Noch müssen wir durchhalten", erklärte Präsident Landrat Reinhard Sager. Umso mehr müsse die Politik in der Zeit bis dahin an Ausstiegszenarien arbeiten mit dem Ziel, absehbar stufenweise wieder zur Normalität zurückzukehren.

Die drängenden Fragen beträfen die Kapazitäten des Gesundheitssystems, die Beschaffung von Schutzausrüstung für den medizinischen Bereich und möglichst viele Masken. Parallel müsse die Politik eine Vorstellung davon entwickeln, wie es gelingen könne, den wirtschaftlichen und alltäglichen Stillstand zu überwinden, natürlich ohne unverantwortliche Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung einzugehen. „Der Schutz der Bevölkerung ist eine Selbstverständlichkeit, so dass an unserer bisherigen Strategie zur Eindämmung des Virus und damit zur Steuerung der Belastung der Krankenhäuser nicht zu rütteln ist. Dieses Vorgehen geht bislang gut auf, was die Zahlen der Neuinfektionen belegen", betonte Sager.

Lockerungsvarianten

Es müsse über mögliche Varianten zur Lockerung der Verhaltensregeln nachgedacht werden: „Diese Diskussion sollten wir nicht im Schwarz-Weiß-Schema führen und ganz ohne Alarmismus. Nüchternheit ist das Gebot der Stunde, denn unser Umgang mit der Krise ist bis zum heutigen Tage auch weltweit gesehen äußerst erfolgreich", stellte der DLT-Präsident fest. Daher könnten beispielsweise digitale Eindämmungsmaßnahmen wie etwa Handy-Apps zur Nachverfolgung von Infizierten-Kontakten oder die sukzessive Wiedereröffnung von Schulen und Kitas überlegenswerte Schritte sein, um zu mehr Freiheit zu gelangen bei gleichzeitiger Kontrolle des Infektionsgeschehens.

Erhebliche Auswirkungen für die Wirtschaft

Der Shutdown führe zu erheblichen Auswirkungen in der Wirtschaft. Trotz Stützungen der verschiedensten Art werde es Firmenpleiten und auch einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen geben. „Deshalb ist es so wünschenswert wie notwendig, die Wirtschaft zumindest schrittweise wieder in Gang zu bringen. Das wird nicht Knall auf Fall passieren können, aber mit einer differenzierten Betrachtung und bei Einhaltung von Schutzabständen müssen Produktion, Verarbeitung, Handel und Dienstleistungen wieder ermöglicht werden."

Auch mit Blick auf die Kommunalfinanzen sei die Lage zwar ernst, lasse sich aber von Bund und Ländern durch umgehende Sofortmaßnahmen im Griff behalten: „Wir brauchen eine Kompensation von Mindereinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von 11,5 Mrd. Euro bis zum Mai. Passiert dies allerdings nicht, stehen Landkreise, Städte und Gemeinden in kurzer Zeit mit dem Rücken zur Wand. Rechtlich ausgeweitete Kreditaufnahmemöglichkeiten sind dagegen nichts als süßes Gift", unterstrich der Verbandschef.

Mitte Mai würden erhebliche Rückzahlungen und Ausfälle von Steuereinnahmen drohen, die sich auch in den kommunalen Finanzen bemerkbar machten. Hinzu kämen Einnahmeausfälle für Beiträge und Gebühren. Dennoch dürfe man nicht unverantwortlich von einer kommunalen Pleitewelle sprechen. Sager: „Die Menschen können sich auch in Krisenzeiten auf den Staat verlassen. Das ist unsere Botschaft. Und das betrifft alle Ebenen – gerade auch die Kommunen, die bei der Eindämmung der Pandemie an vorderster Front ihren Dienst leisten."

Kühler Kopf und nüchterne Analyse

„Jedes Wort von Pleite ist falsch und zerstört Vertrauen in den Staat", pflichtete DLT-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Ruf nach kommunalem Rettungsschirm

Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen infolge der Corona-Krise hat der Deutsche Städtetag von Bund und Ländern einen „kommunalen Rettungsschirm" gefordert.

Laut Verbandspräsident Burkhard Jung hatte die Bundesregierung umfassende Hilfen für die Wirtschaft beschlossen, um Firmen und Jobs zu schützen. Auch nach der Krise wünschten die Menschen, in Städten und Gemeinden zu leben, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen können.

Kommunale Einnahmen brechen stark ein

Jung zufolge brechen die kommunalen Einnahmen stark ein: aktuell bei der Gewerbesteuer, bald auch bei der Einkommensteuer. Hinzu kämen Rückgänge etwa bei den Kitabeiträgen, Einnahmeverluste bei Bibliotheken, Schwimmbädern und Theatern. In der Krise seien zahlreiche Veranstaltungen abgesagt worden, Theater hätten dicht gemacht.

Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Städtetages seien in allen befragten rund 40 Städten bereits Anträge von Unternehmen eingegangen, die Gewerbesteuer zu stunden oder die Vorauszahlungen herabzusetzen. „Wir erwarten nach diesen Ergebnissen schon jetzt ein Minus beim Aufkommen der Gewerbesteuer um mehr als zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr", betonte der Leipziger Oberbürgermeister. „Und dieser Rückgang wird noch viel größer werden. Denn das ist lediglich eine Momentaufnahme kurze Zeit nach dem starken Herunterfahren des öffentlichen Lebens."

Weitere Korrekturen

Noch nicht berücksichtigt seien die Anträge, die bei den Finanzämtern derzeit bearbeitet

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lesung gegen das Vergessen:

Bücher aus dem Feuer

Am Sonntag, den 10. Mai 2020 von 12 bis 14.30 Uhr auf dem Münchner Odeonsplatz und ganztägig online

Seit vielen Jahren werden am 10. Mai öffentliche Lesungen aus den von den Nazis 1933 „verbrannten Büchern" organisiert. Auch dieses Jahr planen die Initiatoren die Zentralveranstaltung am Münchner Odeonsplatz. Ob sie stattfinden kann, wird sich zeigen. Auf jeden Fall wird sie online abgehalten, versichert Initiator Gerhard Schmitt-Thiel.

Die Lesenden, darunter Dieter Reiter, Claus von Wagner, Dieter Hanitzsch, André Hartmann, Anton Biebl, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michaela May, Gisela Schneeberger, Ricci Holt, Dr. Margit Riedel und Studierende der LMU, Peter Machac und Monika Strauch, zeichnen sich auf und verbreiten die Videos unter den Hashtags #keinvergessen und #10mai1933.

Außerdem werden alle Videos auf den Social-Media-Kanälen der Lesung gegen das Vergessen zu sehen sein (@lesung_gegendasvergessen bei Instagram, @lesunggegendasvergessen bei Facebook).

Schmitt-Thiels Vision: In ganz Deutschland lesen Menschen am 10. Mai aus verbrannten Büchern und teilen ihre Lesung über eigene Kanäle im Internet. Mitmachen ist also erlaubt! Näheres dazu hier: www.mohr-villa.de/gegenvergessen. ❐

Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende alles verlieren", zitiert der Rathauschef Benjamin Franklin. Der Bürgermeister ist sich sicher, dass die Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte in Corona-Zeiten von den Verantwortlichen mit größter Sorgfalt ausgeübt wird. S.15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Wie Städte gesünder werden	2
Weg frei für konstituierende Sitzungen	2
Broschüre gibt Hinweise zum Umgang mit Hass	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Corona-Krise: Verantwortungsvolle Politik ist gefragt	3
ORH-Jahresbericht	3
Initiative „Unser Soziales Bayern"	3
Kommunale Entwicklungspolitik	5
Kommunale Bauthemen	6 - 7
Kommunale Energiethemen	8 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Difu-Empfehlungen:

Wie Städte gesünder werden

Wie sollte eine gesundheitsfördernde und gleichzeitig nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung aussehen? Dieser Frage ging die am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte „Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung“ (AGGSE) nach. Deren Diskussionsergebnisse wurden nun als „Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadtentwicklung“ in Form von fünf Thesen veröffentlicht.

These 1: Der gesellschaftliche Wandel ist eine große Herausforderung auf dem Weg zu einer gesundheitsfördernden Kommunalpolitik. Viele Menschen entwickeln als Folge veränderter Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen neue, tragfähige Lebensmuster. Doch dies gelingt längst nicht allen. Entsolidarisierung, soziale Ausgrenzung, Isolation und Gewalt sind Schlagworte für gesundheitsabträgliche Entwicklungen, die auch als Ausdruck einer tiefen sozialen Spaltung interpretierbar ist.

In diesem Kontext kommt der Kommunalpolitik eine tragende Rolle bei der Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten (Settings) zu, da sie als steuernder und planender Akteur im Zuge der Daseinsvorsorge gesundheitsfördernde Prozesse anregen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und umsetzen kann.

These 2: Wollen Städte gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse schaffen, stehen soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und Partizipation im Fokus des Handelns. In deutschen Großstädten ist eine ansteigende Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen zu beobachten. Durch die Aufwertung innerstädtischer Quartiere und steigende Mieten werden Haushalte mit niedrigem Einkommen zunehmend gezwungen, in Stadtrandlagen auszuweichen (Gentrifizierung). Die räumliche Konzentration verstärkt die negativen Auswirkungen von Armut, so auch bezogen auf die gesundheitliche Lage der Bewohner. Vor allem durch wohnungspolitische Maßnahmen und eine verstärkte Sozialraumorientierung als verbindliche Grundlage für ressortübergreifende Planungen sollte der sozialen Segregation entgegengewirkt werden.

In vielen Städten sind Menschen in einzelnen Quartieren und Wohnlagen Mehrfachbelastungen durch ökologische und soziale Probleme ausgesetzt. Diese Belastungen können zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunen, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen und Umwelt-/Klimaschutz, Gesundheitsförderung und soziale Gerechtigkeit mit integrierten Ansätzen zu verfolgen.

Zunehmende Urbanisierung sowie sich weiter verändernde Produktionsabläufe und Lebensstile gehen mit wachsenden Mobilitätsbewegungen einher. Städte müssen hierfür nachhaltige und inklusive Mobilitätssysteme schaffen, die den Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV) priorisieren, das Aufkommen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs reduzieren und damit die Emission von Luftschadstoffen, Treibhausgasen und Lärm senken.

Wichtig sind auch der Erhalt und die Entwicklung urbaner Grün- und Freiräume als Orte der Bewegung, Erholung, Naturerfahrung und sozialen Begegnung. Solche Räume erfüllen für Städte zudem wesentliche bioklimatische und ökologische Funktionen. Und schließlich gehört zu einer nachhaltigen gesundheitsfördernden Stadtentwicklung, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrem Einkommens-, Bildungs- und Sozialstatus – aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

These 3: Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung benötigt integrierte Leitbilder, Handlungsansätze und Strategien. Auch die Bereiche Stadtentwicklung und Stadtplanung, Umwelt und Grün, Verkehr und Mobilität sind gefragt, die örtlichen Lebensverhältnisse zu verbessern und damit zur Gesundheit beizutragen. Hier werden übergreifende Strategien und Maßnahmen benötigt, für die das Gesunde-Städte-Netzwerk, das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt sowie die Strategie Umweltgerechtigkeit gute Beispiele sind.

These 4: Nachhaltige kommunale Gesundheitsförderung braucht eine hinreichende soziale, technische und grüne Infrastruktur. Diese Infrastrukturen tragen dazu bei, dass alle Menschen in einer Kommune gesund und ökologisch verträglich leben können. Die Kommunen haben hierbei einen eigenen großen Gestaltungsspielraum. Damit sie diesen Spielraum nutzen können, müssen die finanziellen Ressourcen der Kommunen dauerhaft und kontinuierlich gestärkt werden.

Gesundheitseinrichtungen zur Diagnostik und Behandlung wie Krankenhausversorgung, ambulante Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten sowie Therapie- und Pflegeangeboten gehören mit zur Daseinsvorsorge, bedürfen aber stärkerer Verzahnung z.B. durch Gesundheitszentren. Sie können auf der kommunalen Ebene wirkungsvoll durch den Aufbau und die Förderung von Selbsthilfestrukturen und sozialraumorientierte Vernetzung ergänzt werden.

These 5: Gesundheitsfördernde Politik in den Städten muss global denken, um im lokalen Handeln globalisierten Verhältnissen gerecht zu werden. Gesundheitsfördernde Kommunalpolitik darf jedoch keine „Kirchturmpolitik“ sein. Globalisierte Herausforderungen finden ihren Ausdruck in einer veränderten globalen Verbreitung von lebensbedrohlichen Infektionen sowie im weltweiten Klimawandel und seinen Folgen. Die Städte sollten sich künftig in globalen Bündnissen für eine nachhaltige Politik der Gesundheitsförderung einsetzen. **DK**

Attacken gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker:

Broschüre gibt Hinweise zum Umgang mit Bedrohungen und Hass

Was können kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unternehmen, wenn man sie in sozialen Netzwerken mit Hassbotschaften überzieht? Wer hilft ihnen bei Bedrohungen? Was schützt vor körperlichen Angriffen? Welche Sicherheitsvorkehrungen sind zu Hause sinnvoll, welche unterwegs? Wo gibt es Unterstützung, wer berät? Zu diesen und weiteren Fragen hat das Nationale Zentrum für Kriminalprävention mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände eine Broschüre zum Umgang mit Bedrohungen und Hass erarbeitet, die jetzt veröffentlicht worden ist.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Leipzig), erklärt: „Immer mehr Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren oder in den Stadtverwaltungen arbeiten, werden bedroht, mit Hass überzogen oder sogar tätlich angegriffen. Das ist nicht hinnehmbar. Politischer Streit, auch hart in der Sache, ist in einer Demokratie notwendig. Aber wir müssen respektvoll miteinander umgehen. Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Die Publikation zeigt Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, aber auch öffentlich Bediensteten konkrete Hilfemöglichkeiten und Handlungsoptionen. Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie und verdienen Schutz und Unterstützung.“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein), betont: „Landrätinnen und Landräte, ehrenamtliche Mitglieder der Kreistage, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozial- und Jugendämtern, den Ausländerbehörden, den Veterinärämtern und anderen Stellen in der Verwaltung werden immer öfter Opfer von Beleidigungen, Drohungen und auch tätlicher Gewalt. Derartige Attacken sind unerträglich und müssen mit rechtsstaatlichem Instrumentarium konsequent geahndet werden. Auch müssen wir im täglichen Miteinander immer wieder deutlich machen, dass wir so etwas in unserer Gesellschaft keinesfalls dulden. Wir alle müssen uns in solchen Fällen schützend vor die Amtsträger und ihre Familien stellen.“

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) sagt: „Die zunehmenden Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträger führen zu immer mehr Rücktritten oder Rückzugsentscheidungen. Die aktuelle Situation schreckt schon Bewerberinnen und Bewerber ab, die sich eigentlich für ihre Kommunen engagieren wollen. Deshalb ist es gut, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene reagiert und auch Länder und Landespolizeibehörden aktiv werden. Notwendig zur Unterstützung der Betroffenen ist es aber auch, dass diese sich der Solidarität der Mehrheit der Gesellschaft sicher sein können.“

Dr. Andreas Armborst, Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention, unterstreicht: „Frustration und Wut werden in unserer Gesellschaft zunehmend deutlicher in Form von Beschimpfungen und Hetze offen zum Ausdruck gebracht und münden nicht selten in Bedrohungen, Aggression und Gewalt. Bisher gibt es noch wenig gesicherte Erkenntnisse darüber, wie man Hasskriminalität wirksam verhindert. Trotz dieser Wissenslücken möchten wir Betroffene bestmöglich unterstützen und ihnen eine Zusammenstellung empfohlener Schutz- und Verhaltensmaßnahmen an die Hand geben.“ ❐

Weg frei für konstituierende Sitzungen

Trotz Corona-Krise finden die konstituierenden Sitzungen der neuen Kreistage und Gemeinderäte statt. Die Vorgaben zum Infektionsschutz müssen dabei eingehalten und Öffentlichkeit könnte via Videostreaming gewährleitet werden.

Die konstituierenden Sitzungen der neu gewählten Stadt- und Gemeinderäte müssen bis zum 14. Mai, die in den Kreistagen bis zu vier Wochen nach dem 1. Mai stattfinden und können nicht verschoben werden. Das hat Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann mitgeteilt. Das folge nicht nur aus den Vorgaben der Gemeinde- und Landkreisordnung. Es sei auch vor dem Hintergrund der andauernden Corona-Pandemie „unerlässlich, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebenen aufrecht zu erhalten“, heißt es zur Begründung im Schreiben des Innenministeriums an Landratsämter, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften. Dabei müsse auch die Öffentlichkeit gewährleitet werden. „Je wichtiger Entscheidungen, desto bedeutsamer größtmögliche Transparenz“. So könnten interessierte Bürgerinnen und Bürger auch via Video-Stream an den Sitzungen als Zuschauer teilnehmen, wo dies vor Ort technisch eingerichtet wird.

Landtag ändert Arbeitsweise

Damit könnten die Gemeinden dem Vorgehen des Bayerischen Landtags folgen. Um die Arbeitsfähigkeit des Landtags auch in Zeiten der Corona-Krise sicherzustellen, hat der Verfassungsausschuss Anfang April einstimmig für eine Änderung der Geschäftsordnung gestimmt. Der Antrag war im Vorfeld der Sitzung von allen parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen vereinbart worden. Konkret wird die Öffentlichkeit von Plenardebatten und Ausschusssitzungen auch durch elektronische Übertragungen ermöglicht. Ausschusssitzungen können komplett oder teilweise per Videokonferenz stattfinden. Zudem wird in allen Ausschüssen nur noch mit insgesamt elf Mitgliedern getagt. Der Antrag soll im Plenum des Landtags am 23. April 2020 beschlossen werden.

Chancen der Digitalisierung

Herrmann kündigte zudem an zu prüfen, wie digitale Lösungen für Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder in der Zukunft auch generell eingesetzt werden können, ohne den Grundsatz der Öffentlichkeit zu verletzen. Nach den Wahlen vom 15. März kommen die neu gewählten Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage im Mai zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen, um erste Weichenstellungen zu treffen. Neben der Wahl der weiteren Bürgermeister und stellvertretenden Landräte gehört dazu auch die Entscheidung, welche Aufgaben während der Corona-Krise auf Ausschüsse übertragen werden, um Sitzungen des Gesamtgremiums in nächster Zeit reduzieren zu können.

Sitzungen in Sporthallen

Generell gilt, dass die bis zum 19. April bestehende Ausgangsbeschränkung, über deren Verlängerung noch nicht entschieden ist, eine Teilnahme an öffentlichen Sitzungen kommunaler Gremien nicht ausschließen würde. Für die Sitzungen müssen Teilnehmer die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts genau beachten. Das gilt vor allem für die Einhaltung des Mindestabstandes. Das kann dazu führen, dass die Zahl der Zuhörerplätze im Vergleich zu normalen Zeiten deutlich reduziert werden muss. „Die Kommunen sollten deshalb auf alle Fälle für ihre Sitzungen größere Räume wie zum Beispiel Sporthallen in Erwägung ziehen“, so Herrmann. **red**

SPD fordert Kopfpauschale

Massive Steuerausfälle werden für viele Kommunen in Bayern aus der Corona-Krise folgen. Die SPD appelliert daher in einer Anfrage an den Freistaat, die Kommunen in der Krise finanziell zu unterstützen. Das geforderte Nothilfeprogramm für Städte, Gemeinden und Landkreise sieht u.a. eine einmalige kommunale Kopfpauschale in Höhe von 100 Euro pro Einwohner vor.

Die Gewerbesteuereinnahmen im zweiten und dritten Quartal werden voraussichtlich im Vergleich zum Vorjahr bis zu 50 Prozent einbrechen. Auf Jahressicht rechnen Experten mit einem Gewerbesteuerrückgang zwischen 30 und 40 Prozent. Ebenso werden die Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuer zurückgehen.

Konjunkturpaket für Investitionen

Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber jedoch nicht die Möglichkeit, Kurzarbeit zu beantragen, obwohl etliche Einrichtungen (Kindergärten, Schwimmbäder, Museen etc.) geschlossen sind. Analog zu den Soforthilfen für Unternehmen fordert die SPD auch einen bayerischen Schutzschirm für Kommunen. Ein Element: ein Zuschuss in Höhe von 100 Euro pro Einwohner.

Zudem fordert sie eine Garantie des Staates, dass trotz der finanziellen Herausforderungen sämtliche Förderprogramme weiterlaufen. Zudem sollte ein umfassendes Konjunkturpaket für kommunale Investitionen vorbereitet werden, damit nach der Krise unmittelbar investiert werden kann. So müsse die Genehmigung der Erhöhung des Kassenkreditrahmens durch die Kommunalaufsicht unbürokratisch und schnell für jede Gemeinde möglich sein. Die Kommunalaufsicht müsse dabei aufgrund der Situation bei der Prüfung der Haushalte der Situation angemessen vorgehen.

Liquiditätsausfälle bewältigen

Dadurch werde es den Kommunen ermöglicht, die Liquiditätsausfälle aufgrund von Steuerstundungen und Steuerausfällen sowie Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter vorübergehend zu bewältigen. Die Erhöhung der FAG-Mittel für Bedarfszuweisungen soll nicht zulasten der Verbundmasse und damit der Schlüsselzuweisungen erfolgen.

Finanzausgleich

Doch die bayerische Staatsregierung hält sich mit Zusagen bislang zurück. Auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Kommunalexperten Klaus Adelt hin, verwies das Innenministerium auf den gegenwärtigen Finanzausgleich. Die bayerischen Kommunen stünden im Bundesvergleich besser da als alle anderen und alle staatlichen Ebenen müssten mit Steuermindereinnahmen klarkommen. „Die bayerischen Kommunen leisten im Krisenmanagement gerade an vorderster Front Großartiges. Die Staatsregierung darf sie hier nicht ins offene Messer laufen lassen“, kritisierte Adelt. „Die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen brechen weg und gleichzeitig sinken die Einnahmen im ÖPNV und etwa bei städtischen Schwimmbädern, Museen und Theatern fallen sie komplett weg.“ Für Adelt eine explosive Gemengelage, die zu einer Pleitewelle führe, wenn nichts unternommen werde. „Viele Städte und Gemeinden, die in der Haushaltskonsolidierung stecken oder diese erst kürzlich überwunden haben, werden gleich wieder in der Schuldenspirale landen“, befürchtete er. **red**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Forstmeier
83567 Unterreit
am 30.4.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Günther Öttinger
63920 Großheubach
am 16.2.

Bürgermeister
Karl Seitle
86668 Karlshuld
am 20.4.

Bürgermeister
Max Schadenfroh
94428 Eichendorf
am 22.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Ilse Thanopoulos
86519 Wiesenbach
am 27.4.

Bürgermeister
Ludwig Eder
94439 Roßbach
am 28.4.

Bürgermeister Reiner Pistner
63825 Schöllkrippen
am 30.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Jokisch
83098 Brannenburg
am 22.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Gisela Hofmann
96167 Königsfeld
am 17.4.

Oberbürgermeister
Thomas Thumann
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 20.4.

Bürgermeister
Werner Grünbauer
82396 Pähl
am 25.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Martin Sailer
86150 Augsburg
am 22.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Patrick Meyer
95503 Hummeltal
am 26.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

ORH-Jahresbericht im Zeichen der Corona-Krise:

Jahrelanger Schuldenabbau zahlt sich aus

Die Corona-Krise fordert die uneingeschränkte Aufmerksamkeit aller staatlichen Organe. Deshalb legt der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) dem Landtag heuer ein verkürztes Prüfungsergebnis für das Haushaltsjahr 2018 vor. So kann das Parlament eine Entscheidung zur Entlastung der Staatsregierung treffen.

Insgesamt bescheinigt der ORH der Staatsregierung für 2018 eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. ORH-Präsident Christoph Hillenbrand zufolge „ist ein knapper Bericht das Gebot der Stunde. Darin bin ich mit dem Vorsitzenden des Landtags-Haushaltsausschusses einig." Die Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise sieht der ORH als klaren Fall für die Aussetzung der Schuldenbremse.

Kredite transparent veranschlagt

Der Bayerische Oberste Rechnungshof begrüßt, dass für die enormen neuen Schulden des Freistaates die Kredite im Haushaltsplan transparent veranschlagt werden und die Tilgung in einem angemessenen Zeitraum erfolgen soll. Nun zahlt sich der jahrelange Schuldenabbau für Bayern aus, auch wenn dessen Tempo zuletzt leider deutlich gebremst war. Zudem kann der Freistaat auf die gut gefüllte Haushaltssicherungsrücklage zurückgreifen. Dieser „Topf für Krisenzeiten" war Ende 2018 noch mit 10,1 Milliarden Euro gefüllt. Schon vor der Corona-Krise wurden davon 3,1 Milliarden Euro für auf Dauer angelegte Ausgaben verplant. Bei den jetzt auf den Weg gebrachten Finanzhilfen kommt es wegen der sehr dynamischen Entwicklung mehr denn je auf schnelle und zielgenaue Wirkungen an; da sollte trotz aller Eile laufend beobachtet und ggf. nachgesteuert werden.

Mit dem aktuellen Jahresbericht hat der ORH unter anderem 14 Prüfungsergebnisse vorgelegt. Mit diesen wird sich der Landtag im Einzelnen beschäftigen und dazu ggf. beschließen, welche Maßnahmen die Staatsregierung einleiten soll.

Bereinigt um Kreditaufnahmen/-tilgungen, Rücklagenbewegungen und Verrechnungen standen den Einnahmen von 63.814 Mio. Euro (+ 6,5 %) Ausgaben von 59.589 Mio. Euro (+ 4,9 %) gegenüber. Unter Berücksichtigung von haushaltstechnischen Verrechnungen wies der Haushalt einen positiven Finanzierungssaldo von 4.225 Mio. Euro aus.

Steigende Steuereinnahmen

Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sind 2018 um 4.037 auf 51.134 Mio. Euro (+ 8,6 %) angestiegen. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben stellen mit 79,3 % im Jahr 2018 (Vorjahr: 79,1 %) den größten Anteil an den Einnahmen des Freistaates dar. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die höheren Einnahmen im Bereich der Gemeinschaftssteuern zurückzuführen. So stiegen allein die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 1,0 auf 17,3?Mrd. Euro (+ 6,1 %).

Die Verwaltungseinnahmen stiegen 2018 um 982,3 Mio. Euro. Dies ist auf ungewöhnlich hohe Einnahmen beim Justizministerium aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten zurückzuführen. Insgesamt gingen die Verwaltungs- und weiteren Einnahmen leicht zurück. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2018 keine Kapitalrückzahlung der BayernLB erfolgte.

Zu den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit zählen auch die Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen. Obwohl die Einnahmen aus der Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten um 16 auf 350 Mio. Euro stiegen, sanken 2018 die Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen um 10,7 %. Grund hierfür war insbesondere der Rückgang der aus der Beteiligung an der BayernLB erzielten Einnahmen aus Zinsen und Dividenden auf 72,9 Mio. Euro (- 44,1 Mio. Euro).

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen sanken im Vergleich zu 2018 insgesamt um 193 auf 6.822 Mio. Euro (- 2,8%). Die Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen sowie besondere Finanzierungseinnahmen stiegen im Vergleich zu 2018 insgesamt um 1.108 auf 2.285 Mio. Euro (+ 94,2 %).

2018 wurden für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen 25.862 Mio. Euro verausgabt. Dies waren 1.363 Mio. Euro (+ 5,6 %) mehr als im Vorjahr. Der größte Einzelposten ist regelmäßig die Zahlung Bayerns in den Länderfinanzausgleich. 2018 betrug diese 6.634 Mio. Euro. Die Zahlungen sind gegenüber 2017 um 523,8 Mio. Euro gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Steuereinnahmen zurückzuführen. Der bayerische Anteil belief sich 2018 auf 58,3 % (Vorjahr: 52,6 %) des gesamten Ausgleichsvolumens.

Steigende FAG-Ausgaben

Auch 2018 waren die steigenden Ausgaben beim Kommunalen Finanzausgleich für den Anstieg der Zuweisungen und Zuschüsse verantwortlich. Diese Leistungen sind größtenteils von der Entwicklung der Steuereinnahmen abhängig. Aufgrund der deutlich höheren Steuereinnahmen erhöhten sich die Zuweisungen an die Kommunen insgesamt um 455 Mio. Euro (+6,6 %; Vorjahr: + 3,3 %) auf 7.347 Mio. Euro.

Nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz erhält jeder Pflegebedürftige mit Hauptwohnsitz in Bayern ab dem Pflegegrad 2 eine jährliche Einmalzahlung in Höhe von 1.000 Euro. Mit dem 2. NHG (Nachtragshaushaltsgesetz) 2018 wurden die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt. 2018 wurden hierfür erstmalig 254 Mio. Euro verausgabt.

Die Ausgaben für das Bayerische Betreuungsgeld gingen 2018 um 45,5 auf 177 Mio. Euro zurück. Das Betreuungsgeld wurde zum 01.09.2018 durch das Bayerische Familiengeld abgelöst. Die Ausgaben hierfür beliefen sich 2018 auf 189 Mio. Euro.

Die Zuschüsse und Zuweisungen im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sind um 65 auf 1.131 Mio. Euro angestiegen. Davon entfiel der Großteil auf die vom Freistaat an die Verkehrsunternehmen zu leistenden Bestellerentgelte (1.105 Mio. Euro; + 68 Mio. Euro).

Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sowie für die Beitragsentlastung der Eltern wurden 1.875 Mio. Euro (Vorjahr: 1.848 Mio. Euro) verausgabt. Die Steigerung um 27 Mio. Euro betraf im Wesentlichen die laufende Betriebskostenförderung. Die Zuschüsse und Zuweisungen für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten in allen Schularten stiegen 2018 um 21 auf insgesamt 243 Mio. Euro.

Die Ausgaben für Investitionen wuchsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 691,5 auf 6.603 Mio. Euro an. Die Investitionsquote betrug 11,1 %. Bei den Ausgaben für Baumaßnahmen wurde rund die Hälfte der Ausgaben für Große Baumaßnahmen (828 Mio. Euro) verausgabt. Für den staatlichen Straßen- und Brückenbau wurden 26,5 % (Vorjahr: 25,8 %) der Mittel verausgabt.

Der Bestand der Rücklagen und Sondervermögen (ohne Grundstock) hat sich wie folgt entwickelt: Mit der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage werden Risiken künftiger Haushalte und Bürgschaften abgesichert. Aufgrund des positiven Verlaufs der Einnahmen konnten der Rücklage per Saldo 1.825 Mio. Euro zugeführt werden. Ihr Bestand belief sich zum 31.12.2018 auf 10 Mrd. Euro.

Die Rücklage „Zukunft Bayern 2020" sichert die Finanzierung des gleichnamigen Programmpakets. Dieses umfasste ursprünglich 1,7 Mrd. Euro aus Steuermehreinnahmen der Jahre 2007/2008 und betrifft im Wesentlichen Investitionen mit Schwerpunkten in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Arbeit sowie Klimaschutz. 2018 wurden für diese Zwecke 9,7 Mio. Euro aus der Rücklage entnommen.

Zukunftsprogramme

Privatisierungserlöse dürfen nur für den Neuerwerb von Grundstockvermögen verwendet werden. Ein Teil dieser Privatisierungserlöse wurde im Rahmen der Zukunftsprogramme „Offensive Zukunft Bayern", „Bayern 2020 plus", „Nord- und Ost-Bayern-Programm" sowie „Strukturprogramm Nürnberg-Fürth" grundstockkonform verwendet. Die für diese Maßnahmen teilweise bereits im allgemeinen Haushalt eingeplanten Mittel von 9,0 Mio. Euro wurden insofern nicht mehr benötigt und der Sonderrücklage „ersparte Haushaltsmittel" zugeführt.

2018 wurden 1,5 Mrd. Euro Schulden getilgt. Die Schulden am Kreditmarkt zum 31.12.2018 lagen bei 15,9 Mrd. Euro. Die aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen erhöhten sich um 0,9 Mrd. Euro. Werden diese in Anspruch genommen, können sich die Schulden am Kreditmarkt auf 27,0 Mrd. Euro erhöhen. Bei diesen Schulden handelt es sich um Schuldscheindarlehen, Landesschatzanweisungen und Kreditrahmenverträge. 2018 umfassten die Kreditrahmenverträge 755,0 Mio. Euro. Diese werden nur bei Bedarf zur kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung in Anspruch genommen. 2018 war dies infolge der guten Liquidität nur sehr selten und nur in geringer Höhe notwendig.

Wie bereits im Vorjahr hat das Finanzministerium keine zinsrelevanten Darlehen aufgenommen, da alle fälligen Anschlussfinanzierungen mit Ausnahme der Kreditrahmenverträge und Aussetzungsfloater aufgeschoben wurden. Der ORH stuft das Schuldenportfolio des Freistaates aufgrund seiner konservativen und langfristigen Struktur als risikoarm gegenüber Zinsänderungen ein. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei zentrale Themen haben die kommunalpolitische Familie in den zurückliegenden Wochen besonders bewegt: Die Kommunalwahlen 2020 und insbesondere natürlich die weltweite Corona-Pandemie. Letztere hatte sicherlich auch noch Einfluss auf die Wahlen, sie hat aber auch unser aller Leben verändert und wird auch in den nächsten Monaten den kommunalpolitischen Alltag dominieren. Mehr denn je ist jetzt von uns allen eine verantwortungsvolle Politik gefragt!

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die wirtschaftliche Stärke Bayerns und die gute Haushaltslage der bayerischen Kommunen durch das Virus gefährdet sind. Jedoch war ein konsequentes Handeln der Regierenden in dieser weltweiten Krisensituation notwendig und auch von der Bevölkerung erwartet worden, was die hohe Akzeptanz der Maßnahmen zeigt. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen für den Ausbau des Gesundheitssystems und zur Rettung der Wirtschaft sind sehr kostenintensiv und führen zu finanziellen Einschränkungen in anderen Lebensbereichen. Dies gilt auch für die Kommunen, da davon auszugehen ist, dass insbesondere Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen massiv wegbrechen werden. Hierfür wird langfristig eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch Bund und Land nötig sein.

Corona-Krise: Verantwortungsvolle Politik ist gefragt

Die Menschen wollen in dieser Zeit insbesondere, dass die Politik vor Ort ihrer Verantwortung für das Gesundheitssystem gerecht wird und dass staatliche wie auch kommunale Gelder dort ausgegeben werden, wo sie dringend nötig sind. Man wird auch erst am Ende der Krise bewerten können, welche Maßnahmen sich bewährt haben und welche eher nicht. Es ist immer leichter, die Regierenden für Ihr Handeln zu kritisieren als selbst die Gesamtverantwortung inne zu haben. Unsere Verantwortlichen in Bund und Land leisten derzeit eine sehr gute Arbeit, um die Folgen der Coronakrise möglichst gering zu halten. Zudem haben wir eine starke Verwaltung, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege sowie ein gut funktionierendes Netz aus Freiwilligen, die nun alle dazu beitragen, dass wir die Krise möglichst gut meistern. Allerdings müssen in einer Demokratie auch kritische Einwände möglich sein, wie mahnende Stimmen in Sorge um die Stabilität der staatlichen und kommunalen Haushalte oder um ein Wegbrechen vieler Wirtschaftszweige. Auch wenn oberste Priorität bei allem Handeln derzeit die Gesundheit der Menschen haben muss, dürfen diese Aspekte nicht ganz außer Acht gelassen werden, denn mit blindem Aktionismus ist niemandem geholfen. Bei allen Entscheidungen müssen jetzt alle Belange sorgsam abgewogen werden.

Den Kritikern, die die Maßnahmen und Ausgaben im Rahmen der Coronakrise für überzogen halten, möchte ich noch Folgendes mit auf den Weg geben: Die Erfahrungen aus der Coronakrise werden für die Menschheit vielleicht noch von großer Bedeutung sein. Es ist nicht auszuschließen, dass eines Tages ein neues Virus mit vergleichbar weitreichenden Auswirkungen auftritt. Dann ist man sicherlich froh, wenn die Politik ihre Erfahrungswerte aus der derzeitigen Krise zur Bekämpfung einsetzen kann. Zudem darf uns zuversichtlich stimmen, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft durch diese Krise gestärkt wird.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und der Kommunalpolitik treu.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Unser Soziales Bayern:

Solidarität im Schulterschluss mit vielen Akteuren

Sozialministerin Trautner: Initiative ist in der Corona-Krise ein wertvoller Stabilitätsanker für unsere Gesellschaft

Bayerns Sozialministern Carolina Trautner zeigt sich erfreut, dass in der aktuellen Situation viele Akteure im Sozialen Bayern an einem Strang ziehen: „Wir haben die Sorgen und Ängste der Menschen sehr ernst genommen und von Anfang an im Schulterschluss mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden auf verschiedenen Ebenen entsprechend agiert."

„Unsere Initiative für Seniorinnen und Senioren hat großen Anklang in den Kommunen gefunden und wird von zahlreichen Ehrenamtlichen unterstützt. Wir haben uns im Bund mit Erfolg dafür eingesetzt, dass es einen Rettungsschirm für soziale Einrichtungen gibt. Zusätzlich haben wir im Kabinett beschlossen, dass auch weitere soziale Träger Anspruch auf die unbürokratischen Soforthilfen haben. Wir haben die Jugend- und Familienhilfe sowie die Frauenhäuser gestärkt. Die Initiative „Unser Soziales Bayern" ist in der Corona-Krise ein wertvoller Anker an Stabilität für unsere Gesellschaft", erklärte die Ministerin.

Kommunen koordinieren ehrenamtliches Engagement

Landkreise und kreisfreie Städte werden mit insgesamt sieben Mio. Euro unterstützt, um ehrenamtliches Engagement zu koordinieren.

Im Bund hat sich die Sozialministerin erfolgreich dafür eingesetzt, dass es einen Schutzschirm für soziale Einrichtungen mit Zuschüssen von bis zu 75 Prozent der üblichen monatlichen Leistungsentgelte gibt. Ergänzend hat am vergangenen Dienstag das bayerische Kabinett beschlossen, dass soziale Einrichtungen und Träger, die nicht von dem bundesweiten Schutzschirm profitieren, unbürokratische Soforthilfen erhalten. Davon profitieren beispielsweise Vereine, Stiftungen oder gemeinnützige Träger mit bis zu 250 Beschäftigten.

Auf Forderung Bayerns hat der Bund einen Entschädigungsanspruch für erwerbstätige Eltern eingeführt, wenn sie wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht arbeiten können. So werden die Verdienstausfälle, die auf die Schließung bzw. Betretungsverbote von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zurückzuführen sind, grundsätzlich in Höhe von 67 Prozent des Verdienstausfalls für bis zu sechs Wochen gezahlt. Davon profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige gleichermaßen.

Gewaltprävention in Familien

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen. Das ausgeweitete telefonische Beratungsangebot wird zunehmend genutzt, es liegen bislang aber keine konkreten Hinweise auf eine vermehrte Inanspruchnahme von Frauenhäusern vor. Laut Sozialministerin Trautner können derzeit freie, nicht genutzte Einrichtungen vor Ort in Absprache zwischen den Kommunen und dem jeweiligen Träger als mögliche Ausweichunterkünfte verwendet werden.

Zur Förderung der Gewaltprävention in Familien unterstützt das Sozialministerium kurzfristig die AETAS Kinderstiftung für den Aufbau einer Kinder-Krisen-Intervention und einer Telefonhotline mit rund 135.000 Euro. Außerdem bietet das Ministerium auf seiner Homepage relevante Informationen und Handreichungen für Familien und pädagogische Fachkräfte.

Menschen mit Behinderung sind in diesen Zeiten besonders gefordert und werden vom Sozialministerium mit vielfältigen Informationen versorgt, die Orientierung und Hilfestellung für sie und ihr soziales Umfeld beinhalten. Da Menschen mit Behinderung derzeit keine Möglichkeit haben in den Werkstätten zu arbeiten, hat Sozialministerin Trautner die Challenge „Werkstätte goes Homeoffice" ausgerufen.

Die Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege funktioniert weiterhin zuverlässig und ist an den Werktagen in den Osterferien sichergestellt. Beschäftigte in den systemrelevanten Berufen wie dem Gesundheitswesen sollen durch das Angebot entlastet werden. Darüber hinaus unterstützt der Freistaat die Eltern weiterhin mit zahlreichen familienpolitischen Leistungen wie Krippengeld, Familiengeld und Beitragszuschuss für die Kindergartenzeit. Zudem erhalten alle Träger trotz der Betretungsverbote grundsätzlich weiterhin die volle Betriebskostenförderung.

Die Stiftung Obdachlosenhilfe unterstützt kurzfristig Projekte zur Corona-Hilfe mit bis zu 50.000 Euro. ❐

Appell des Ministerpräsidenten:

Vorsicht und Umsicht!

Ministerpräsident Markus Söder bittet die Menschen in Bayern weiter um Geduld bei der Bewältigung der Corona-Krise. In seiner Osteransprache wies er darauf hin, dass es auch nach den Osterferien nicht einfach so weitergehen könne wie vorher.

„Wer zu früh lockert, riskiert einen Rückfall", warnte Söder. Solange es keinen Impfstoff oder keine Medikamente gebe, seien Vorsicht und Umsicht geboten. Es werde ständig abgewogen, ob all die Einschränkungen noch angemessen und verhältnismäßig sind.

Trotz allem gab sich Söder zuversichtlich. „Unsere Experten sagen: Wir bekommen Corona langsam unter Kontrolle." Mehr als 50.000 zusätzliche Neuinfektionen seien verhindert worden. Trotzdem gebe es viele Todesfälle, von denen jeder einzelne schmerze.

Die Corona-Krise hat die Menschen aus Sicht des Ministerpräsidenten zusammengeschweißt: „Der Zusammenhalt ist größer geworden und viele Menschen wachsen über sich hinaus." Die Bayern erlebten jeden Tag „großartiges Engagement und Nächstenliebe". **DK**

Aspekte der...

(Fortsetzung von Seite 1)
tionsprüfungsrechts im Außenwirtschaftsrecht zum Schutz vor einem Ausverkauf sensibler/systemrelevanter Unternehmen durch unionsfremde Investoren. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang darum gebeten, die schon im vergangenen Jahr in die Wege geleitete dauerhafte Verschärfung des deutschen Außenwirtschaftsrechts, mit der zum einen zwingende Vorgaben der EU umgesetzt und zum anderen die neu von der EU eingeräumten Handlungsspielräume genutzt werden sollen, zügig abzuschließen.

Meldepflicht und Prüfrecht

Darüber hinaus müssten schnellstmöglich und zeitlich befristet für alle Branchen eine Meldepflicht und ein Prüfrecht für einen Eintritt des Bundes oder eines Bundeslandes ab einer Beteiligung in Höhe von zehn Prozent geschaffen werden, um Transparenz über drohende Übernahmen herzustellen.

Beschlossen hat die Bayerische Staatsregierung zudem eine Anpassung der Förderhöchstsummen im Soforthilfeprogramm Corona (von derzeit 15.000 Euro auf 30.000 Euro für Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern und von derzeit 30.000 Euro auf 50.000 Euro für Unternehmen bis zu 250 Mitarbeitern).

Richtlinien werden angepasst

Das Wirtschaftsministerium wird außerdem die Richtlinien des bayerischen Programms mit Blick auf die Definition des Liquiditätsengpasses an die Regelungen des Bundesprogramms anpassen, um im Verwaltungsvollzug einen Gleichlauf der beiden Programme zu gewährleisten.

Von der Verbesserung profitieren zum einen Unternehmen der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Primärerzeugung wie etwa Gärtnereien sowie zum anderen wirtschaftlich tätige Körperschaften des Non-Profit-Sektors. Das trifft beispielsweise auf Vereine, Stiftungen oder gemeinnützige GmbHs als Träger von Schullandheimen, Jugendherbergen und Bildungseinrichtungen zu.

Daneben gilt das Programm, das insgesamt Mittel in Höhe von fünf Mrd. Euro umfasst, weiterhin unverändert für Unternehmen, die wirtschaftlich und damit am Markt tätig sind.

Die Versorgung mit kurzfristiger Liquidität kann für Unternehmen in der Krise existenzentscheidend sein. Um schnell helfen zu können, hat die LfA-Förderbank Bayern bereits Darlehensprogramme zur Bewältigung der Corona-Krise aufgelegt. Nach einer Änderung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU wird das Angebot der LfA nun noch um ein neues Darlehensprodukt mit einer 100-prozentigen Haftungsfreistellung für Kleinunternehmer bis 10 Mitarbeiter ergänzt.

Unternehmen bis 5 Mitarbeiter können dabei Darlehen bis zu 50.000 Euro erhalten, Unternehmen bis 10 Mitarbeiter bis zu 100.000 Euro. Die notwendige Risikoentlastung der LfA in Höhe von bis zu insgesamt 12 Mrd. Euro soll durch entsprechende Rückbürgschaftsermächtigungen im Rahmen der parlamentarischen Behandlung des zweiten Nachtragshaushalts 2019/2020 berücksichtigt werden.

Stichwort Gesundheit und Soziales

Die Bayerische Staatsregierung hält die konsequente Fortführung der Eindämmungs-Strategie für wichtig, um die Ausbreitung von Coronavirus-Infektionen im Freistaat zu verlangsamen. In diesem Zusammenhang sollen in allen Landkreisen Contact Tracing Teams für die Ermittlung, Aufklärung und Begleitung von Kontaktpersonen bestätigter COVID-19-Patienten eingesetzt werden. Der hierfür bei den Gesundheitsämtern zusätzlich erforderliche Personalbedarf von rund 3.000 Mitarbeitern wird durch Abordnungen aus anderen Ressorts gedeckt. Außerdem werden die Gesundheitsämter durch Polizeibeamte unterstützt. Das Gesundheitsministerium kümmert sich besonders um die Gewinnung von medizinischem Fachpersonal.

Kostenfreie Verpflegung

Seit dem 1. April stellt der Freistaat Bayern eine kostenfreie Verpflegung für alle Bediensteten bayerischer Krankenhäuser, Universitätsklinika, Rehabilitationskliniken sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sicher. Er übernimmt dabei die Kosten für die Verpflegung der Bediensteten durch Kantinen und, für den Fall, dass Einrichtungen keine Verpflegungsmöglichkeit vorhalten können, übliche und angemessene Kosten für externe Bewirtung, etwa durch Catering. Die Erstattung wird auf Antrag der jeweiligen Einrichtung erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Mit der Abwicklung des Programms wird das Landesamt für Finanzen beauftragt.

Pflegekräfte in Krankenhäusern, Rehabilitationskliniken, Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten und Notfallsanitäter und Rettungsassistenten leisten Enormes bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Sie halten die wichtige Gesundheitsversorgung am Laufen und sind trotz aller Vorkehrungen einem zusätzlichen Infektionsrisiko ausgesetzt. Die Staatsregierung wird ihnen deshalb als Zeichen der Anerkennung für dieses außergewöhnliche Engagement in Bayern eine einmalige Sonderzahlung gewähren. Berechtigte, die regelmäßig mehr als 25 Stunden/Woche arbeiten, erhalten 500 Euro, Berechtigte, die regelmäßig 25 Stunden/Woche oder weniger arbeiten, erhalten 300 Euro.

Mit Hochdruck wird an der Beschaffung von Schutzausrüstung, medizinischen Geräten und weiterem medizinischem Verbrauchsmaterial gearbeitet. Die Bayerische Staatsregierung wird dabei von vielen Akteuren auch aus der bayerischen Wirtschaft unterstützt. Die internationale Marktlage stellt die Beschaffung von Schutzausrüstungen, Beatmungsgeräten und weiteren medizinischen Großgeräten (insbesondere CTs) jedoch vor viele Herausforderungen. So ist oft der Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erforderlich und Aufträge werden oft nur mit hohen Vorauszahlungen angenommen. Ein reguläres Vergabeverfahren kann aufgrund der kurzen Zeitfenster der Angebote in der Regel nicht durchgeführt werden.

Schlagkräftige Beschaffungsstruktur

Diese Herausforderungen erfordern eine schlagkräftige Beschaffungsstruktur und ausreichend finanzielle Mittel. Das Gesundheitsministerium wird deshalb ermächtigt, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Beschaffungsaufträge für Schutzausrüstung und Verbrauchsmaterial bis zu 25 Mio. Euro netto sowie für Medizingeräte bis zu 50 Mio. Euro netto je Angebot zu vergeben. Gehen Angebote über diese Betragsgrenzen hinaus, ist vor der Auftragsvergabe die Zustimmung des Ministerrats oder im Eilfall des Katastrophenstabs Corona-Pandemie einzuholen. **DK**

Ruf nach kommunalem ...

(Fortsetzung von Seite 1)
werden. „Und in den nächsten Wochen werden weitere Stundungen und Korrekturen bei den Vorauszahlungen der Gewerbesteuer erwartet."

Eine weitere Umfrage des Städtetages bei rund 200 Städten hat Jung zufolge ergeben, dass sich mehr als die Hälfte der Städte durch die Corona-Krise zu starken Einschränkungen bei der Haushaltsführung gezwungen sieht. „Ein Viertel der befragten Städte plant Haushaltssperren oder hat diese bereits beschlossen. Noch mehr Städte ergreifen andere Maßnahmen der Haushaltsbewirtschaftung. So werden Ausgaben, die bisher geplant und beschlossen waren, stark beschränkt."

Steigende Ausgaben

Auf der anderen Seite stiegen die Ausgaben der Kommunen bundesweit durch die unmittelbar nötige Krisenbewältigung, etwa in den Gesundheitsämtern, so Jung. In Kürze werde es zudem bei den Sozialausgaben deutliche Anstiege geben, allein bei den Kosten der Unterkunft für Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende würden die Kommunen mindestens zwei Milliarden Euro zusätzlich tragen müssen. „Die Städte unterstützen außerdem viele Unternehmen vor Ort sowie eine Vielzahl von privat getragenen Einrichtungen und Vereinen mit eigenen Maßnahmen und Mitteln. Wir wollen so verhindern, dass für die Stadtgesellschaft wichtige Strukturen wegbrechen."

Für struktur- und finanzschwache Städte verschärfe sich die ohnehin schon kritische Situation zusätzlich. Laut Verbandschef „waren ihre Haushalte häufig schon vor Corona durch strukturbedingte Altschulden schwer belastet. Sie werden weiterhin einen klaren Schuldenschnitt brauchen, um nach der Krise wieder auf die Beine kommen zu können. Deshalb muss das Problem der kommunalen Altschulden auf der Tagesordnung bleiben und gelöst werden." In der Bundesregierung lief bereits vor der Corona-Krise eine Debatte über die Entlastung der Kommunen von Altschulden.

Neben den Kommunen gerieten auch kommunale Unternehmen durch die Corona-Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten, hob Jung hervor: „So sind beispielsweise Verkehrsbetriebe, Messen, Flughäfen, Veranstaltungszentren, Häfen, Bäder, Zoologische Gärten und Kultureinrichtungen durch Einnahmeausfälle zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Kommunale Unternehmen sollten deshalb unbedingt Zugang zu den Liquiditätshilfen und Darlehensprogrammen von Bund und Ländern bekommen, die für die Wirtschaft aufgelegt worden sind."

Corona-Beschränkungen nicht zu früh lockern

Zudem halten es die deutschen Städte für angebracht, die Beschränkungen in der Corona-Krise nicht zu früh zu lockern. Sie unterstützen diese Linie von Bund und Ländern. Der Bund wird aufgefordert, die flächendeckende Versorgung mit Beatmungsgeräten, Schutzkleidung und Atemschutzmasken sicherzustellen. Die Städte plädieren für bundesweit einheitliche Handlungsstrategien für Corona-Infektionen in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Auch gehen die Städte davon aus, dass durch das Krankenhausentlastungsgesetz des Bundes ein finanzieller Schutzschirm für weite Teile der stationären Gesundheitsversorgung nicht erreicht wird.

Gesundheit hat höchste Priorität

„Auch wenn die Innenstädte im Moment fast leer sind und unseren Städten viel von ihrer Lebendigkeit fehlt: Die Gesundheit der Menschen muss jetzt höchste Priorität haben", stellte Burkhard Jung fest. Es dürfe erst dann Lockerungen geben, wenn sich ein Erfolg der Maßnahmen einstellt. „Da stellen wir uns klar hinter die Linie von Bund und Ländern. Genauso wichtig ist, rechtzeitig Antworten darauf zu finden, wie lange die Maßnahmen dauern und wie wir stufenweise zur Normalität zurückkehren können. Bereits jetzt ist dafür eine Strategie zu erarbeiten, die Städte bieten dabei ihre Unterstützung an." Um den Menschen Orientierung zu geben, müsse gerade in der Krise eine gute Kommunikation bei allen Entscheidungen der Politik praktiziert werden.

Dringenden Handlungsbedarf sehen die Städte für Alten- und Pflegeeinrichtungen. Jung zufolge „ist es besonders bedrückend, dass die Zahl von Corona-Infektionen in Alten- und Pflegeheimen steigt. Wir brauchen hier kurzfristig bundesweit einheitliche Bewertungsmaßstäbe und Handlungsstrategien. Das Bundesgesundheitsministerium und die Minister-Konferenzen der Länder sollten dringend handeln, damit einheitliche Vorgaben entstehen."

Die Städte fordern Bund und Länder auf, unbürokratisch die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Krankenhauskapazitäten zügig und der Situation entsprechend aufstocken zu können. Nach Ansicht des Städtetagspräsidenten ist es „ein wichtiger Schritt, dass der Bund ein Paket zur Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser und zum Ausgleich ihrer COVID-19 bedingten finanziellen Belastungen auf den Weg gebracht hat. Die Städte gehen aber davon aus, dass das Ziel eines finanziellen Schutzschirms für weite Teile der stationären Gesundheitsversorgung mit dem Gesetz nicht erreicht wird. Wir halten es für dringend erforderlich, kurzfristig zu überprüfen, wie hier nachgesteuert werden kann, um erhebliche Finanzierungslücken unbürokratisch zu schließen."

Bauplanungsrecht erleichtern

Für den Fall, dass Kapazitäten für die Behandlung von Erkrankten schnell erhöht werden müssen, seien auch Erleichterungen im Bauplanungsrecht nötig, um Gebäude anders zu nutzen bzw. neu errichten zu können.

„Die deutschen Städte tun alles, um während der Corona-Pandemie die Gesundheit der Menschen zu schützen und ihre Versorgung in wichtigen Bereichen zu sichern", heißt es in einem Beschluss des Städtetags-Präsidiums. „Neben dem ärztlichen und Pflegepersonal leisten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen und bei den kommunalen Versorgern, die Rettungskräfte und Einsatzkräfte ihr Bestes, um diese Krise zu meistern."

Die Krise stelle Deutschland, Europa und die Welt vor eine in dieser Weise nie dagewesene Bewährungsprobe. „Die deutschen Städte bekunden ihre Solidarität mit den betroffenen Kommunen anderer Länder. Sie leisten nach ihren Möglichkeiten und Kräften Unterstützung. Dazu war und bleibt der Zusammenhalt in Europa noch nie so wichtig wie heute." **DK**

Nüchternheit in der ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke bei. Landkreise und Gemeinden könnten nicht pleitegehen. „Wir brauchen einen kühlen Kopf und eine nüchterne Analyse der kommunalen Mindereinnahmen und Mehrkosten." Aufgeregtheit sei fehl am Platze. Landkreise, Städte und Gemeinden bräuchten schnell konkrete und verlässliche Hilfe. Die wichtigste Botschaft laute: Gerade die Kommunen und ihre Einrichtungen, zu denen insbesondere auch die Sparkassen zählten, müssten in der Krise ein Stabilitätsanker sein. Wenn Krisenzeiten gemeinhin als „Zeit in der Exekutive" gelten würden, meine das in erster Linie die kommunale Selbstverwaltung. „Gerade durch sie zeigt der Staat sein Gesicht".

Henneke rechnete vor: Die Kommunen hätten mit Steuerausfällen von etwa 12 Mrd. Euro und SGB II-Mehrausgaben in Höhe von etwa 2 Mrd. Euro zu rechnen. Hinzu würden weitere Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen treten, so dass gegenüber den bisherigen Annahmen ca. 16 Mrd. Euro fehlten.

Deshalb erwarte der Deutsche Landkreistag vom Bund, dass die finanziellen Mehrbelastungen der kommunalen Ebene durch das SGB II und weitere Folgen der Eilgesetzgebung finanziell kompensiert werden. Das gehe verfassungsrechtlich unmittelbar nur auf der Einnahmeseite – und zwar durch eine erhöhte kommunale Umsatzsteuerbeteiligung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro, die nach einem ortsbezogenen, d. h. einwohnerbezogenen und nicht nach einem das Steuerkraftgefälle der Kommunen noch verstärkenden wirtschaftsbezogenen Schlüssel horizontal verteilt wird.

Von den Ländern wird laut Henneke erwartet, dass diese möglichst unverzüglich jeweils ein „Kommunalmindestfinanzausstattungs-Sicherstellungsgesetz" erlassen, mit dem sie dafür Sorge tragen, dass die für die Kommunen unverschuldet wegbrechenden Steuereinnahmen durch befristet zu gewährende Schlüsselzuweisungen des Landes substituiert werden. Jetzt gelte es außerdem für alle Länder, gegenwartsbezogen die Entstehung neuer Kassenkredite zu vermeiden, anstatt über die Ablösung alter Kassenkredite zu diskutieren. Für derartige Maßnahmen der Länder müssten in den Flächenländern insgesamt 9 Mrd. Euro, also durchschnittlich ca. 120 Euro pro Kopf der Bevölkerung, bereitgestellt werden. **DK**

Positionspapier des Bayerischen Volkshochschulverbands

Geschaffen als Orte der Begegnung mussten die Volkshochschulen aufgrund der aktuell notwendigen Ausgangsbeschränkungen ihren Präsenzkursbetrieb einstellen – und umdenken.

„Durch die aktuelle Gesundheitskrise und die gebotene soziale Distanzierung ist die Erwachsenenbildung in ihrem Innersten getroffen – und herausgefordert", so Dr. Regine Sgodda und Dr. Christian Hörmann vom Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands in einem aktuellen Positionspapier. „In diesem Bewusstsein entsteht Neues. Volkshochschulen zeigen einmal mehr (wie schon 2015 während der Flüchtlingskrise), was in ihnen steckt. Gerade jetzt ist es existentiell für die Gesellschaft und jeden Einzelnen, der physischen Abschottung intellektuelle Offenheit, gelebte Freiheit und ein tolerantes Miteinander entgegenzusetzen." Mit **„vhs.daheim"** haben bayerische Volkshochschulen und ihr Verband innerhalb kurzer Zeit ein neues Format mit diskursiven digitalen Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aufgelegt. Für alle kostenfrei, jederzeit abrufbar, aber auch live und interaktiv mittels Chats zu nutzen. Auch andere Volkshochschulen entwickeln alternative Angebote. Bei der Münchner vhs zum Beispiel können Jugendliche mehrere Online-Seminare zur Vorbereitung auf Abschlussprüfungen buchen.

Volkshochschulen haben sich schon lange die „digitale Integration" auf die Fahnen geschrieben. Umso stärker werden sie in Zukunft Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb digitaler Kompetenzen unterstützen, um soziale Spaltung zu verhindern. Neben der Bewältigung der akuten Herausforderungen müssen Volkshochschulen, Kommunen und der Freistaat perspektivisch denken und handeln. „Die Nachwirkungen der Ausgangsbeschränkungen werden für die Volkshochschulen vermutlich über Jahre spürbar sein", so der Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands. „Dies ist frühzeitig bei allen bildungspolitischen Entscheidungen auf allen politischen Ebenen mitzudenken. Die Volkshochschulen können gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Damit das geschieht, benötigen sie derzeit mehr denn je die Unterstützung von Politik und Gesellschaft. ❐

Migration und Entwicklung:

Gute Beispiele aus der kommunalen Praxis

SKEW-Schriftenreihe „Dialog Global“ regt zum Mitmachen an

Gelungene Beispiele aus der kommunalen Praxis im Themenfeld „Migration und Entwicklung“ stellt die neue Ausgabe der SKEW-Schriftenreihe „Dialog Global“ vor. Dabei wird die ganze Spannbreite der Themen widergespiegelt – sei es die faire öffentliche Beschaffung, die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung oder die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen kommunaler Partnerschaften. Gleichzeitig werden die Unterstützungsangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt aufgezeigt.

Nach den Worten von Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, gibt es nicht nur immer mehr Maßnahmen im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene; auch deren Qualität steigt kontinuierlich. Dies werde unter anderem im Rahmen des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ deutlich, bei dem seit 2014 Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam Bewerbungen einreichen. Neben den Preisträgern Berlin-Mitte, Marburg und Mannheim präsentiert die Publikation weitere sechs Beispiele (Aidlingen, Münster, Nordrhein-Westfalen, Salach, Wernigerode und Nürnberg) für vorbildliches Engagement.

Beispiel Berlin-Mitte: Der Berliner Bezirk Mitte und ein informelles Netzwerk der afrikanischen Community riefen 2013 das Projekt „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ ins Leben. Es soll nicht nur die deutsche Kolonialgeschichte aufarbeiten, sondern ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen.

Die Benennung der Straßen und Plätze des sogenannten Afrikanischen Viertels in Berlin-Mitte erinnern an die deutsche Kolonialisierung während des Kaiserreichs. Aus den Debatten um die Umbenennung der Straßen entwickelte sich das Bestreben, das ganze Viertel zu einem Lern- und Erinnerungsort über die Geschichte des deutschen Kolonialismus, seiner Rezeption sowie über den Unabhängigkeitskampf der afrikanischen Staaten zu machen. Berlin-Mitte nutzt nun die Verbindung zwischen dem öffentlichen Raum, der deutschen Kolonialgeschichte und der aktuellen Situation in der Stadt, um Rassismus zu bekämpfen und ein positives Afrikabild zu vermitteln.

Im Afrikanischen Viertel gibt es heute unter anderem viele Führungen, einen „Audio-Walk“, Themenreihen zu Afrika an der Volkshochschule, Ausstellungen sowie eine Kiezbibliothek mit Werken afrikanischer Autorinnen und Autoren. Ein Highlight ist das jährliche „KENAKO Afrika Festival“ auf dem Alexanderplatz. Es steht für einen Austausch mit Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland jenseits aller Klischees und für ein respektvolles und partnerschaftliches Zusammenleben. Beim Festival kommen insbesondere afrikanische Akteure zu Wort, zum Beispiel 2016 zu lokalen und globalen Ursachen von Migration aus Afrika nach Europa und 2018 zu verantwortungsvollem und nachhaltigem Konsum.

„Each One Teach One“

Viele Vereine der afrikanischen Community des Bezirks beteiligen sich aktiv an verschiedenen Projekten. Schwarze Pädagoginnen und Pädagogen übernahmen etwa während einer Projektwoche an einer Grundschule im Viertel komplett den Unterricht.

Das Bildungsprojekt „Each One Teach One“ (EOTO) etablierte eine Bibliothek für Schwarze Literatur und Medien. Das stärkte die Vereine nachhaltig als Akteure der politischen Bildung und Stadtteilarbeit. Die aus dem Projekt entstandene Afrika Akademie/Schwarze Volkshochschule (SVHS) ist heute fester Bestandteil der Volkshochschule Berlin-Mitte.

Der Bezirk Berlin-Mitte hat mit dem Network African Rural and Urban Development (NARUD) einen herkunftsübergreifend arbeitenden Verein der afrikanischen Community als bezirkliche Registerstelle zur Erfassung rassistischer, diskriminierender und fremdenfeindlicher Vorfälle im Bezirk eingesetzt.

Beispiel Mannheim: Die Stadt Mannheim und die türkische Stadt Kilis haben mit Unterstützung des Arbeitskreises Islamischer Gemeinden Mannheim eine Projektpartnerschaft begründet. Sie wollen gemeinsam im nahe der syrischen Grenze gelegenen Kilis die Bildungs- und Berufschancen von aus Syrien geflüchteten Frauen verbessern.

Der Mannheimer Mustafa Dedekeloglu, Mitglied des Arbeitskreises Islamischer Gemeinden Mannheim (AKIG), trat mit der Idee an die Stadtverwaltung Mannheim heran, syrische Geflüchtete nicht nur in Mannheim, sondern vor Ort in der Türkei zu unterstützen. Er hat seine Wurzeln in der türkische Stadt Kilis im Südosten Anatoliens, nur etwa zehn Kilometer nördlich der syrischen Grenze. Der Verein AKIG vermittelte der Stadtverwaltung Mannheim Kontakte nach Kilis und die Partner begannen – unter anderem mit finanzieller Unterstützung des „Kleinprojektefonds“ sowie der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ der SKEW – gemeinsam aus Syrien geflüchteten Frauen neue berufliche Perspektiven zu geben.

Kilis steht vor großen Herausforderungen, denn ihre Einwohnerzahl hat sich durch den Zuzug syrischer Geflüchteter von rund 90.000 auf etwa 220.000 Menschen mehr als verdoppelt. Das bedeutet, dass die Stadt unter anderem mehr kommunale Infrastruktur für die Wasserversorgung benötigt, mehr Müll produziert und mehr Menschen Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten bieten muss. Das hält die Stadt jedoch nicht davon ab, den Geflüchteten eine langfristige Bleibeperspektive eröffnen zu wollen.

In Mannheim leben zahlreiche Menschen mit türkischen Wurzeln, so dass die Stadt aus der Bürgerschaft heraus einen unmittelbaren Anknüpfungspunkt nach Anatolien hat. Im Rahmen ihres internationalen Engagements will die Stadtverwaltung ihre Erfahrungen in der Arbeit mit geflüchteten Menschen und der Bereitstellung von Infrastruktur mit Kilis teilen.

Know-how für Nahost

Mannheim und Kilis wollen gemeinsam ein Modellzentrum für berufliche Bildung bauen, finanziert aus Mitteln der Initiative „Kommunales Know-How für Nahost“. Rund 450 syrische, aber auch türkische Frauen sollen dort einen Beruf erlernen, türkische Sprachkenntnisse erwerben und Kontakte knüpfen können. Nach einer Anschubphase mit Unterstützung der Stadt Mannheim zu didaktischen, integrations- und wirtschaftspolitischen sowie baulichen Fragen wird Kilis das Bildungszentrum in Eigenregie weiterführen.

Beispiel Marburg: Fairer Handel, Migration und Entwicklung sind in der hessischen Universitätsstadt eng miteinander verwoben. Das zeigt sich unter anderem an den Bildungsveranstaltungen rund um das Globale Lernen, die migrantische Vereine und der Marburger Weltladen organisieren.

Die Förderung des Fairen Handels ist in Marburg per Ratsbeschluss verankert und der Weltladen ist eine feste Institution in der Stadt. Seit 1980 bereichert er nicht nur das Warenangebot, sondern weist zum Beispiel auf die ungerechten Strukturen des Welthandels und die schlechten Arbeitsbedingungen vieler Menschen hin. Damit ist er ein Ort der globalen Verständigung.

Im Rahmen des Projekts „Faire Kaffeepause“ mit der Frauenkooperative Aprolma aus Honduras konnten städtische Mitarbeiter sich direkt mit den Mitgliedern der Frauenkooperative Aprolma austauschen, die fairen Kaffee herstellt. Aprolma produziert auch den Marburger „Elisabeth Kaffee“, den die Stadt 2007 einführte. Dies trug mit dazu bei, dass Marburg 2009 als „Hauptstadt des Fairen Handels“ ausgezeichnet wurde.

Viele Studierende, migrantische und interkulturell tätige Organisationen engagieren sich in Marburg entwicklungspolitisch. Die Stadt unterstützt dieses Engagement als wertvolle politische Teilhabe, weil sie die Vielfalt der Stadtgesellschaft stärken will. Zu diesem Zweck wurde 1993 ein Ausländerbeirat gegründet, der unter anderem Veranstaltungen wie den „Tag der kulturellen Vielfalt“ am „Tag der Deutschen Einheit“ und aktuell Demokratiewerkstätten organisiert.

Mit der Unterstützung des Teams Migration und Integration des Fachdienstes Migration und Flüchtlingshilfe der Stadt Marburg verbessern migrantische Organisationen und die Marburger Stadtverwaltung ihre Zusammenarbeit. Konkret professionalisieren interkulturelle, religiöse und entwicklungspolitische Vereine ihre Arbeit und damit auch die Teilhabemöglichkeiten für alle Zugewanderten.

Ehrenamtliche migrantische Akteure bringen beispielsweise als Multiplikatoren ihr Wissen und ihre Kenntnisse ein. Die Stadt offeriert ihnen in Kooperation mit der Freiwilligenagentur und anderen Bildungseinrichtungen je nach Bedarf Qualifizierungsangebote zur Vereins- und Netzwerkarbeit.

Damit die migrantischen Akteure ihre Entwicklungs- und Integrationsarbeit auch effektiv umsetzen können, fördert die Stadt ihre Projekte finanziell – und das nicht nur in Marburg, sondern auch im Rahmen konkreter Entwicklungsprojekte im Globalen Süden. So unterstützt etwa der Verein Pachamama Connexion in Kooperation mit der Stadtverwaltung das in Bolivien und Ecuador entstandene Konzept „Buen Vivir“, das Alternativen für ein gutes Leben und eine nachhaltige Gesellschaft kulturübergreifend entfalten soll.

Beispiel Nürnberg: Für viele Deutsche ist Afrika immer noch ein Kontinent der Armut, des Hungers und des Krieges. Die Nürnberger Initiative für Afrika setzt dem ein differenziertes und umfassendes Afrikabild entgegen – als Basis für einen Dialog auf Augenhöhe.

Nürnberger Initiative für Afrika

Nürnberg und Franken ein anderes Afrikabild näherbringen – das Bild eines bunten und vielfältigen und in vielerlei Hinsicht nah an Europa gelegenen Kontinents. Das wollen zahlreiche Vereine, die Menschen aus vielen afrikanischen Ländern repräsentieren, migrantische Organisationen sowie deutsche Schulen mit einem Interesse an Partnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent. Sie gehören der Nürnberger Initiative für Afrika (NIfA) an, die stereotype Vorstellungen von Afrika hinterfragen, Vorurteile abbauen und Klischees entgegenwirken will, zum Beispiel bei vielen öffentlichen Veranstaltungen wie Konzerten oder Bildungsprojekten.

Ist erst einmal ein differenzierteres Afrikabild gegeben und die Neugierde auf den Kontinent geweckt, möchte die NIfA für die in der Region Nürnberg und Franken lebende afrikanische und deutsche Bevölkerung eine Plattform für Begegnungen schaffen und ihr Möglichkeiten für einen Dialog anbieten.

Eine gute Gelegenheit dafür sind die jährlichen „Afrika-Tage AKWABA“. Auf dem Programm stehen dabei immer Diskussionsveranstaltungen etwa zu Menschenrechten, Entwicklungspolitik oder aktuellen politischen Themen, aber auch Lesungen, Filme, Tanz und Musik aus Afrika. Für Kinder und Jugendliche gibt es Informationsveranstaltungen, Begegnungen und Gelegenheiten zum Austausch.

Die Nürnberger Initiative arbeitet ehrenamtlich. Sie finanziert sich aus Spenden und bekommt von der Stadtverwaltung Zuschüsse unter anderem für die Anmietung eines Büros und für zahlreiche Veranstaltungen.

Auch wenn die Mitglieder der Initiative ursprünglich aus vielen verschiedenen Ländern Afrikas mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen stammen – die NIfA sehen sie als gemeinsame Initiative, in der sie ihr Know-how bündeln und gemeinsam stärkere Wirkungen erzielen können. Das gilt insbesondere für die Bildungsarbeit, mit der sie die „Bilder in den Köpfen“ ändern möchten, um sich dann auf Augenhöhe zu begegnen.

Regelmäßig reisen die Mitglieder gemeinsam nach Afrika. Das fördert ihre Zusammenarbeit und ermöglicht das gegenseitige Kennenlernen. Sie werben zudem für den Auf- und Ausbau von Nord-Süd-Partnerschaften oder Städtepartnerschaften, die einen beidseitigen Know-how-Transfer ermöglichen. Dieser Wunsch richtet sich besonders an die Kommunen der Region, damit sie Partnerschaften mit Städten und Gemeinden aus afrikanischen Ländern eingehen, um damit etwa dem Beispiel von Herzogenaurach und Kaya in Burkina Faso zu folgen.

Laut Karin Gleixner, Koordination Kommunale Entwicklungspolitik (Stadt Nürnberg, Amt für Internationale Beziehungen), „ist die NIFA für das Amt für Internationale Beziehungen eine der wesentlichen Ansprechpartnerinnen beim Aufbau einer Projektpartnerschaft mit zwei Städten in Togo. Sie berät, unterstützt, hinterfragt kritisch und begleitet uns im Sinne der Annäherung Nürnbergs an unseren Nachbarkontinent.“ **DK**

Ein Feuerwehrauto aus Würzburg für Mwanza

Das 2017 von Würzburg gespendete Feuerwehrauto ist in der Region der Partnerstadt Mwanza in Tansania im Einsatz bei der örtlichen Feuerwehr.

Die Reise um den halben Globus per Schiff dauerte etwa drei Wochen. Im Hafen von Dar es Salaam hing er jedoch aufgrund von verspätet eingetroffenen Frachtpapieren über zwei Jahre fest. Mit finanzieller Unterstützung von Engagement Global hatte der Verein Mwanza e.V. das Feuerwehrauto Anfang Juli 2017 nach Tansania geschickt. Der Wagen kam Ende Juli am Hafen an, die Papiere jedoch erst Mitte September. In der Zwischenzeit stiegen die Standgebühren am Hafen auf eine hohe fünfstellige Summe, die die Stadt Mwanza nicht zahlen und damit das gewünschte Fahrzeug nicht auslösen konnte.

Ab Dezember 2017 wurde es schließlich still um den Wagen. „Unserer Kenntnis nach“, berichtete Michael Stolz von Mwanza e.V., „befand sich das Auto weiterhin im Hafen von Dar.“ Der Verein bemühte sich weiter um Vermittlung zwischen allen Seiten. Schließlich schaltete Oberbürgermeister Christian Schuchardt den tansanischen Botschafter in Berlin, den deutschen Botschafter in Tansania und dann noch den Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania ein, was endlich Bewegung in den Fall brachte. Oberbürgermeister Christian Schuchardt freut sich sehr über den Erfolg und schickt viele Grüße in die Partnerstadt: „So wie in Würzburg wird sich der Feuerwehrwagen auch in Tansania bei Brandeinsätzen bewähren und hoffentlich dabei helfen, Menschenleben zu retten.“

Die Grüße und Wünsche dürften in Mwanza schneller ankommen als das Einsatzfahrzeug. ❒

Handwerk:

„Innungsbetriebe sind solide geführt und vertrauenswürdig“

Früher war das Handwerk in Zünften organisiert, heute sind viele Handwerksbetriebe freiwillig Mitglied in ihrer lokalen Innung. Was das bedeutet, erläuterte Peter Aicher, Präsident des Landesinnungsverbands des Bayerischen Zimmererverbands, im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Herr Aicher, warum sollten Kommunen ihre Aufträge vornehmlich an Innungsbetriebe vergeben?

Aicher: *Gemeinden und Innungen sind sozusagen „natürliche Kooperationspartner“, denn Innungen erstrecken sich in der Regel über das gleiche Gebiet wie der Landkreis. Innungsbetriebe sind lokale Akteure, die einen starken Bezug zu ihrer Heimat haben, oft alteingesessene Familienbetriebe. Die leben von ihrem guten Ruf und streben nicht schnellen Profit an.*

Innungsbetriebe sind solide geführt und vertrauenswürdig, ein wichtiger Teil der regionalen Wirtschaft. Gute persönliche Beziehungen und Vertrauen sind gerade bei Bauaufträgen, wo es ja immer um relativ viel Geld geht, enorm wichtig. Gemeinden sind ja auch durch das Vergaberecht verpflichtet, nicht den billigsten Anbieter zu nehmen, sondern den mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.

GZ: Welche Nachteile drohen bei Billiganbietern?

Aicher: *Da ist das Risiko von Pfusch hoch. Zudem ist fraglich, ob es den Billiganbieter in naher Zukunft überhaupt noch gibt. Wenn nicht, dann bleibt der Bauherr auf den Kosten für die Behebung eines Mangels oder Schadens sitzen.*

GZ: Sind Innungsbetriebe kompetenter?

Aicher: *Die freiwillige Mitgliedschaft in der Innung ist schon ein*

Peter Aicher.

Bild: Bayerischer Zimmererverband

Zeichen dafür, dass der regelmäßige Austausch mit Kollegen sowie die fachliche Unterstützung durch unsere Dachorganisation, den Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks, gesucht und geschätzt wird. Durch die Mitgliedschaft ist gewährleistet, dass der Betrieb regelmäßig mit allen für ihn und sein Handwerk relevanten Informationen – z.B. über neue Fachregeln, Verordnungen und Gesetze – versorgt wird. Wenn eine Frage auftaucht, kann er sich beim Landesinnungsverband schnell und kompetent eine Antwort holen. Somit ist er in der Lage, sich auf seine handwerkliche Tätigkeit zu konzentrieren und diese kompetent und dem aktuellen Stand der Technik entsprechend auszuführen.

GZ: Wie erkennen Gemeinden Innungsbetriebe?

Aicher: *Am besten auf der jeweiligen Innungswebsite. In der Regel heißt die „www.zimmerer-“ und dann der Ort, der Landkreis oder die Region. Am besten bei Google die Suchbegriffe „Zimmerer“ und den Namen des Landkreises eingeben. Oder auf die Website www.zimmerer-bayern.de gehen und dort über den Menüpunkt „Über uns“ den Untermenüpunkt „Innungen/Fachgruppen“ aufrufen. Auf den Innungswebsites sind unter dem Hauptmenüpunkt „Betriebe“ alle Innungsbetriebe mit ihrer Adresse und ihren Kontaktdaten aufgelistet.*

GZ: Wie geht’s denn dem Zimmererhandwerk momentan?

Aicher: *Sehr gut. Aktuell tut sich ja auch auf politischer Ebene einiges. Das enorme Klimaschutzpotenzial von Bauen mit Holz wurde erkannt und wird nun auch gewürdigt. Ende 2019 verabschiedete die Bayerische Staatsregierung ihre Klimaschutz-Offensive, in deren 10-Punkte-Plan der neunte Punkt „Mehr Holzbau“ lautet. Staatsministerin Michaela Kaniber hat deshalb im Februar 2020 den Runden Tisch „Klimaschutz durch Bauen mit Holz“ einberufen. Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden sollen ein Konzept erarbeiten, mit dem sich Bayern beim Bauen mit Holz eine Spitzenstellung erobern kann. Bei der Umsetzung kommt natürlich den Kommunen eine entscheidende Rolle zu.*

GZ: Für welche kommunalen Bauaufgaben eignet sich denn die Holzbauweise?

Aicher: *Prinzipiell können so gut wie alle Bauaufgaben in Holzbauweise ausgeführt werden – von der energetischen Sanierung bis hin zum Neubau. Besonders beliebt ist die Holzbauweise allerdings bei Kindertagesstätten und Schulen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen sollten sich bei Anbauten oder Aufstockungen die Rohbauarbeiten auf die Wochen in den Ferien beschränken – und das kann die Holzbauweise durch ihren hohen Vorfertigungsgrad und kurze Montagezeiten leisten. Zum anderen haben sichtbare Holzoberflächen auf die Kinder eine wohltuende Wirkung. Gerade in Kindertagesstätten und Grundschulen wird die Wärme und Lebendigkeit, die Holz ausstrahlt, geschätzt.*

Medizinische Forschungen haben aber gezeigt, dass Holz auch auf Jugendliche eine positive Wirkung hat: Sie sind weniger aggressiv, entspannter, konzentrierter und auch gesünder. Holz hat stressmindernde Eigenschaften. Das ist auch außerhalb von Kindertagesstätten und Schulen von Vorteil, denn unsere Arbeitswelt wird ja immer stressiger. Da braucht es einen Ausgleich. ❐

Die Sporthalle in Rötz: modern und unverwechselbar. Bild: Gruber Objektbau

Sporthalle Rötz:

Kommunales Bauen mit Holz

Wirtschaftlichkeit und Qualität im Einklang

Eine neue Turnhalle mit ausreichend Platz für sämtlichen Vereins- und Schulsport. Dies war der Wunsch der Stadt Rötz im Landkreis Cham in der Oberpfalz. Dem gegenüber standen ein begrenztes Budget und das Bestreben, möglichst mit nachwachsenden Rohstoffen, idealerweise aus der Region, zu bauen. Entstanden ist in nur elf Monaten Bauzeit eine optisch ansprechende Turnhalle in moderner Holzbauweise, die vorbildhaft für das kommunale Bauen mit Holz ist.

Die Größe der ästhetischen und hochwertigen Halle beträgt etwa 23 mal 45 Meter und bietet den aktiven Sportlern sowie der örtlichen Schule den heutigen Standards entsprechenden Raum. Die Haupthalle mit ihren rund 1.000 qm kann bei Bedarf in zwei Einheiten unterteilt werden. Zusätzliche große Gymnastikräume im Obergeschoss bieten Sportarten wie Spinning, Karate und Turnen den nötigen Trainingsraum.

Mehrere Umkleideräume im EG und OG schaffen die Möglichkeit, gleichzeitig unterschiedliche Vereine zu beherbergen. Ein lichtdurchfluteter Gemeinschaftsraum für Verköstigungen und Feierlichkeiten rundet das Gebäude ab.

Enge Kooperation

Das nach dem KfW-Effizienzhaus Standard 70 zertifizierte Gebäude hat eine senkrechte Holzfassade aus Lärche, deren Elemente sägerauh unbehandelt in unterschiedlichen Dimensionen verbaut wurden. Durch die zusätzliche Fassadengestaltung mit farbbeschichteten Fundermaxplatten wirkt das Gebäude so modern und unverwechselbar.

Die Sporthalle Rötz wurde im Sommer 2016 fertiggestellt. Die enge und zuverlässige Kooperation zwischen dem Architekturbüro Dieter Brüggemann, Wildpoldsried, und der Gruber Objektbau GmbH, Roding, als Spezialist für Holzbau für den privaten und öffentlichen Bereich, war Voraussetzung für das Gelingen. Für die direkte Abstimmung zwischen den beteiligten Firmen war es sehr wertvoll, dass es sich größtenteils um regionale Unternehmen handelte.

Ein weiterer großer Vorteil lag in der größtmöglichen Vorfertigung der gesamten Wand- und Dachelemente während der Wintermonate. Da dies in der Gruberschen Produktionshalle geschah, hatte das zu jener Zeit ausgesprochen schlechte Wetter keinen Einfluss auf den Zeitplan des Projekts. **DK**

Hinweis

Über Bauen mit Holz erschien am 13. Februar 2020 der Sonderdruck „Holzbau for Future“. Das PDF kann von der Website der Bayerischen GemeindeZeitung heruntergeladen werden. ❐

Vor 75 Jahren:

Eremitage Bayreuth bei Luftangriff schwer beschädigt

Am 14. April 1945 kam es zu einem folgenreichen Luftangriff auf Bayreuth, bei dem große Teile des Alten und des Neuen Schlosses Eremitage sowie der ehemalige Marstall durch acht 250 Kilo schwere Sprengbomben und 18 Raketen zerstört wurden. „Heute, 75 Jahre nach dem verheerenden Angriff, lässt sich die Welt der Wilhelmine, die aus der Eremitage eines der bemerkenswertesten Parkensembles des 18. Jahrhunderts in Deutschland machte, trotz der damaligen Kriegsschäden wieder eindrucksvoll erleben“, betonte Finanz- und Heimatminister Füracker anlässlich des Jahrestags.

Nach einer Notsicherung in den 1940er Jahren konnten die Außenwände des Neuen Schlosses Eremitage in den 1960er Jahren wiederhergestellt werden. In den Innenräumen befindet sich heute ein Café und ein Ausstellungsraum, der in den Wintermonaten als Orangerie dient. Das Alte Schloss konnte saniert, in Teilen rekonstruiert und aus dem Bestand der Bayerischen Schlösserverwaltung museal neu ausgestattet werden. Besondere Attraktionen sind unter anderem das Japanische Kabinett, das Musikzimmer und das chinesische Spiegelkabinett.

Seit 1941 erlebte Bayreuth mehrere Luftangriffe durch die US-amerikanischen und britischen Truppen. Etwa 40 % der Bausubstanz wurde zerstört. Am „schwärzesten Tag Bayreuths“, dem 11. April 1945, wurden über 340 Tonnen Sprengstoff und fast 18 Tonnen Brand- und Leuchtbomben abgeworfen. Luftaufklärer der Alliierten sichteten Militärfahrzeuge in der Nähe des Neuen Schlosses und vermuteten daher einen deutschen Generalstab in der Eremitage. Noch an dem Tag, an dem die Stadt Bayreuth der US-Armee übergeben wurde (14. April), kam es zu dem folgenreichen Angriff. Im Alten Schloss wurde vor allem der zentral gelegene Marmorsaal stark zerstört, darunter das Deckengemälde sowie die westliche Hälfte der Portalbekrönung.

Am härtesten traf es das Neue Schloss Eremitage: In das Gebäude ausgelagerte, hochentzündliche Nitrozellulose-Filme führten zu einem explosionsartigen Brand, der die gesamte Innenausstattung zerstörte und selbst die Außenarchitektur stark beschädigte.

Die Eremitage zählt zu den außergewöhnlichsten Schloss- und Gartenanlagen in Franken. Trotz der aktuellen Schließung aller Besichtigungsobjekte der Bayerischen Schlösserverwaltung sind die Park- und Gartenanlagen, wie z. B. der Hofgarten der Eremitage, weiterhin geöffnet. ❐

Fränkisches Freilandmuseum:

Spatenstich zum Synagogenaufbau

Anfang April hat das Fränkische Freilandmuseum des Bezirk Mittelfranken mit dem Wiederaufbau der Synagoge aus Allersheim begonnen. Im kleinsten Kreis führten Museumsleiter Dr. Herbert May, Architekt Hermann Keim vom Büro Keim Architekten Fürth, Statiker Walter Schwarz vom Büro Liebberger & Schwarz Bad Windsheim, Museumsbauhofleiter Friedrich Hartlehnert und der wissenschaftliche Volontär des Museums und Judaistik-Spezialist Jonas Blum M. A. den ersten Spatenstich durch. Damit ist das Fränkische Freilandmuseum das erste süddeutsche Freilandmuseum, das eine Synagoge errichtet.

In der „Baugruppe West“–zwischen dem Schulhaus und der Weiltinger Scheune – ist jetzt schon der Grundriss des zukünftigen Gebäudes abgesteckt. Wie an seinem ursprünglichen Standort in Allersheim, einem Ortsteil von Giebelstadt bei Würzburg, wird das Synagogengebäude im Museum etwas am Rand des Dorfes und doch in der Nähe des Dorfplatzes stehen. So können die Besucher erleben, wie nahe und selbstverständlich im traditionellen Fränkischen Dorf das Zusammenleben zwischen Juden und Christen war. Museumsleiter Dr. Herbert May freut sich besonders, dass man nun endlich auch im Freilandmuseum der Bedeutung des Fränkischen Landjudentums gerecht wird. Das Gebäude der ehemaligen Synagoge von Allersheim stand schon einige Jahre leer und war kurz vor dem Einsturz, als es die Mitarbeiter des Fränkischen Freilandmuseums 2014-15 abbauten. Vor Ort hatte sich keine Nutzung gefunden. Von außen glich das schlichte Gebäude einem Bauernhaus und war auch zuletzt auch als solches genutzt und enthielt dennoch das komplette Raumprogramm einer Landsynagoge.

Historie

Die 1740 errichtete Synagoge beherbergte ursprünglich im Keller die Mikwe, das jüdische Ritualbad, das sich bei archäologischen Grabungen fand. Im Erdgeschoss war die Wohnung des Rabbiners oder des Vorsängers untergebracht. Und im Obergeschoss gab es einen Betsaal mit einer hölzernen gewölbten Decke. Als mit dem Wegfall der Niederlassungsbeschränkungen für Juden in den großen Städten immer mehr Landjuden in die größeren Städte wegzogen, schwand die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde in Allersheim.

Schließlich wurde das Gebäude 1911 an einen örtlichen Landwirt verkauft. Er baute im Betsaal Wohnstube und Kammer ein. Beim Abbau des Gebäudes fanden sich Teile der Decke des Betsaals wieder verwendet im Fehlboden. Zu Hochzeiten Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Allersheim 18 jüdische Haushalte und mit 27,9 % gehörte mehr als ein Viertel der Bevölkerung des kleinen Dorfes zur jüdischen Gemeinde. Allersheim beherbergte nicht nur die Synagoge, sondern dort war auch der jüdische Friedhof für die umliegenden Gemeinden angesiedelt. Ein Forschungsprojekt im Fränkischen Freilandmuseum verfolgt nun die Lebenswege der ehemaligen Gemeindemitglieder.

Nun gilt es, beim Wiederaufbau des Synagogengebäudes die Puzzleteile des Gebäudes wieder zusammenzubringen. Die Baufachleute des Freilandmuseums haben viel Erfahrung im Versetzen (Fachterminus: „Translozieren“) historischer Gebäude. Ganze Wandteile der Synagoge haben sie in einem Stück abgebaut. Doch gibt es schwierige Rekonstruktionsaufgaben, wie etwa die Aufgabe, den ehemals gewölbten Betsaal wiedereinzurichten. Die Eröffnung ist für die Museumssaison 2022 geplant. Eine besondere Freude wäre, dann auch Nachfahren der Allersheimer Gemeindemitglieder als Gäste begrüßen zu können. ❐

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Modulare Corona-Intensivstationen und mobile Corona-Teststationen:

Kleusberg stellt Expertise und Lösungen bereit

Um Länder, Städte, Gemeinden und medizinische Einrichtungen bei ihrem Kampf gegen das Corona-Virus zu unterstützen, hat Kleusberg als Hersteller von modularen Gebäuden und als einer der leistungsfähigsten und größten deutschen Anbieter modularer Raumlösungen und mobiler Mietcontainer kurzfristig verfügbare Sonderlösungen entwickelt. Dabei handelt es sich um Corona-Testzentren aus mobilen Mietcontainern und schlüsselfertige Intensivstationen in Modulbauweise.

Der Vorteil bei diesen Lösungen ist die große Erfahrung von Kleusberg im Gesundheitswesen. Seit über 20 Jahren realisiert das seit 1948 bestehende Unternehmen anspruchsvolle Klinikgebäude, Betten- und Intensivstationen, Labore und weitere medizinische Einrichtungen schlüsselfertig in solider modularer Bauweise. Gleichzeitig stellt Kleusberg mit seinen hochwertigen Mietcontainern temporäre Interimslösungen für Kliniken, aber auch für Firmen und öffentliche Einrichtungen bereit. Mit diesem speziellen Wissen über Normen und Vorschriften ist Kleusberg vor allem jetzt in der Corona-Krise ein kompetenter Partner, um nicht nur kurzfristig, sondern gleichzeitig auch sicher und zuverlässig zu reagieren.

Sofort verfügbare Corona-Testzentren

Um die dringend benötigten Testkapazitäten zu erweitern – ohne dabei bestehende Gebäude oder kritische Bereiche zu kontaminieren – bietet Kleusberg Mobile Mietgebäude. Das sind Raummodule, die direkt zum Aufstellungsort transportiert werden und hier umgehend einsatzbereit sind. Auch spezielle Sanitätseinheiten sind sofort verfügbar.

Die Raummodule können miteinander kombiniert werden, so dass sich anforderungsgerechte Testzentren realisieren lassen. Das heißt, beispielsweise Module mit getrennten Bereichen für Anmeldung und Untersuchung der Patienten oder erweiterte Lösungen mit zusätzlich abgetrennten Arzt-/Büro-Bereichen, Pausen- und Umkleideräumen sowie sanitären Einrichtungen.

Die Testzentren schaffen sowohl für das medizinische Personal als auch für die Patienten ein Höchstmaß an Sicherheit. Die Mieteinheiten werden von Kleusberg individuell nach den Wünschen der Auftraggeber mit Möblierung, Sanitäreinrichtungen, Funktionseinrichtungen und Klimatisierung ausgestattet. Auch die Anzahl der Eingänge kann individuell bestimmt werden, z.B. getrennte Eingänge für medizinisches Personal und Patienten. Die mobilen Mietsysteme eignen sich als Untersuchungszentren, sogenannte Drive-In-Teststationen sowie als vorgeschaltete Besucherschleusen zu Gebäuden, um mögliche Ansteckungsrisiken zu minimieren.

Intensivstationen über zwei Monate schneller verfügbar

Neben dem Abflachen der Ansteckungskurve ist es im Augenblick die dringlichste Herausforderung im Gesundheitswesen, ausreichend Behandlungsplätze für schwer erkrankte Patienten zu schaffen. Um jetzt die intensivmedizinischen Kapazitäten schnell und unkompliziert erweitern zu können, bieten schlüsselfertige Intensivstationen von Kleusberg schnell zusätzlichen Raum.

Raum und Gebäudelösungen in Modulbauweise von Kleusberg.
Bild: KLEUSBERG Modulbauweise

Komplettlösung

Diese speziellen Modulgebäude sind zum Kauf und auch zur Langzeitmiete mit anschließender Rückbaumöglichkeit verfügbar. Die Module für die Intensivstationen werden in den Werken von Kleusberg mit den wichtigen Medizintechnikkomponenten und der erforderlichen Infrastruktur vorgerüstet. Durch diesen Grad der Vorfertigung kann anschließend ein Gebäude in Modulbauweise wesentlich schneller als z. B. ein Massivgebäude errichtet werden. Aber auch hier ist natürlich eine bedarfsgerechte Planung unter Einbeziehung der örtlichen Gegebenheiten zwingend erforderlich. Solche hochsensiblen Klinikbereiche lassen sich schon unter Hygienegesichtspunkten nicht in wenigen Tagen aus dem Boden stampfen.

Daher hat Kleusberg eine Komplett-Lösung konzipiert, die sich an eine bereits realisierte und erprobte intensivmedizinische Station anlehnt, und die dank komplett vorliegender Statik, Baubeschreibung sowie haus- und medizintechnischer Einrichtung mit einem Zeitvorteil von über zwei Monaten realisieren werden kann.

Die medizinischen Modulgebäude von Kleusberg erfüllen – anders als umfunktionierte Container – sämtliche gesetzlichen Vorgaben und spezifischen Richtlinien im Pflege- und Gesundheitswesen sowie alle brandschutztechnischen Anforderungen. Die Corona-Intensivstationen können dank der modularen Bauweise nach der Krise ohne großen Aufwand einer neuen Nutzung zugeführt oder sogar komplett umgesetzt oder zurückgebaut werden. ❐

Rathaus-Baustelle in Abensberg trotzt Pandemie

Die Bauarbeiten am Rathaus Abensberg gehen trotz der Pandemie bisher wie geplant weiter. Es gibt keine Ausfälle, etwa durch Leiharbeiter, die eventuell nicht mehr nach Deutschland gelangen, auch in Sachen Baumaterial gibt es keine Schwierigkeiten.

Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl ist „froh, dass wir mit sehr guten Handwerksbetrieben, vornehmlich aus unserer Region“, zusammenarbeiten. Das Fortschreiten der Bauarbeiten ist für die Stadtverwaltung und die Stadt Abensberg wichtig – aber auch für die Unternehmen, die involviert sind. „Wir versuchen natürlich so gut es geht, den Betrieb auf unseren Baustellen aufrecht zu erhalten. Das ist gut für uns, aber auch für die mittelständischen Betriebe, die dabei sind.“

Problem mit dem Uhrwerk

Und tatsächlich waren in der letzten März-Woche allerhand Handwerker am Stadtplatz und in der Dollinger Straße im Einsatz: Stadtbaumeister Gerhard Rölz zählt „Natursteinleger, Aufzugbauer, Maler, Elektriker, Schreiner, Maurer, Trockenbauer und Spengler“ auf. „Das Wetter spielte in dieser März-Woche mit, auch wenn der Wind auf dem Rathausturm arg pfiff“, lacht Rölz. Ganz da oben gebe es nämlich ein Problem: Die Turmuhr wird derzeit vom Spezialunternehmen Turmuhren Rauscher in Regensburg hergerichtet und sollte mit Beendigung der Fassadenarbeiten wiedereingesetzt werden. Dann wird das Gerüst abgebaut. Allerdings meldete Turmuhren Rauscher nun, dass eine Verbindungsachse des Zeigerlaufwerks um sechs Zentimeter zu kurz ist. Das gute Stück wird in einem Spezialbetrieb hergestellt, und der sitzt in Italien. „Da kommt derzeit nichts“, sagt Rölz. Es könne also durchaus sein, dass das Uhrwerk erst eingesetzt werden kann, wenn das Gerüst schon – nach Beendigung der Fassadenarbeiten – abgebaut worden ist. Dann muss eine Hebebühne oder dergleichen angemietet werden. Rölz: „Wir können mit dem Abbau des Gerüsts nicht warten, das wäre zu kostspielig.“

Umzug im Herbst

Außer diesem Detail aber läuft eigentlich alles wie geplant auf der Rathaus-Baustelle. Erste Feinheiten werden auch innen sichtbar: Rölz freut sich über eine technische Neuerung im künftigen Sitzungssaal, wo Induktionsschleifen die akustischen Signale an Menschen mit Hörgeräten verstärken. Der gesamte Verwaltungskomplex ist ja im Sinne der Barrierefreiheit geplant worden. Der Tag der offenen Baustelle, noch Anfang März für den 25. April festgelegt, wäre für die Stadt eine Möglichkeit gewesen, den Abensbergern vorzustellen, was sich da alles getan hat und noch tun wird – der aber wird nun wohl erst später stattfinden. Insgesamt aber ändert sich am Umzugstermin der Verwaltung von den angemieteten Ersatzräumlichkeiten in der Münchener Straße zurück ins Herz der Stadt Abensberg aber nichts; dieser soll im Herbst erfolgen. ❐

Wer lebt in den Gebieten der Sozialen Stadt?

Neue BBSR-Analyse zu den Lebenslagen in den Fördergebieten

Der Bund unterstützt mit dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt seit mehr als 20 Jahren die Länder und Kommunen dabei, benachteiligte Quartiere zu stabilisieren und aufzuwerten. In diesem Jahr hebt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) die Mittel für das Programm Soziale Stadt – künftig „Sozialer Zusammenhalt“ – mit geplanten 200 Millionen Euro auf ein Rekordniveau.

Die Mittel fließen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens. Eine Auswertung von Daten aus 56 Großstädten zeigt, dass die Unterstützung aus diesem Programm dringend benötigt wird.

Mehr als jeder fünfte Bewohner von Stadtteilen, die das Programm Soziale Stadt fördert, bezog im Jahr 2017 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II. Die Arbeitslosenquote lag bei elf Prozent. Während sich der Anteil der Menschen ohne Job in den Fördergebieten zwischen 2012 und 2017 leicht verringerte, blieb die SGB-II-Quote anhaltend hoch.

Der Analyse zufolge betrifft Armut besonders viele junge Bewohner und Alleinerziehende. Haushalte mit drei oder mehr Kindern sowie Haushalte von Alleinerziehenden sind in den Fördergebieten des Programms Soziale Stadt deutlich überrepräsentiert. Der Anteil der Kinder unter zehn Jahren ist ebenfalls überdurchschnittlich hoch.

„Soziale Ungleichheit bildet sich in den Städten räumlich ab. Die Teilhabechancen der Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen zu fördern, ist eine wichtige Dimension der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es ist in den letzten 20 Jahren viel Gutes passiert, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns“, sagte der Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Markus Eltges. „In der ab 2020 neuen Programmstruktur der Städtebauförderung bleibt der integrative Ansatz der Sozialen Stadt deshalb ein Schwerpunkt der Förderung. Gleichwohl müssen die Programme unterschiedlicher Ressorts noch stärker ineinandergreifen, um die Chancen der Menschen in diesen Quartieren zu erhöhen. Daher kommt der ressortübergreifenden Strategie „Nachbarschaften stärken, miteinnder im Quartier“ und ihren erfolgreichen Modellvorhaben eine besondere Bedeutung zu.“

Für die Analyse wurden die Fördergebiete des Programms Soziale Stadt auf kleinräumige Stadtteildaten der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) bezogen. Das vom BBSR betreute kommunalstatistische Kooperationsprojekt stellt für 56 Städte Daten auf Stadtteilebene bereit. Der Datenkatalog umfasst rund 400 Merkmale, unter anderem zu den Themenbereichen Bevölkerungsstruktur, Wanderungen, Beschäftigung, Sozialtransfers sowie Bauen und Wohnen.

Die Analyse ist kostenfrei beim BBSR erhältlich (gabriele.bohm@bbr.bund.de), eine digitale Version unter www.bbsr.bund.de abrufbar. ❐

#dasein

Danke an alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung!

Sie und die kommunale Familie halten unser Gemeinwesen in diesen außergewöhnlichen Zeiten am Laufen. Wir alle erleben eine Bewährungsprobe, die wir meistern werden, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam handeln.
Dafür sichert die AKDB ihre volle Unterstützung zu!

Wir werden weiterhin für Sie #dasein!

- **1.000 Mitarbeiter,** ob im Homeoffice oder vor Ort, legen sich täglich für Sie ins Zeug
- **Kundenservice und Support**
  kundenportal.akdb.de
  www.akdb.de/servicerufnummern
  service@akdb.de
- **Fachwebinare** (z. B. Techniktage online), **Trainings und Präsentationen**
  www.akdb.de/webinare
- **virtuelle Kundenarbeitskreise und -termine**
  individuell via GoToMeeting
- **aktuelle Infos**
  www.akdb.de
  twitter.com/akdb_de

AKDB
Bleiben Sie gesund!

20 Jahre EEG:

Tragende Säule des Energiesystems

Am 1. April 2000 trat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Das 20-jährige Jubiläums des Inkrafttretens kommentierten VKU-Präsident Michael Ebling, Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung und Dr. Robert Brandt, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien.

VKU-Chef Ebling bezeichnete das EEG als Erfolgsgeschichte. Gegenwärtig kommen über 40 Prozent des deutschen Stroms aus Erneuerbaren Energien, was vor allem dem EEG zu verdanken sei. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags hätten die Initiative ergriffen und die entscheidenden Rahmenbedingungen für den Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer Leistung von aktuell circa 125 GW gesetzt.

Mehr Kosteneffizienz der Erneuerbaren

„Das EEG ist heute nicht mehr das gleiche Gesetz, das vor 20 Jahren beschlossen wurde. Es hat durch mehrere Novellen, die die Dynamik des Ausbaus der Wind-, Photovoltaik-, Geothermie- und Bioenergie-Anlagen unterstützt, aber auch Fehlentwicklungen korrigiert haben, eine wichtige Evolution durchgemacht. Gerade in den vergangenen Jahren hat das EEG zu einer besseren Marktintegration und zu mehr Kosteneffizienz der Erneuerbaren beigetragen. Dazu gehört etwa die Einführung der Direktvermarktung und die Umstellung auf Ausschreibungen“, betonte Ebling.

Aus seiner Sicht ist dieses weiterentwickelte EEG eine gute Basis, den Ausbau der Erneuerbaren Energien fortzusetzen und den Kurs in Richtung des 65-Prozent-Anteils der Erneuerbaren am Stromverbrauch 2030 zu halten. „Zwar werden inzwischen manche Großprojekte im Wind-Offshore- und Solarbereich ohne EEG-Förderung realisiert. Dies gibt einen Vorgeschmack auf eine Zeit nach dem EEG. Aber noch ist und bleibt das EEG für die meisten EE-Vorhaben auf absehbare Zeit unverzichtbar“, so der VKU-Präsident.

Die gegenwärtige Windausbaukrise zeige zugleich, dass das EEG nicht mehr alleiniger Garant für das Erreichen der Ausbauziele ist. Wenn der Windenergieausbau wieder an Fahrt aufnehmen soll, müssten Bund und Länder gemeinsam daran arbeiten, im Planungs- und Genehmigungsrecht die Voraussetzungen für EE-Projekte zu verbessern. „Dies zeigt: Es müssen auch Vorschriften in anderen Rechtsgebieten angepasst werden, z. B. im Naturschutzrecht.“

Bei der Photovoltaik komme es jetzt darauf an, dass schnellstmöglich der 52-GW-Ausbaudeckel aufgehoben wird. Der Deckel werde demnächst erreicht. Ebling: „Wenn die Bundesregierung nicht bald handelt, besteht die Gefahr, dass neben der Windenergie auch die Photovoltaik – mit Ansage – in eine Ausbaukrise gerät. Eine wichtige Aufgabe für das neue Jahrzehnt der Energiewende ist es auch, die Energiewende stärker als bisher in die Städte zu bringen. Gerade für kommunale Unternehmen ist dabei Mieterstrom ein wichtiges Instrument, das innerhalb des EEG unbedingt gestärkt werden muss.“

Wichtiges Geschäftsfeld

„Durch das EEG haben sich die Erneuerbaren innerhalb von 20 Jahren zu einer tragenden Säule des Energiesystems und einem wichtigen Geschäftsfeld für Industrie, Handwerk und Energiewirtschaft entwickelt. Das Ergebnis ist beeindruckend: Heute liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien bei 43 Prozent. Doch auf diesen Erfolgen dürfen wir uns nicht ausruhen“, bemerkte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Um Deutschland klimaneutral zu machen, müsse die Energiewende weiter vorangetrieben werden – auch mit Blick auf die Erzeugung von grünem Wasserstoff und dem Ziel klimafreundlicher Mobilität.

Gerade vor dem Hintergrund der aufziehenden Wirtschaftskrise sei sicherzustellen, dass weiterhin in den Ausbau der Erneuerbaren Energien investiert wird und sie die Energieversorgung von morgen gewährleisten können. Dafür müsse auf der einen Seite der Netzausbau weiter vorangetrieben und Beiträge zur gesicherten Leistung – zum Beispiel durch Speicher – erbracht werden. Auf der anderen Seite gelte es, für den weiteren Erneuerbaren Ausbau das Marktdesign anzupassen und Hemmnisse abzubauen.

Wettbewerb der Ideen

„Allem voran muss zügig der 52 GW-Deckel für die Photovoltaik-Förderung fallen, es dürfen keine pauschalen Abstandsregelungen bei Windanlagen an Land eingeführt und der Weg für mehr Wind offshore muss frei gemacht werden“, forderte Andreae. Finanzierungssicherheit und Kosteneffizienz müssten beim weiteren Ausbau im Einklang stehen und die Verbraucher entlastet werden. Benötigt werde ein Wettbewerb der Ideen für innovative Geschäftsmodelle. So könne der Erneuerbaren-Ausbau wichtige Impulse für die Konjunktur aussenden und das Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie gehalten werden. Dies sei für die gesamte Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

Licht und Schatten

Laut Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, ist es „das große Verdienst des EEG, dass es zu einer rasanten Technologieentwicklung und Kostendegression bei den erneuerbaren Stromtechnologien geführt und damit die Energiewende in Schwung gebracht hat. Es hatte aber auch immer Fehlbarkeiten, insbesondere bei der zeitgerechten politischen Steuerung der verschiedenen Fördersätze, was zum Beispiel intensive Kostendebatten nach sich gezogen hat. Reformen wie die Einführung des Ausschreibungsdesigns – in Deutschland heiß diskutiert – haben in anderen Ländern früher stattgefunden. Gut designte Ausschreibungen können bei ausreichendem Angebot die gewünschten preissenkenden Effekte haben, ohne den Ausbau auszubremsen, wie man bei der Photovoltaik gesehen hat.“

Unglückliche Beschränkungen, wie etwa Deckel und zu niedrige Ausbaupfade, kenne das EEG aber immer noch und stehe sich und den möglichen Energiewende- und Klimaschutzerfolgen damit selbst im Weg. Hier haben Bund und Länder aus Kuhlmanns Sicht einige Aufgaben zu erledigen.

Die dena plädiert für eine Weiterentwicklung des EEG von einem reinen Förderinstrument für die erneuerbaren Stromerzeugungstechnologien hin zu einem Sektorenkopplung unterstützenden Instrument. Für eine dynamische Energiewende müssten die Sektorengrenzen überwunden werden. Die für dieses Jahr angekündigte Neuregelung soll das EEG vereinfachen. Über die Jahre haben immer mehr Sonderregelungen das EEG komplexer gemacht. Neue Geschäftsmodelle wurden so zunehmend verkompliziert und damit ausgebremst.

Zur Vereinfachung gehöre auch, die vorhandenen Stellschrauben in- und außerhalb des EEG zu lösen, um mehr Flächen für die Erneuerbaren bereitzustellen. Flankierend sollte ein CO2 Mindestpreis im Stromsektor eingeführt werden, um in Zeiten, in denen der Emissionshandel seine Aufgabe nicht erfüllen kann, die nötigen Marktpreissignale zu setzen. „Dass dann im Gegenzug auch die EEG-Umlage stärker gesenkt werden könnte, als es die Bundesregierung erfreulicherweise bereits plant, wäre ein weiterer, positiver Effekt“, stellte Kuhlmann fest.

Hohe Investitionssicherheit

Nach Ansicht von Dr. Robert Brandt, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. (AEE), gehen die Errungenschaften des EEG weit über die Erzeugung von Ökostrom hinaus. Laut dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) wurden seit Einführung des EEG insgesamt etwa 250 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst, um Anlagen für die erneuerbare Stromerzeugung zu errichten – von deren Betrieb die deutsche Wirtschaft mit etwa 95 Milliarden Euro profitiert hat.

„Das EEG zeichnete sich in der Vergangenheit vor allem dadurch aus, dass Anlagenbetreibern eine hohe Investitionssicherheit durch eine garantierte Einspeisevergütung und Anschlusspflicht gewährt wurde“, unterstrich Brandt. Jede Kilowattstunde aus Erneuerbare-Energien-Anlagen werde ins Netz eingespeist, vergütet und weiterverteilt. Anlagenbetreiber erhielten in der Regel 20 Jahre lang eine technologiespezifische garantierte Vergütung für ihren Strom. Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen sei so ein neuer Zugang zum Strommarkt eröffnet worden. In 84 Staaten der Welt existierten heute Einspeisevergütungen oder -prämien für Strom aus Erneuerbaren Energien. Als Vorbild dafür gelte weithin das deutsche EEG – so unterstütze es auch weltweit die Energiewende.

Große Anpassungsfähigkeit

Ein weiteres Erfolgsrezept des EEG ist Brandt zufolge dessen Anpassungsfähigkeit. Von Anfang an seien kontinuierliche Berichts- und Revisionsprozesse im EEG verankert worden. So könne das Gesetz immer wieder an die Entwicklung der Erneuerbaren Energien angepasst werden.

„Mittelfristig wird es darum gehen, die bisherigen Erfolgsprinzipien des EEG in eine umfassende Systemtransformation des bestehenden Energiemarktes einfließen zu lassen, so dass die Erneuerbaren Energien als Hauptstütze des Stromversorgungssystems zur vollen Geltung kommen“, machte der Geschäftsführer deutlich. **DK**

Staatsminister Hubert Aiwanger:

Versorgungssicherheit und PV-Speicher-Programm

Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat die Energie-Versorgungssicherheit im Freistaat überprüfen lassen. Das Ergebnis: „Die Energieversorgung ist auch während der Corona-Epidemie sicher. Die Menschen müssen sich keine Sorgen machen.“

Im Netzgebiet des Bayernwerks, das große Teile Bayerns umfasst, sank der Stromverbrauch von Industrie und Großkunden in der letzten Märzwoche phasenweise um bis zu 13 Prozent. Hintergrund sind die Produktionsrückgänge. Im Kleingewerbe und in Privathaushalten war kein Rückgang spürbar.

Keine Engpässe

Die Stromproduktion aus konventionellen Kraftwerken und erneuerbaren Energien lief nach Einschätzung des Bayerischen Energieministeriums auf unverändertem Niveau. Es gab und gibt weder Engpässe in den Lieferketten noch bei der Verfügbarkeit des Personals.

Die Gasspeicher sind deutschlandweit derzeit ungewöhnlich voll. Mitte der letzten Märzwoche waren sie zu 73 Prozent gefüllt, zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es nur 52 Prozent. Auch die Versorgung mit Öl, Treibstoff, Benzin und Diesel ist auf hohem Niveau gesichert. Aufgrund des eingebrochenen Flugverkehrs ist Kerosin sogar im Überfluss vorhanden.

10.000 Anträge

Aiwanger informierte zudem darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern bereits mehr als 10.000 Anträge im Rahmen des PV-Speicher-Programms gestellt haben. „Die Antragszahlen zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind und dabei die richtigen Anreize setzen. Nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern kann die Energiewende ein Erfolg werden“, erklärte der Minister, auf dessen Initiative hin das Programm eingeführt wurde, zu den aktuellen Antragszahlen.

Mit dem bayerischen Förderprogramm können Eigentümer von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern eine Förderung für neue Stromspeicher in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage beantragen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, einen Zuschuss für die Installation einer privaten Ladestation für Elektrofahrzeuge zu erhalten.

In den vergangenen Wochen sind die Antragszahlen noch einmal stark gestiegen. Um diesen Schwung nicht zu verlieren, ist es laut Aiwanger dringend notwendig, dass auf Bundesebene der 52-Gigawatt-Deckel umgehend abgeschafft wird. Es dürfe nicht passieren, dass der Beitrag der Bürgerinnen und Bürger in Bayern zum Klimaschutz und der Energiewende ausgebremst wird.

Anlässlich des Tags des Energiesparens wies der Minister auch darauf hin, dass nicht nur möglichst viele mit ihren PV-Anlagen Strom erzeugen, sondern auch sparsam mit diesem und auch mit Wärme umgehen sollten. Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, müsse auch nicht erzeugt, transportiert, gespeichert oder gekauft werden. Im Zuge der Installation der PV-Anlage sollten die Hausbesitzer daher prüfen, ob sie dies nicht gleich mit der Sanierung des Daches oder des Hauses verbinden können.

Verbesserte Bundesförderung

Die Bundesförderung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und über die steuerliche Absetzbarkeit von Sanierung seien zum Jahreswechsel stark verbessert worden. Für die hochwertige Sanierung eines Zweifamilienhauses zum Effizienzhaus könne man beispielsweise einen Zuschuss von bis zu 96.000 Euro erhalten.

Insgesamt wurde bisher eine Fördersumme von rund 10,2 Millionen Euro beantragt. Damit wird eine Gesamtleistung von mehr als 78.000 Kilowatt Peak gefördert. Bei rund 1.730 Anträgen wurde die optionale Ladeeinrichtung für Elektrofahrzeuge mitbeantragt.

Die Antragstellung ist unkompliziert auf elektronischem Weg möglich. Weitere Informationen und die Antragsplattform finden sich auf www.EnergieBonus.Bayern. **DK**

Wasserkraft ist systemrelevant und Grundlage der Daseinsvorsorge

4.000 Wasserkraftwerke in Bayern liefern auch in der Corona-Krise zuverlässig und CO2-frei Strom

Wie bedeutend die Wasserkraft für die stabile Energieversorgung ist, zeigt sich in Zeiten der Corona-Pandemie einmal mehr. Eine sichere Versorgung der Bevölkerung, aber auch aller Einrichtungen in der Produktion, dem Gesundheitswesen und dem Lebensmittelgewerbe mit Energie hat höchste Priorität. Mit einem Anteil von durchschnittlich 14 Prozent an der Bruttostromerzeugung in Bayern zählen die rund 4.000 Wasserkraftwerke deshalb zur kritischen Infrastruktur.

„Die Anlagen erzeugen auch in Krisenzeiten zuverlässig wie eh und je Strom und sie machen unabhängiger von Energie-Importen“, betont Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. Der Beitrag der Wasserkraft zur Daseinsvorsorge könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

„Wasserkraftwerke funktionieren trotz Corona ohne Einschränkungen, die Stromproduktion ist auch in Krisenzeiten sichergestellt“, ergänzt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke eG. „Die Wasserkraft als die älteste Erneuerbare-Energien-Technologie im Freistaat stellt jetzt ihre unschlagbaren Vorzüge unter Beweis: Sie ist grund-, mittel- und spitzenlastfähig sowie speicherfähig, und sie trägt zur Stabilität und Flexibilität der regionalen Netze bei.“

Kapazitäten ausbauen

In einer Zeit der Verunsicherung der Bevölkerung, der politischen und kommunalen Verpflichtung zur Sicherung der Daseinsvorsorge, einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise und, nicht zu vergessen, des fortschreitenden Klimawandels, ist es umso wichtiger, alle zur Verfügung stehenden Wasserkraft-Kapazitäten zu nutzen, zu sichern und rasch auszubauen. So lautet der Appell der bayerischen Wasserkraftbände VWB und LVWB an die bayerische Staatsregierung und die zuständigen Behörden. Das im Bayerischen Klimaschutzgesetz von 2019 definierte Zubau-Ziel von einer Terrawattstunde Energie aus Wasserkraft solle mit der unbürokratischen Ermöglichung der Effizienzsteigerung bei bestehenden Anlagen und dem Neubau von Wasserkraftanlagen konsequent verfolgt werden.

Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG begrüßen es daher, dass Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident von Bayern sowie Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, diese Bedeutung hervorhebt und auf eine Fehlentwicklung hinweist.

In einem Facebook-Post am 14. März 2020 schrieb der Minister: „Regionale, dezentrale Strukturen bedeuten Stabilität! Eine Lehre aus der Coronakrise ist schon jetzt, dass wir künftig bei der Bewertung, was sich alles ‚nicht mehr rentiert‘ etwas anders denken müssen. Kleine Krankenhäuser, (…), regionale Energieerzeuger wie kleine Wasserkraftwerke (…). Globalisierung ja, aber die öffentliche Daseinsvorsorge wurde schon etwas zu bedenkenlos der reinen Gewinnmaximierung unterworfen in den letzten Jahrzehnten. Eine Neujustierung ist nötig.“ ❐

Bayernwerk jetzt auf störungsauskunft.de

Auch die leistungsfähigsten Energienetze bleiben von vereinzelten Störungen nicht verschont. Einerseits liegen höhere Gewalten wie Wettereinflüsse nicht in der Hand des Netzbetreibers. Andererseits erfordern turnusmäßige Ertüchtigungen oder Bauarbeiten am Energienetz mitunter eine kurzzeitige Unterbrechung des Stromflusses. Die Kundinnen und Kunden der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) können sich ab sofort über solch kurze Unterbrechungen auf der Internetseite störungsauskunft.de informieren.

Mit dem Go-Live des Bayernwerks sind nun auch die Störungen im Netz des größten bayerischen Verteilnetzbetreibers auf der Plattform störungsauskunft.de registriert. Auf einer deutschlandweiten Karte können sich die Netzkunden des Unternehmens ab sofort über Versorgungsunterbrechungen informieren.

Durch die digitalisierten Netzleitsysteme werden auftretende Störungen umgehend auf der Informationsplattform angezeigt. Darüber hinaus zeigt Störungs auskunft.de geplante Strom abschaltungen an, die im Zuge von Netz- und Instandhaltungsarbeiten erforderlich sind.

Störungsauskunft.de ermöglicht aber auch die unkomplizierte Meldung von Störungen durch Bürger an das Bayernwerk.

Zur Nutzung des Portals müssen Verbraucher lediglich ihre Postleitzahl angeben und zwei Prüf-Fragen beantworten. Erkennt das Portal von störungsauskunft.de einen Stromausfall durch steigendes Besuchervolumen, veröffentlicht es im Namen des Verteilnetzbetreibers eine automatisierte Meldung, die für alle Besucher sichtbar ist. Für das Bayernwerk besteht zusätzlich die Möglichkeit, diese Meldungen individuell zu ergänzen. Dies ist insbesondere bei größeren Störungen wichtig, beispielsweise in Folge von Stürmen.

Die Plattform Störungsauskunft.de behandelt alle Daten von Verbrauchern und Verteilnetzbetreibern vertraulich. ❐

Sichere Energiezukunft in Aindling

Die Energiezukunft in der Marktgemeinde Aindling im Landkreis Aichach-Friedberg hat begonnen. erdgas schwaben ist mit der 100-prozentigen Unternehmenstochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes in Aindling verantwortlich. Tomas Zinnecker, Erster Bürgermeister in Aindling (2.v.r.), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (2.v.l.), unterzeichneten den bis 2039 laufenden Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus des Marktes Aindling. Außerdem auf dem Bild: Georgia von Kobyletzki und Andreas Grägel, beide Finanzverwaltung Markt Aindling. Bild: erdgas schwaben

Elektroautos ohne Ladekarte laden

Strom laden noch bequemer und verlässlicher machen – darauf zielt „plug&charge“ nach dem ISO-Standard 15118 ab. Dahinter steht das Prinzip anstecken – laden – weiterfahren. Die Software im Fahrzeug authentifiziert das Fahrzeug, registriert den Preis und stößt in Echtzeit den Abrechnungsprozess an, all dies ohne Interaktion des Fahrers und ohne Ladekarte – diese ist jetzt im Fahrzeug integriert. Der ISO-Standard 15118 stellt sicher, dass die Kommunikationsprozesse zwischen der Infrastruktur und dem Fahrzeug vor Zugriffen von außen und vor Manipulation geschützt sind.

Die BayWa Mobility Solutions (BMS) und die Hubject GmbH, die maßgeblich in die Entwicklung des ISO-Standard involviert war, haben ein Projekt gestartet, das plug&charge gemeinsam mit weiteren Partnern, unter anderem alpitronic und has_to_be, zur Serienreife bringen soll.

„Die Integration der Ladekarten-Funktion in das Fahrzeug ist zukunftsweisend“, betont Christian Krüger, Geschäftsführer der BayWa Mobility Solutions GmbH. „Sie macht das Laden einfacher und trägt dazu bei, E-Mobilität noch populärer zu machen. Mit dem Einstieg in das Projekt wollen wir als Ladekartenanbieter den Prozess von Anfang an begleiten und die Entwicklung mit vorantreiben.“ Erste ISO 15118-fähige Fahrzeuge gibt es bereits, etwa den Smart EQ von Daimler oder den Audi e-tron.

Neben der Integration der Ladekarte ins Fahrzeug sollen mit plug&charge weitere Mehrwertdienste geschaffen werden, wie zum Beispiel die Vorab-Reservierung eines Ladepunktes oder Routeninformationen zur Ladeinfrastruktur – zusätzliche Erleichterungen also für den Fahrer eine E-Fahrzeugs. ❐

Gemeinsame Positionierung von Energiewirtschaft und Automobilindustrie:

Für Nutzung der 450-MHz-Frequenz durch die Energiewirtschaft

Energiewirtschaft und Automobilindustrie sprechen sich dafür aus, die 450-Megahertz-Frequenz an die Betreiber kritischer Infrastrukturen zu vergeben. Gemeinsam treten die drei Verbände für das Gelingen einer sektorenübergreifenden neuen Energiewelt ein. Sektoren wie Energie und Mobilität, die faktisch immer mehr zusammenwachsen, müssen im Sinne der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes auch vermehrt zusammengedacht werden.

„Die Bundesnetzagentur als zuständige Fachbehörde hat wiederholt deutlich dargelegt, warum die Energiewirtschaft und weitere kritische Infrastrukturen einen dringenden Bedarf an einer sicheren und hochverfügbaren Kommunikationslösung haben: Es geht um nicht weniger als die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die Umsetzung der Energiewende und die Digitalisierung kritischer Infrastrukturen“, betonten Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, und Michael Wübbels, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer.

Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, unterstreicht: „Die Frequenzvergabe hat auch Einfluss auf die erforderliche Mobilitätswende: Eine stark steigende Anzahl von Elektroautos erfordert den weiteren Ausbau einer Ladeinfrastruktur, die kommunikativ in die Steuerung der Stromnetze eingebunden sein muss. Die kommunikationstechnische Einbindung kann über 450 MHz erfolgen, die im freien Wettbewerb allen Interessierten offenstehen muss. Die Automobilbranche unterstützt daher die Position der Energiewirtschaft zur Zuteilung.“

Zukünftig wird eine sehr große Anzahl an E-Fahrzeugen an öffentlichen und privaten Ladepunkten aufgeladen. Hierfür ist neben der standardisierten Schnittstelle zwischen Fahrzeug und Ladepunkt auch eine stabile Kommunikationstechnologie zwischen Ladepunkt und Energienetz erforderlich, mit der die Ladevorgänge intelligent gesteuert werden können. Durch ein intelligentes Lastmanagement und die Möglichkeiten zur Aufnahme und Abgabe von grünem Strom lassen sich die Fahrzeugspeicher sinnvoll netzunterstützend integrieren. Durch eine sichere und flexible Steuerung des Ladevorgangs können sowohl für das Netz als auch für den Fahrzeugnutzer wirtschaftliche Vorteile generiert werden. Damit wird auch der Hochlauf der Elektromobilität unterstützt.

Zügiger Roll-Out erforderlich

Von großer Bedeutung ist der zügige Roll-Out intelligenter Ladepunkte sowohl in Richtung Netz als auch Fahrzeug und die Nutzung für ein breites Angebot flexibler und attraktiver Kundentarife. Zudem wachsen mit Blick auf das Thema Cybersicherheit auch hier die Anforderungen an eine besonders widerstandsfähige Informations- und Kommunikationstechnik. Mit Blick auf diese Herausforderungen sollten auch die 450-MHz-Frequenzen genutzt werden.

In den vergangenen Monaten haben sich auch die Wirtschaftsministerkonferenz und der Beirat der Bundesnetzagentur für die Frequenz-Nutzung durch die Energiewirtschaft ausgesprochen. Auch die seitens des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beauftragte Studie zur Etablierung der Frequenzbedarfe von Energiewirtschaft und BOS und der Eignung von 450MHz kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Energiewirtschaft hat einen erheblichen und kurzfristigen Bedarf und keine Alternative zu einem 450MHz Funknetz.

Kompromissangebot

BDEW und VKU haben den Sicherheitsbehörden als Kompromiss ein, auch vom VDA unterstütztes, Mitnutzungsangebot vorgelegt. Wie ein aktuelles Gutachten des Bundesverkehrsministeriums bestätigt, können damit und mit den bestehenden BOS-Zuteilungen im 380-MHz-Bereich die kurzfristigen Kommunikationsbedarfe gedeckt werden. Für die langfristigen breitbandigen Bedarfe stünde zudem das bereits zugeteilte Spektrum in 700 MHz zur Verfügung. Zur Deckung der mittel- und langfristigen BOS-Bedarfe erwägt die Bundesregierung derzeit dem Vernehmen nach eine Zuweisung von Frequenzen im 600-MHz-Bereich, was BDEW und VKU explizit unterstützen. ❐

In Bruckberg wird jetzt gegraben

15 km-Gasleitungen und 30 km-Glasfaserleitungen sollen in 2020 verlegt werden

Bevor die Bagger mit den Bauarbeiten für die Gasleitungen und Glasfaserleitungen loslegen können, war einiges an Vorarbeiten zu leisten. Zunächst mussten im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung zwischen der Gemeinde Bruckberg und den ausführenden Unternehmen Energie Südbayern und M-net einige Punkte geklärt werden. So ging es zum Beispiel um die Beantragung von Fördergeldern wie auch um die erforderlichen Verhandlungen bei Rohrverlegungen zwischen den Eigentümern und den zuständigen Behörden.

Ein großer Erfolg ist, dass Bruckberg nun eines der ersten Projekte im Bundesförderprogramm ist, das über ein Co-Finanzierungsmodell umgesetzt wird. Immerhin geht es um knapp 3 Millionen Fördermittel, die durch die Bundesregierung, den Freistaat Bayern und die Gemeinde Bruckberg den Einwohnern vor Ort zu Gute kommen.

Glasfaseranschluss durch Energie Südbayern und M-net

Die Errichtung des Erdgasnetzes erfolgt durch Energienetze Bayern, ein Tochterunternehmen von Energie Südbayern. Nach der Verlegung des Hausanschlusses kann die Umstellung auf Erdgas auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Der Glasfaseranschluss erfolgt durch Energie Südbayern gemeinsam mit der Firma M-net. Mit den Highspeed-Internetzugängen von M-net können Haushalte die gesamte Bandbreite der digitalen Möglichkeiten nutzen: vom Internetfernsehen und Streaming über Online-Gaming bis hin zu Arbeiten in der Cloud und im Home-Office.

Wer bis jetzt noch keinen Antrag für einen Glasfaseranschluss oder einen Erdgas-Hausanschluss gestellt hat, kann dies aktuell noch nachholen. Für alle Informationen und Rückfragen gibt es einen persönlichen Ansprechpartner, Mario Baufeld, der auch für Beratungsgespräche vor Ort zur Verfügung steht.

Die Rohrverlegungen beginnen in den nächsten Wochen und werden zügig umgesetzt. Ausgangspunkt sowohl für die Verlegung der Erdgasleitung als auch der Glasfaserleitungen ist das Gewerbegebiet „Bruckberg/Am Industriepark“. Die beteiligten Unternehmen werden gemeinsam mit der Gemeinde Bruckberg regelmäßig über die Fortschritte der Bauarbeiten berichten. ❐

Roland Biesenberger, erster Bürgermeister in Buch (links), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz. Bild: erdgas schwaben

Buch schließt Wegenutzungsvertrag ab

Die Energiezukunft in Buch im Landkreis Neu-Ulm hat begonnen. erdgas schwaben ist mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz in Zukunft für Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes in der Marktgemeinde verantwortlich. Vor kurzem unterzeichneten Roland Biesenberger, Erster Bürgermeister in Buch, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, den bis 2041 laufenden Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus des Marktes.

Sichere und preisgünstige Energieversorgung mit langfristiger Perspektive

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige Energieversorgung mit Gas sicher“, erklärte Bürgermeister Biesenberger bei der Vertragsunterzeichnung. „erdgas schwaben hat sich als verlässlicher Partner erwiesen. Mit dem Wegenutzungsvertrag können unsere Bürgerinnen und Bürger langfristig planen – sowohl Häuslebauer als auch Gewerbetreibende und wir von der Kommunalverwaltung. Denn Gas ist zukunftssicher, preisgünstig und klimaschonend.“

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß“, machte Uwe Sommer, schwaben netz, deutlich. „Die Umstellung auf Gas ist kostengünstig und einfach. Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher – zu fairen Preisen. Zukünftig dienen diese Netze als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas.“ ❐

EU-Erneuerbaren-Ziel:

Deutschland auf Kurs

Laut aktuellen Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) ist Deutschland auf dem Zielpfad für die Erreichung seines verbindlichen EU-Erneuerbaren-Ziels von 18 Prozent für 2020. 2019 hatten die erneuerbaren Energien einen Anteil von 17,1 Prozent am Bruttoendenergieverbrauch. Im Jahr davor lag der Anteil noch bei 16,5 Prozent. Allerdings entwickelten sich die Sektoren unterschiedlich: Beim Strom stieg der Anteil der Erneuerbaren auf den Rekordwert von 42,1 Prozent. Im Wärmesektor wuchs der Anteil leicht, während er im Verkehr stagnierte.

Im Wärmebereich nahm der Anteil der erneuerbaren Energien von 14,3 auf 14,5 Prozent zu. Im Verkehrssektor verharren die erneuerbaren Energien bei 5,6 Prozent. Zwar wurde etwas mehr erneuerbare Energie produziert, gleichzeitig stieg aber auch der gesamte Energieverbrauch. Der Verkehr ist für gut ein Viertel des Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich. In beiden Sektoren geht die Entwicklung kaum voran: Schon in den Vorjahren gab es hier nur eine geringe Steigerung des Erneuerbaren-Anteils.

Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen stieg 2019 auf den Rekordwert von 42,1 Prozent (2018: 37,8). Gleichzeitig ist der Zubau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten insgesamt rückläufig. Insbesondere die Windkraft an Land leidet unter den Rahmenbedingungen: Die netto neu installierte Leistung der Windenergieanlagen an Land brach von 4,9 GW (Gigawatt) im Rekordjahr 2017 und 2,3 GW im Jahr 2018 auf nur noch 0,9 GW im Jahr 2019 ein. Seit dem Jahr 2000 wurde nur im Jahr 2008 weniger Windenergie-Leistung an Land installiert. Auch der Anstieg der Installation neuer PV-Anlagen kann diesen Rückgang nicht vollständig kompensieren. Laut UBA sollte sich der jährliche Brutto-Ausbaupfad für den Zeitraum bis 2030 auf mindestens 4 GW pro Jahr erhöhen. Um den Zielen des Übereinkommens von Paris zu entsprechen, wäre ein Ausbau von mindestens 5,5 GW pro Jahr erforderlich.

Wichtiger Wärmesektor

Laut UBA-Präsident Dirk Messner geht Klimaschutz nur mit mehr Energie aus Sonne, Wind und Wasser. Bislang wird die Energiewende aber vor allem durch den Stromsektor getrieben. Der Wärmesektor ist hier leider, ebenso wie der Verkehrssektor, noch nicht auf dem richtigen Pfad." Der Wärmesektor sei besonders wichtig, denn er stehe für rund 50 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs. Da Bauen und Sanieren dauert, müssten die gesetzlichen Regelungen für eine erfolgreiche Wärmewende schnell geschaffen werden – etwa im kommenden Gebäudeenergiegesetz.

Zusätzlicher Handlungsdruck

Wie Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, betonte, „ist die Leistungsfähigkeit der Erneuerbaren sehr erfreulich. Allerdings sollten wir uns immer vor Augen halten, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt und viele Sondereffekte hineinspielen. Die Rekordzahlen stehen in scharfem Kontrast zur dramatischen Situation beim aktuellen Ausbau von Wind- und PV-Anlagen: Werden die Hemmnisse und Deckel hier nicht zügig beseitigt, ist das 65 Prozent-Ziel bis 2030 kaum zu erreichen. Die wirtschaftlich schwierige Situation verschärft den Handlungsdruck zusätzlich: Es muss sichergestellt werden, dass weiterhin in den Ausbau der Erneuerbaren investiert wird, damit sie die Energieversorgung von morgen gewährleisten können."

„Gerade angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs durch die Corona-Krise lohnen sich mehr Investitionen in Erneuerbare Energien", ergänzte Prof. Dr. Frithjof Staiß, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW). „Bei der Errichtung von Windenergie- und Solaranlagen bleibt im Vergleich zur Nutzung fossiler Energien ein deutlich größerer Anteil der Wertschöpfung im Land. Das wirkt sich positiv auf die Konjunktur und die Unternehmen aus. Hinzu kommt: Die Investitionen in Erneuerbare-Energien-Projekte sind wenig risikobehaftet – für Investoren, die der derzeit volatile Aktienmarkt abschreckt, eine finanziell lohnende Option."

Nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist das EU-Erneuerbaren-Ziel von 18 Prozent im Jahr 2020 „greifbar". „Wir müssen jetzt daran arbeiten, dass wir die Ziele nachhaltig erreichen und den Anteil erneuerbarer Energien weiter ausbauen. Der europäische Green Deal eröffnet wirtschaftspolitische Chancen. Diese Chancen müssen wir nutzen", unterstrich Altmaier abschließend. **DK**

Energiewende:

BMWi veröffentlicht Digitalisierungsbarometer

Wie ist die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland im Jahr 2019 vorangekommen? Wo ist noch Arbeit notwendig? Diesen Fragen geht die Fortschreibung des „Barometer Digitalisierung der Energiewende" von Ernst & Young nach, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegeben und jetzt veröffentlicht wurde.

Der Barometerbericht 2019 beschreibt den aktuellen Stand bei der Digitalisierung der Energiewende: Mit dem lang erwarteten Durchbruch bei den Zertifizierungen und der Markterklärung ist der Weg für den Pflichteinbau von intelligenten Messsystemen frei. Damit ist laut Ernst & Young ein wichtiges Etappenziel bei der Digitalisierung der Energiewende erreicht.

Auch der Standardisierungsprozess gewinne an Kontur, die fachliche Ausarbeitung der Roadmap von Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wurde mit klaren Zeitvorgaben gestartet.

Marktkommunikation

Erheblichen Fortschritt attestieren die Gutachter auch im Bereich der Marktkommunikation. Die Branche habe die Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur „Marktkommunikation 2020" umgesetzt. Hier bestehe nun mehr Planungssicherheit für die Unternehmen auf dem Weg zur vollständigen Umsetzung der sternförmigen Datenkommunikation. Eine wichtige zukünftige Herausforderung bleibe die Einbindung des Letztverbrauchers in die Digitalisierung der Energiewende.

Mit der Zertifizierung von drei Smart Meter Gateways und der Markterklärung für den Beginn des Pflichtrollouts sei ein wichtiges Momentum geschaffen. Dieses müsse im laufenden Jahr genutzt werden, um Fortschritte auf der gesetzlichen und regulatorischen Ebene und bei der Umsetzung zu erzielen. Dabei sind aus Sicht der Gutachter für 2020 insbesondere vier zentrale Weichenstellungen zu nennen:

1. Die geplante EEG-Reform mit der Fortschreibung des Rechts rahmens zur Ausweitung des Smart-Meter-Gateway (SMGW)-Pflicht-Rollouts, auch zur Steuerung von EEG- und KWKG-Anlagen kleiner 100 kW mit anschließender Aktualisierung der Marktanalyse des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik

2. Die Fortschreibung des Rechtsrahmens zur netzorientierten Steuerung flexibler Verbrauchseinrichtungen nach EnWG, die insbesondere durch den bevorstehenden starken Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität immer mehr an Bedeutung gewinnt

3. Die ausstehende Entscheidung zur Nutzung der 450-MHz-Lizenz für die Digitalisierung der Energiewirtschaft, die als ein kritischer Erfolgsfaktor für das Gesamtvorhaben gelten kann

4. Die zügige Umsetzung des Pflicht-Rollouts für intelligente Messsysteme, um praktische Erfahrungen im Massen-Rollout zu sammeln und die installierten Stückzahlen für eine schnellere Marktverbreitung von Lösungsangeboten auf der Basis der SMGW-Technologie zu erhöhen.

Das am 2. September 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) hat Smart Metering in Deutschland neu definiert und die Rahmenbedingungen für ein zukunftstaugliches Smart Grid gesetzt. Das Digitalisierungsbarometer betrachtet in jährlichen Fortschrittsberichten den Umsetzungsstand des Gesetzes. **KI**

Bundesverband Geothermie:

Energie- und Wärmewende forcieren

„Das naturverträgliche Ausbaupotenzial der Geothermie in Deutschland wird aktuell bei weitem nicht gehoben", beklagt Dr. Erwin Knapek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie (BVG). Vor dem Hintergrund der diskutierten EEG-Novellierung fordert der BVG einige Anpassungen des Gesetzes, um den weiteren Ausbau der Tiefen Geothermie zur Stromerzeugung zu sichern und so die grundlastfähige Erneuerbare Energie Erdwärme auch künftig zu fördern.

Die Tiefe Geothermie bietet Knapek zufolge eine hervorragende Möglichkeit, Strom- und Wärmeproduktion sowie die im Rahmen der Klimaerwärmung immer wichtiger werdende Kälteproduktion zu koppeln und so nicht nur die Energie-, sondern auch die Wärmewende voranzutreiben. Eine fünfprozentige Degression ab 2021 entzöge der Tiefen Geothermie die verlässliche Entwicklungsgrundlage. Deswegen sei eine weitere Förderung durch das EEG auch so wichtig.

BVG schlägt Degression vor

Für den Ausbau der Erneuerbaren Energie erarbeitete die Branche deshalb einige Vorschläge: Wichtigste Maßnahme ist eine Anpassung des Degressionsmechanismus und die Beibehaltung des aktuellen Strompreises von 25,2 ct/kWh. Im aktuellen EEG ist eine kalendergesteuerte Degression von fünf Prozent ab 2021 vorgesehen. Dies macht Geothermie-Projekte wegen der gegebenen langen Realisierungszeiten für Unternehmen wirtschaftlich unkalkulierbar und somit deutlich weniger attraktiv. Daher schlägt der BVG stattdessen eine Degression, gekoppelt an das Ausbauziel von 100 Megawatt Strom vor, wie sie auch bei anderen Erneuerbaren zum Tragen kommt.

Mehr Anreize schaffen

Durch gezielte Fördermechanismen wie beispielsweise einen Flexibilitätszuschlag wie bei Biogas können laut BVG gleichzeitig EEG-Zuwendungen eingespart werden. Eine Förderung von Projekten, die gleichzeitig Strom und Wärme oder Kälte produzieren würde zusätzlich zur Wärmewende beigetragen. Ein Programm zur Kreditrisikoabsicherung, ähnlich des KfW-Programms „Fündigkeitsrisiko Tiefe Geothermie", verkürze die Projektentwicklungszeiten und senke die Stromgestehungskosten. Auch der Abbau bürokratischer Hürden, beispielsweise bei Genehmigungsverfahren, sowie zusätzliche Anreize im Bereich Forschung und Technik könnten maßgeblich zur Verbesserung der Situation der Tiefen Geothermie in Deutschland beitragen.

„Generationengerechtigkeit auch beim Klimaschutz!", lautet ein weiterer Appell des Bundesverbandes Geothermie. Er unterstützt damit den Aufruf von Hans Joachim Schellnhuber zur Einführung eines Klima-Corona-Vertrags. Der Gründungsdirektor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung hatte in der Frankfurter Rundschau gefordert, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels Generationengerechtigkeit walten zu lassen. BVG-Präsident Knapek verweist zudem auf die ökonomischen Chancen der Energiewende.

Für Klima-Corona-Vertrag

Nach seiner Ansicht „müssen wir den jungen Menschen dankbar sein, dass sie Rücksicht auf die älteren und durch Corona gefährdeten Menschen nehmen. Sie erdulden nicht nur deutliche Einschränkungen bei der Freizeitgestaltung, sondern auch Einbußen beim Verdienst, Kurzarbeit und Existenzsorgen. Im Gegenzug zur Solidarität können sich ältere Menschen damit revanchieren, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um den jungen Menschen ein lebenswertes Weltklima zu hinterlassen."

Auch hier, so Knapek, werde Verzicht nötig sein. Doch die Chancen seien weitaus größer. Gerade Deutschland als rohstoffarmes Land könne davon profitieren, dass Energieimporte ersetzt, regionale Wertschöpfung gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden. „Ein Klima-Corona-Vertrag kann Generationen näher zusammenbringen und so auch unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken." **DK**

dena-Analyse:

KI braucht vor allem Energieeffizienz

Künstliche Intelligenz (KI) ist aus der sich immer weiter digitalisierenden Welt nicht mehr wegzudenken. Das Thema durchdringt Schritt für Schritt auch die Energiewirtschaft. KI gilt als Hoffnungsträger für die Erreichung der Ziele eines CO2-freien Energiesystems. Eine aktuelle Analyse der Deutsche Energie-Agentur (dena) zielt darauf ab, aktuelle KI-Trends zu erfassen und abzubilden und anhand dessen erste Implikationen für die Energiewirtschaft abzuleiten.

Empfehlungen für die Energiewende

Aus den Beobachtungen leitet die dena fünf Empfehlungen für die deutsche Energiewende ab:

1. Energieeffiziente IT-Infrastruktur und Software fördern

Durch die Klimaproblematik steigt weltweit das Interesse, digitale Technologien für den Klimaschutz nutzbar zu machen. Mit dem prognostizierten Anstieg an globaler Rechenkapazität für KI-Anwendungen geht jedoch ein wachsender Energieverbrauch einher. Um diesen Widerspruch aufzulösen, muss energie- und ressourceneffiziente Infrastruktur und Software erforscht und eingesetzt werden. Hierzu empfiehlt die dena, die Entwicklung energieeffizienter IT-Technik mit Förderprogrammen für Wissenschaft und Wirtschaft anzustoßen. Eine verlässliche Basis dafür sollte mit einer Grundlagenstudie über KI-bedingte Energieverbräuche zunächst geschaffen werden.

2. Mit Daten trainieren und diese gleichzeitig schützen

Die Quantität und vor allem die Qualität von Datensätzen entscheidet über die Wirksamkeit von KI-Anwendungen. Gleichzeitig sind personen- und auch unternehmensbezogene Daten ein schützenswertes sowie zunehmend wertvolles Gut. Auch die Energiebranche ist daher aufgefordert, Modelle zu entwickeln, um Datenherkunft und Datenverwendung technologisch nachvollziehen und ökonomisch verwerten zu können. Konkret empfiehlt die dena, dazu Experten verschiedener Disziplinen zu einem Dialog an einen Tisch zu bringen.

3. KI mit weiteren digitalen Klimaschutz-Technologien verknüpfen

Internationale Forschungscluster verknüpfen zunehmend künstliche Intelligenz mit digitalen Klimaschutztechnologien und nutzen dabei Synergien. Die dena regt an, das Zusammenspiel von Blockchain-Technologie als digitale Infrastrukturgrundlage und künstlicher Intelligenz in Deutschland zu forcieren. Ein möglicher Rahmen dafür ist das aus der Blockchain-Strategie der Bundesregierung hervorgegangene Pilotierungslabor „Future Energy Lab", in dem Untersuchungsvorhaben zum Energieverbrauch der KI, der Betriebsoptimierung und Prognose ergänzt werden können.

4. KI-Startups für die Energiebranche gewinnen und fit machen

Startups treiben weltweit die KI-Entwicklung mit voran. Sie für die Chancen am deutschen Energiemarkt zu sensibilisieren und gleichzeitig mit dessen Eigenheiten als stark regulierter Markt vertraut zu machen, kann ein wirksamer Ansatz für mehr Innovationskraft in der Energiebranche sein. Als Konsequenz daraus empfiehlt die dena die Vermittlung von energiewirtschaftlichem Know-how und Unterstützung beim Transfer bestehender Geschäftsmodelle in die Energiewelt.

5. Dialogforum mit der Bevölkerung einrichten

Um Berührungsängste mit der neuen Technologie in Deutschland abzubauen und gleichzeitig Anregungen aus der Bevölkerung zu erhalten, regt die dena einen branchenübergreifenden Dialog über KI in der Energiewende an. Denn für die disruptive Klimaschutz-Technologie KI sind Akzeptanz und Verständnis in der pluralistischen Gesellschaft die Voraussetzungen für ihren Erfolg.

Schlüsse für den Energiesektor

Wie Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, erläuterte, „durchdringt Künstliche Intelligenz weltweit alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Es lohnt sich zu schauen, wie andere Nationen den großen politischen, gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen, die mit KI verbunden sind, begegnen. Daraus lassen sich wichtige Schlüsse für den deutschen Energiesektor ziehen – aus denen wiederum Innovations-Chancen entstehen." **KI**

Kelheimer Ladeinfrastruktur wird weiter ausgebaut

Die Stadtwerke Kelheim nehmen eine weitere Ladesäule in Betrieb. Seit März können Elektroautos nun auch am Kelheimer Einkaufscenter abgestellt und während des Einkaufbummels geladen werden.

Den Stadtwerken Kelheim ist es wichtig, die Stadt attraktiv für die E-Mobilität zu machen. „Um die E-Mobilität in unserer Region zu fördern, wird eine entsprechende Ladeinfrastruktur benötigt", so Geschäftsführerin Sabine Melbig. Daher haben sich die Stadtwerke beim Förderprogramm „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern" bei der Innovationsplattform Bayern Innovativ beworben.

Standplätze auf städtischem Grund

Zusätzlich investiert der Energieversorger einen fünfstelligen Eurobetrag, um neben dem Standort am Parkplatz Niederdörfl weitere Ladesäulen in der Stadt Kelheim aufzubauen. Diese werden üblicherweise auf den Parkplätzen in vorderster Reihe beziehungsweise an einem sehr günstigen Standort aufgestellt. Die Standplätze hierzu wurden von der Stadt Kelheim bereits freigegeben und befinden sich alle auf städtischem Grund.

Attraktives Angebot

Die Ladesäulen sind rund um die Uhr nutzbar. An der neuen Ladesäule am Kelheimer Einkaufscenter stehen zwei Ladepunkte, also zwei Stecker mit je 22 kW bereit. Die Freischaltung erfolgt per Ladekarte oder per SMS.

Bis Ende 2020 werden weitere E-Ladesäulen im Stadtgebiet errichtet. ❐

Landkreis Donau-Ries:

Biogasanlagenbetreiber im Austausch mit Landrat Rößle

Das Energie-Leitziel des Landkreises Donau-Ries sieht vor, die Energieversorgung mehr und mehr auf erneuerbare Energien umzustellen. In diesem Zusammenhang fand ein Informationsaustausch und Strategiegespräch zwischen Biogasanlagenbetreibern aus der Region und Vertretern des Landkreises statt.

Landrat Stefan Rößle, für den das Gelingen der Energiewende und die Umstellung auf eine größtmögliche Eigenversorgung des Landkreises von großer Bedeutung ist, nahm zusammen mit der Energiebeauftragen des Landkreises, Heike Burkhardt, dem Leiter Immissionsschutz, Marcus Dums und Simon Kapfer (Bereich Öffentlichkeitsarbeit) seitens des Landkreises an dem Treffen teil. Seitens der Biogasanlagenbetreiber waren die Vertreter der Regionalgruppe Bayrisch-Schwaben Nord des Fachverbands Biogas sowie weitere Donau-Rieser Anlagenbetreiber anwesend.

Knapp 100 Anlagen

Nach kurzer Darstellung der Biogassituation im Landkreis mit knapp 100 Anlagen, von denen einige Altanlagen aus dem Jahrtausendwechsel, viele Nawaro-Anlagen (Nachwachsende Rohstoffe) der Inbetriebnahme-Jahre 2004-2011 und zahlreiche Gülle-Kleinanlagen der Jahre ab 2012 zuverlässig Strom und Wärme produzieren, erläuterten Landrat Rößle und Heike Burkhardt die Bedeutung der Biogas-Stromerzeugung für den Landkreis.

Sektorenvergleich

Im Bereich Strom ist der Landkreis, nicht zuletzt wegen der hohen Biogas-Stromerzeugung (und auch wegen der hohen Anzahl an PV-Anlagen), bilanziell inzwischen fast energieautark mit 99,6 % regenerativ erzeugter Strommenge (884 GWh) im Verhältnis zum Verbrauch (887 GWh) im Jahr 2018. Der Anteil der Biogasanlagen liegt dabei mit 385 GWh erzeugtem Strom bei 43,4 %. Im Wärmebereich leisten die vielen Wärmenetze, die oftmals an die Biogasanlagen angeschlossen sind, ebenfalls große Dienste. Sie erzeugten 2015 eine Energiemenge, die bilanziell mit 195,5 GWh 7,4 % des Wärmeenergieverbrauchs (ca. 2.660 GWh) entsprach. Im Sektor Verkehr ist der Anteil der Erneuerbaren noch auf sehr niedrigem Niveau.

Bedarfsorientierte Einspeisung

Die Anlagenbetreiber verdeutlichten, wie sich gerade im Bereich Strom die Grundlastfahrweise der Anlagen (dauerhaftes Volllast-Fahren der Motoren) hin zur bedarfsorientierten Einspeisung wandelt. Dies bedeutet, dass mehr Blockheizkraftwerke, also Motoren mit Generator zur Stromerzeugung, bereitstehen, als Gas produziert wird.

In Zeiten niedrigen Strombedarfs (vor allem nachts) werden die BHKWs abgeschaltet und das Gas in den Folienhauben zwischengespeichert. Wenn morgens der Strombedarf in den Haushalten und Betrieben ansteigt, werden die BHKWs wieder eingeschaltet, mehr Strom produziert und das zwischengespeicherte Gas wieder verbraucht. Dies funktioniert oft bereits vollautomatisch über verschiedene Stromhändler in Deutschland.

Hier ist die Region Donau-Ries einer der Vorreiter innerhalb Deutschlands. Aus dieser Region heraus entwickelte sich die derzeit bundesweit größte Biogas-Betreiber-Organisation zur Stromvermarktung mit über 400 zusammengeschlossenen Anlagenbetreibern.

Landkreischef Rößle (4.v.r.) im Gespräch mit den Biogasanlagenbetreibern. ❐

Derzeit entstehen erste Ansätze zur Nutzung von Gas im Verkehrsbereich. Aufbereitetes Biogas kann für Erdgas-Autos und Erdgas-LKWs als Kraftstoff verwendet werden. Die technologische Entwicklung schreitet hier voran, vielleicht ergeben sich auch im Landkreis zeitnah Chancen für den Einstieg in die „Bio-Gasmobilität", also Nutzung von Biomethan im Verkehrsbereich.

Rechtliche Neuerungen

Zum Abschluss wurden noch Genehmigungsfragen kritisch angesprochen. Insbesondere rechtliche Neuerungen (Technische Regel für Anlagensicherheit 120) und die 44. BImSchV sorgen in der Umsetzung sowohl bei der Behörde als auch den Betreibern noch für Fragezeichen. Viele Details sind noch nicht geklärt. Weitere Abstimmungen zu diesen Themen sollen die nächste Zeit zwischen Genehmigungsbehörde und Betreibern folgen, um eine für alle Seiten bestmögliche Lösung nach außen zu tragen.

Abschließender Konsens war, die Rahmenbedingungen für die Biogasanlagen zu unterstützen. Gerade das Ende der 20-jährigen EEG-Vergütung für die bereits länger laufenden Biogasanlagen bereiten nicht nur den Anlagenbetreibern große Sorgen, sondern auch den angeschlossenen Privathaushalten/Wärmekunden.

Biogasresolution

Die 2017 vom Kreistrag beschlossene Biogasresolution war deutschlandweit auf große Resonanz gestoßen. Eine Überarbeitung auf den aktuellen Stand seitens Landkreises ist bereits erfolgt und wird nach Durchsicht durch die Biogasanlagenbetreiber ein weiteres Mal an die übergeordneten Ministerien und Politiker weitergereicht. ❐

Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften profitierten 2019 von Binnenkonjunktur:

Umsatz steigt, Nahwärme liegt im Trend

Die 1.029 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Freistaat mit ihren 601.074 Mitgliedern haben 2019 den Rückenwind durch die Binnenkonjunktur verspürt. Entsprechend verzeichnen die Genossenschaften in den meisten Branchen Umsatzzuwächse. Im vergangenen Jahr ist der Umsatz um 3,1 Prozent auf rund 13,1 Milliarden Euro gestiegen, 12,7 Milliarden Euro waren es im Jahr zuvor.

Treiber der Umsatzentwicklung waren in erster Linie die gewerblichen Genossenschaften und die Handelsgenossenschaften. Der Umsatz stieg von 1,14 Milliarden Euro auf 1,21 Milliarden Euro (gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften) und von 4,7 Milliarden Euro auf knapp 5 Milliarden Euro (Handelsgenossenschaften). Das Ergebnis aller Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften legte um 5,4 Prozent von 261 Millionen Euro (2018) auf 275 Millionen Euro im vergangenen Jahr zu, teilte der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in München mit.

Im vergangenen Jahr gründeten sich 18 Genossenschaften neu. Im Jahr 2018 waren es 14. 2017 gab es 20 Neugründungen und im Jahr 2016 waren es 13. Einen Schwerpunkt im diesjährigen Gründungsgeschehen bildete Oberbayern, wo der GVB neun Neugründungen verzeichnete.

Unter den 256 Energiegenossenschaften zeichnet sich ein Trend ab: In Bayern werden zunehmend Nahwärmegenossenschaften gegründet. Deren Zahl steigt kontinuierlich auf jetzt 82 an – im Jahr 2015 lag ihre Zahl noch bei 71. Unter den insgesamt 18 Genossenschaftsneugründungen 2019 waren fünf neue Nahwärmegenossenschaften, weitere fünf Initiativen sind zur Gründung 2020 auf den Verband zugekommen.

Die meisten Wärmegenossenschaften liegen in Nordschwaben sowie Franken. Innerhalb der Gruppe der Energiegenossenschaften stehen die Nahwärmegenossenschaften inzwischen auf dem zweiten Platz hinter Photovoltaik (102). „Nach Einschätzung des GVB dürfte sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen", sagte GVB-Präsident Jürgen Gros. Ölheizungen haben keine Zukunft, das hat die Bundesregierung in ihrem Klimapaket beschlossen. Ab 1. Januar 2026 dürfen keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden. Als Ersatz eignen sich Nahwärmekonzepte sehr gut.

Kostengünstige Alternative

Ein klassisches Einsatzgebiet für Nahwärme im Genossenschaftsmodell können Neubauviertel sein. „Denn diese Art der Wärmeversorgung bietet den Nutzern eine kostengünstige Alternative zu fossilen Energieträgern", erklärte Gros. „Durch erhebliche Verbesserungen im Planungsprozess und technische Weiterentwicklungen ist es gelungen, die Attraktivität von Nahwärmenetzen zu steigern."

Insgesamt verzeichneten die Energiegenossenschaften einen Umsatzrückgang um 10,9 Prozent auf 360 Millionen Euro (2018: 404 Millionen Euro). Deren Ergebnis legte indes um 21,6 Prozent von 23,2 Millionen Euro (2018) auf jetzt 28,1 Millionen Euro zu, wozu insbesondere erhebliche Steigerungen in der Sparte Wind beitrugen: Wegen deutlich höheren Windaufkommens stiegen die Umsätze der vier Windenergiegenossenschaften erheblich. Diese kletterten um 7,7 Prozent von 2,4 Millionen Euro (2018) auf 2,5 Millionen Euro – das Ergebnis stieg gar um 320 Prozent von 60.000 Euro auf 252.000 Euro.

Photovoltaik und Biogas

Die 102 Photovoltaikgenossenschaften lieferten dagegen etwas weniger Strom, da die Zahl der Sonnenstunden im Jahr 2019 um etwa 120 Stunden geringer ausfiel als im Extremsonnenjahr 2018. Auf deren Umsatz wirkte sich dies mit einem Rückgang um 19,3 Prozent von 33 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro aus. Das Ergebnis gab aber nur leicht um 2,6 Prozent von 6,6 Millionen Euro (2018) auf 6,5 Millionen Euro nach. Umsatz und Ergebnis der 21 Biogasgenossenschaften blieben konstant. Der Umsatz lag 2019 bei 19,6 Millionen Euro (minus 0,1 Prozent), das Ergebnis bei 1,7 Millionen Euro (plus 0,1 Prozent).

Insgesamt zeigt sich in dieser Entwicklung die hohe Wetterabhängigkeit erneuerbarer Energieträger. „Die Forschung im Bereich Stromspeicher und Sektorenkopplung (Power-to-X) sollte erheblich intensiviert werden, um regenerative Energiequellen attraktiver zu machen, den Anteil fossiler Energieträger zurückzufahren und die Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren zu können", forderte Gros.

Zudem sollte die Politik die Bürger stärker ins Boot holen. „Denn Akzeptanz lässt sich am besten durch eigene Beteiligung schaffen", ergänzte der GVB-Präsident. Durch den Einsatz moderner Lösungen, wie Smart Meter und Smart Grid, ließe sich der vorhandene Strom optimal nutzen. „Damit könnte jeder Einzelne dazu beitragen, dass die Energiewende zum Erfolg wird", sagte Gros. Auf diesem Gebiet bestehe aber noch Nachholbedarf. ❐

N-ERGIE Aktiengesellschaft:

Aufwertung von Flächen für Artenschutz und Biodiversität

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft stattet im Verlauf des Jahres die Flächen ihrer Photovoltaik-Kraftwerke mit Insektenhotels aus. So schafft sie Rückzugsorte für Wildbienen, Käfer und Co. und wertet ihre Betriebsgelände ökologisch auf. Den Auftakt hierzu machte die N-ERGIE mit drei Insektenhotels, die sie auf dem Gelände ihres Photovoltaik-Kraftwerks Oberndorf bei Schweinfurt installierte.

Insektenhotels aus sozialer Werkstatt

Die Insektenhotels sind ein mal ein Meter groß und bieten aufgrund unterschiedlicher verarbeiteter Materialien Platz für zahlreiche Insektenarten – etwa für seltene Wildbienen, Mauerwespen sowie Nützlinge wie Florfliege und Ohrwürmer. Gefertigt werden die Kästen von Menschen mit Behinderung in der Werkstatt der Lebenshilfe Hammelburg.

Erneuerbare Energien naturschonend ausbauen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft engagiert sich für eine regionale Energiewende. Sie sieht den Ausbau der Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien als wesentlichen Baustein und investiert dafür hohe Beträge. In erster Linie setzt sie dabei auf Photovoltaik-Anlagen. Werden die dafür benötigten Flächen zusätzlich ökologisch bewirtschaftet, dienen sie nicht nur dem Klimaschutz, sondern leisten darüber hinaus einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt.

Die N-ERGIE bewirtschaftet die Grünflächen extensiv, um insektenfreundliche Blühwiesen zu schaffen und lässt die Vegetation auf ausgewählten Anlagen von Schafen beweiden. Das steigert die Biodiversität auf den Flächen bereits wenige Jahre nach Inbetriebnahme deutlich. ❐

1.Reihe v.l.: Prof. Dr. Dominikus Bücker (INEV, TH-Rosenheim), Anton Wallner (1. BGM Bad Feilnbach), Karin Gall (Stephanskirchen), Josef Huber (stellvertr. Landrat Rosenheim), Doris Laban (1. BGM Bad Endorf), Thomas Kamm (1. BGM Siegsdorf), Olaf Kalsperger (1. BGM Raubling), Georg Weigl (1. BGM Tuntenhausen), Dr. Isabel Bücker (INEV); 2. Reihe v.l.n.r.: Thomas Stürzer (INEV), Prof. Dr. Eckhard Lachmann (TH-Rosenheim), Peter Feldschmidt (Bad Feilnbach), Hans-Jürgen Schuster (2. BGM Prien am Chiemsee), Michael Schlosser (Prien am Chiemsee), Matthias Baderhuber (1. BGM Waging am See), , Rainer Auer (1. BGM Stephanskirchen), Christoph Schneider (1. BGM Neubeuern), Hans Holzmeier (1. BGM Schechen), Chrsitian Praxl (1. BGM Rohrdorf), Bernhard Krichbaumer (Tuntenhausen), Markus Pletschacher (Stadt Rosenheim), Robert Freund (Stadt Rosenheim) Bild: INEV

Rosenheimer und Traunsteiner Kommunen starten Energieeffizienz-Netzwerk:

Ziel: Energieeffizienz und Klimaschutz

Im März hat das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV), mit Sitz an der Technischen Hochschule Rosenheim, gemeinsam mit den Bürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Energiebeauftragten von 13 Rosenheimer und Traunsteiner Kommunen das Kommunale Energieeffizienz-Netzwerk Rosenheim-Traunstein gegründet. Die teilnehmenden Kommunen sind: Bad Endorf, Bad Feilnbach, Großkarolinenfeld, Neubeuern, Prien am Chiemsee, Raubling, Rohrdorf, Rosenheim (Stadt), Schechen, Siegsdorf, Stephanskirchen, Tuntenhausen und Waging am See.

Ziel des Netzwerkes ist es, einen breiten Erfahrungsaustausch zu Fragen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes anzustoßen, mehr Transparenz über den Energieverbrauch der eigenen Kommune zu erhalten, Potenziale zu identifizieren, Ziele zu definieren und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umzusetzen. Insgesamt werden so der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen der teilnehmenden Kommunen gesenkt.

Unterstützung durch das Bundesumweltministerium

Das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) mit Sitz an der Technischen Hochschule Rosenheim hatte das Projekt initiiert und im Oktober 2019 einen Förderantrag beim Projektträger Jülich gestellt. Das Bundesumweltministerium unterstützt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Kommunen während der dreijährigen Netzwerkphase mit einer Förderung von 60 % der Kosten der Netzwerkarbeit und der energietechnischen Beratung.

Ermittlung von individuellen Maßnahmen

Zu Beginn der Netzwerkarbeit steht eine Analyse des Energieverbrauchs der Kommunen und die Identifikation von Einsparpotenzialen durch die energietechnischen Berater des INEV. Auf dieser Basis werden individuelle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs entwickelt. Dabei können die Kommunen ihre individuellen Schwerpunkte selbst festlegen. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen unterstützt INEV die Kommunen durch kontinuierliche und neutrale energietechnische Beratung.

Nachhaltige Vernetzung

Während der Netzwerkphase finden vierteljährlich Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Energiebeauftragten der Kommunen zu praktischen Fragen des kommunalen Energiemanagements austauschen und Ihre Erfahrungen bei der Umsetzung von Maßnahmen teilen können. Zusätzlich erhalten sie Expertentipps und Schulungen durch fachkundige Referenten.

Prof. Dr. Dominikus Bücker, Leiter des INEV, stellte die Netzwerkarbeit vor. Er freut sich über das große Interesse der Kommunen, auf das das Projekt gestoßen ist: „Dadurch, dass alle teilnehmenden Kommunen in der Region liegen, kann eine intensive Vernetzung stattfinden, die auch über die Zeit der geförderten Netzwerkphase hinaus besteht und von der die Kommunen nachhaltig profitieren können."

Sehr gute Zusammenarbeit

Der Gastgeber der Gründungsveranstaltung, stellvertretender Landrat Josef Huber, berichtete über die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Hochschule im Bereich des Klimaschutzes, die schon seit Jahren im Rahmen der Initiative „Energiezukunft Rosenheim (ezro)" stattfindet und freute sich, dass die Kommunen der Region beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen und die Energieeffizienz groß schreiben.

Transfer von Kow-How

Prof. Dr. Eckhard Lachmann, Vizepräsident der Technischen Hochschule Rosenheim betonte, dass die Hochschule sich als wichtiger Partner der gesamten Region in den Bereichen Bildung und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung versteht. Er sieht das Energieeffizienznetzwerk als ein gutes Beispiel, wie Transfer von Know-How von der Hochschule in die Gesellschaft gelingt.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden die Gründungsverträge unterschrieben. ❐

Martin Sambale (in der Bildmitte) von eza! konnte beim ersten Treffen des Energieteams im Bezirk Schwaben schon viele kreative Ideen einsammeln: Martin Sambale unterstützt den Bezirk beim European Energy Award. Bild: Daniel Beiter/Bezirk Schwaben

Voller Energie für den Umweltschutz:

Bezirk Schwaben nimmt am European Energy Award teil

Der Energieverbrauch war hoch, bei dieser ersten Sitzung des neugegründeten Energieteams beim Bezirk Schwaben. Allerdings handelte es sich um umweltschonende Verbrauchsquellen: Voller Energie und Kreativität nahm die Gruppe mit Fachleuten aus Politik und Verwaltung ihre Arbeit auf, um die Möglichkeiten zu definieren, mit denen der Bezirk künftig vorbildhaft in Sachen Klima- und Umweltschutz agieren kann.

„Der Bezirk Schwaben ist der erste Bezirk in Bayern, der am European Energy Award teilnimmt", erläutert der Bezirkstagspräsident und Landrat des Landkreises Augsburg, Martin Sailer. „Wir wollen damit vorbildhaft Verantwortung übernehmen und zeigen, wie jede Ebene dem Klimawandel etwas entgegensetzen kann." Mitinitiator dieses neuen Arbeitsprozesses ist der Umweltbeauftragte des Bezirkstags, Bezirksrat Albert Riedelsheimer.

Dieser Zertifizierungsprozess ist ein Managementsystem, bei dem alle Aktivitäten für den Umweltschutz strukturiert und systematisiert gebündelt werden. „Das umfasst sämtliche Bereiche, in denen sich man auf kommunaler Ebene aktiv für den Klimaschutz engagieren kann", so Martin Sambale vom Energie- und Umweltzentrum „eza!" in Kempten.

Die Einrichtung ist Landesgeschäftsstelle für den European Energy Award in Bayern und begleitet derzeit rund 30 Landkreise, Städte und Gemeinden beim European Energy Award (EEA). Europaweit nehmen 1.500 Kommunen aus 16 Ländern an dem Programm teil.

Pilotprojekt Bezirk

„Dass sich nun ein Bezirk dem EEA anschließt, ist auch für uns ein spannendes Pilotprojekt", betont Sambale. Das Umweltmanagementsystem EEA umfasst sechs Handlungsfelder, die vom energieeffizienten Management von Gebäuden und Liegenschaften bis hin zu umweltfreundlicher Mobilität und nachhaltigem Handeln in der internen Organisation reichen. Ein Energieteam unter Leitung des Umweltbeauftragten der Bezirksverwaltung, Thomas Sailer, in dem Vertreter aller Fraktionen des Bezirkstags und Fachleute aus der Verwaltung mitwirken, definiert die notwendigen Arbeitsschritte und Ziele und legt sie den Bezirksausschüssen zur Entscheidung vor.

Audit alle vier Jahre

Alle vier Jahre wird das Klimaschutzpaket des Bezirks von einem unabhängigen Gutachter unter die Lupe genommen und auditiert. **pm**

Windenergie im Höhenkirchner Forst:

Erste Messungen beginnen

Im Dezember 2019 fanden sich die Gemeinden Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Egmating und Oberpframmern sowie die beiden Landkreise München und Ebersberg zu einem gemeinsamen Windrad-Projekt zusammen, das von der Energieagentur Ebersberg-München begleitet wird. Seit Mitte März wehen nun drei kleine, fast unscheinbare Fahnen über dem Höhenkirchner Forst. Sie markieren die Standorte, an denen in einigen Jahren möglicherweise drei Windräder stehen könnten. Das Aufstellen dieser Fahnen ist Teil der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP), die dieses Jahr im Forst durchgeführt wird.

Ein Windrad darf nur genehmigt und gebaut werden, wenn die Frage untersucht wurde, ob sich der Bau eines Windrades negativ auf Flora und Fauna rund um den Standort auswirkt und eine Gefährdung derer ausgeschlossen wurde. Eine Antwort darauf gibt die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, für die nun die Untersuchungen im Höhenkirchner Forst stattfinden. Sie beginnt mit einer Bestandsaufnahme aller relevanten Tierarten am Boden und auch in der Luft im Raum um die geplanten Windräder. Während beim Straßenbau Kröten und andere auf der Erde lebende Tiere besonders relevant sind, sind es beim Bau von Windrädern neben Fledermäusen vor allem die kollisionsgefährdeten Vögel, wie beispielsweise der Rotmilan oder der Wespenbussard.

Beobachtung durch Naturschutz-Gutachter

Die Bestandsaufnahme umfasst daher nicht nur die Suche nach Nist- und Brutplätzen (Horstsuche) und nach wertvollen Strukturen am Boden, sondern auch die Erfassung der Flugbewegungen von Großvögeln. Mittels zweier Hebebühnen beobachten Naturschutz-Gutachter das ganze Jahr über zu verschiedenen Zeiten die Bewegungen dieser Arten oberhalb der Baumwipfel. Um dabei die möglichen Standorte der drei geplanten Windräder genau im Blick zu haben, wurden diese mit jeweils einer Fahne markiert. Alle Untersuchungen sind mit der Naturschutzbehörde im Landratsamt und der Regierung von Oberbayern abgestimmt. Die Ergebnisse dieser Kartierungen bilden die Grundlage für die Ermittlung, welche Tierart auf welche Weise von der Errichtung eines Windrades betroffen wäre.

Kommunale Kooperation

Das Windrad-Projekt ist eine Kooperation der drei Nachbargemeinden Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Egmating und Oberpframmern sowie den beiden Landkreise München und Ebersberg, die dafür eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet haben. Die ARGE, deren Vorsitz die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn inne hat, möchte die Planungen zur Umsetzung von Windenergieanlagen insbesondere vor dem Hintergrund gemeinsam vorantreiben, dass die Anlagenstandorte zwar rein auf Höhenkirchner Flur liegen, aber dennoch Einfluss auf die beiden Gemeinden im Nachbarlandkreis haben werden – sowohl in Bezug auf die Sichtbarkeit durch die Lage an der Landkreis-/Gemeindegrenze als auch durch die Begrenzung der eigenen Wind-Ausbaumöglichkeiten.

ARGE-Vorsitzende Ursula Mayer, erste Bürgermeisterin von Höhenkirchen-Siegertsbrunn: „Mit den jetzigen Arbeiten ist noch keine Entscheidung über den tatsächlichen Bau der drei Windräder getroffen worden. Sie sind aber Voraussetzung dafür, dass später auf einer artenschutzrechtlich belastbaren Basis diese endgültige Entscheidung für den Höhenkirchner Forst getroffen werden kann."

Ziel der ARGE ist es den Planvollzug so zu steuern, dass die Bevölkerung vor Beeinträchtigungen geschützt, das charakteristische Landschaftsbild sowie Flora und Fauna erhalten und eine hohe regionale Wertschöpfung erreicht wird. Moderne Windräder erzeugen in einem Jahr selbst in den Schwachwindregionen des Freistaates so viel Strom wie in der gleichen Zeit gut 2.500 Haushalte verbrauchen.

Aufstellung der Windfahnen im Höhenkirchner Forst. Bild: Ingenieurbüro Sing

Weitere Informationen

Über den weiteren Fortgang des Projekts informiert ab sofort auch eine eigene Internetseite. Unter www.windenergie-hoehenkirchner-forst.de werden die einzelnen Schritte vorgestellt und Fragen geklärt. ❐

Studie:

Zwei Stromtrassen für Versorgungssicherheit Bayerns erforderlich

IHK-Hauptgeschäftsführer Gößl: „Stromnetze und dezentrale Energieversorgung zügig ausbauen"

Die bayerische Wirtschaft hält weiter am Ausbau der Energienetze mit zwei neuen Stromtrassen fest, um langfristig eine sichere und preislich wettbewerbsfähige Stromversorgung für Bayern zu gewährleisten. Eine ifo Studie in Zusammenarbeit mit der TU München, die von der IHK für München und Oberbayern beauftragt wurde, untermauert diese Forderung der Wirtschaft. „Für eine sichere Stromversorgung in Bayern brauchen wir die zwei neuen Stromtrassen und mehr dezentrale Stromerzeugung", fasst IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl die zentrale Botschaft zusammen.

Ohne die beiden Leitungen SüdLink und Südost-Link bestünde die Gefahr, dass die deutsche Gebotszone geteilt würde und die Strompreise in Süddeutschland bis 2040 deutlich teurer würden als im Norden, so Gößl. Die Studie fordert auch einen drastischen Ausbau an erneuerbaren Energien. Dezentrale KWK-Anlagen können eine positive Rolle im System spielen. Die Experten weisen darauf hin, dass die wachsende Bevölkerung und Anwendungen wie Elektromobilität und Wärmepumpen den Stromverbrauch in Bayern bis 2040 um mindestens 25 Prozent steigen lassen. Gleichzeitig fallen konventionelle Kraftwerke, die bislang die Energieversorgung in Bayern wetterunabhängig gewährleistet haben, bereits bis Ende 2022 durch den Kernenergieausstieg sowie längerfristig durch das geplante Ende für fossile Energieträger weg. Laut Studie wird Bayern zukünftig Strom von bis zu acht Gigawatt importieren. Dazu benötige es dringend einen Ausbau von sogenannten Grenzkuppelstellen nach Tschechien, Österreich und die Schweiz. Diese Maßnahme würde die Strompreisstabilität und Sicherheit der Stromversorgung ebenso fördern wie zusätzliche Kraftwerke mit Gasturbinen zum schnellen hoch- und runterfahren als Puffer bzw. Notfallreserve. „Der Energiewende fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept, das Versorgungssicherheit, international wettbewerbsfähige Strompreise und die ebenfalls notwendigen Umweltziele überzeugend in Einklang bringt. Die Stromversorgung ist ein zentraler Standortfaktor für die im globalen Wettbewerb stehende bayerische Wirtschaft, insbesondere für die Industrieunternehmen mit ihren vielen Arbeitsplätzen. Bei den Strompreisen liegen wir schon jetzt weltweit an der Spitze", mahnt Gößl. ❐

Umspannwerk-Neubau in Naila liegt im Zeitplan

Bei einem Besuch auf der Baustelle für das neue Umspannwerk in Naila hat sich Technik-Vorstand Dr. Egon Westphal über den Baufortschritt informiert. Für rund sechs Millionen Euro optimiert die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) momentan die Netzinfrastruktur im Landkreis Hof. Um neue Netzkapazitäten für die Einspeisung erneuerbarer Energien zu schaffen, entsteht an der Bundesstraße 173 in Höhe Naila-Mitte ein neuer Netzknotenpunkt, der das alte Umspannwerk im Gewerbegebiet Zum Kugelfang ersetzen wird.

„Die Bauarbeiten laufen seit dem Spatenstich Ende 2018 wie geplant. Aufgrund des milden Winters hat es keine Verzögerungen gegeben", erläuterte Projektleiter Maximilian Greger.

Der Bau der Fundamente und die Montage aller sichtbarer Primärtechnik wie Wandler, Sammelschiene, Trenner, Leistungsschalter und Trafos ist abgeschlossen. Bis zur Inbetriebnahme Ende des Jahres folgen noch die Anbindung der 20-kV-Stromkreise, technische Prüfungen und Abnahmen, die Gestaltung der Außenanlagen und die Fertigstellung der Zufahrtswege.

Der Neubau des Umspannwerks in Naila ist notwendig geworden, um der zunehmenden Einspeisung regenerativer Erzeugungsanlagen in der Region gerecht zu werden. Die Kosten für das Grundstück, die Mittelspannungs- und Hochspannungsanbindung sowie für den Rückbau des alten Umspannwerks liegen bei gesamt etwa sechs Millionen Euro.

535 Millionen Euro für Bayerns Energienetze

„Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Wir wenden in diesem Jahr eine Gesamtsumme von rund 535 Millionen Euro für Instandhaltung und Erneuerung unserer Netze auf. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation", sagte Dr. Egon Westphal. Der Technik-Vorstand des Bayernwerks hat ein klares Bild, wie die bayerische Energieversorgung in Zukunft aussehen wird: In nicht städtischem Versorgungsgebiet gewinnen sogenannte lokale Märkte an Bedeutung. „Energie wird vor Ort erzeugt, vor Ort gespeichert und vor Ort verbraucht. Dahinter stecken komplexe Technologien. Unsere Netze sichern in diesem anspruchsvollen Umfeld weiterhin die Versorgung von rund sieben Millionen Menschen in Bayern", meinte Dr. Egon Westphal.

In Naila hat sich das Bayernwerk für den Neubau des Umspannwerks an einem neuen Standort außerhalb der Stadt entschieden. Am bisherigen Standort hätte für die notwendige Modernisierung und den Ausbau nicht ausreichend Platz zur Verfügung gestanden.

Das Umspannwerk wird mit einer 110-kV-Schaltanlage und zwei 40 MVA-Netztransformatoren ausgestattet mit Option zur Erweiterung eines weiteren Netztrafos. Die Hochspannungsanlage speist dann in eine Mittelspannungsschaltanlage mit 26 Schaltfeldern ein", erklärte Markus Seidel, Netzbauleiter Kundencenter Naila. Begünstigt wurde die Entscheidung für den Neubau durch die Tatsache, dass einzelne Komponenten in der Altanlage demnächst hätten erneuert werden müssen.

Zwei Jahre Bauzeit

Zur Anbindung werden Mittelspannungskabel mit einer Länge von rund 13 Kilometern verlegt. Die Tiefbauarbeiten nutzt das Energieunternehmen zudem, um für das intelligente Energienetz vorzusorgen. In den Kabeltrassen werden sogenannte HDPE-Leerrohre zur Kommunikationsanbindung eingesetzt. Über das Umspannwerk speisen die drei Windparks Berg-Espich, Schauenstein und Selbitz allein mit einer Erzeugungsleistung von insgesamt 43 Megawatt ins Mittelspannungsnetz ein. Weitere Erzeugungsanlagen zur Einspeisung sind angefragt. Die Inbetriebnahme des neuen Umspannwerks ist nach rund zweijähriger Bauzeit Ende dieses Jahres geplant. ❐

Technik-Vorstand Dr. Egon Westphal (r.) und Teamleiter Stefan Schmitt auf der Baustelle. Bild: Marion Feder/Bayernwerk

Intelligenztest für das Stromnetz der Zukunft

Netzbetreiber und Unternehmen der Energiebranche haben erfolgreich das intelligente Stromnetz der Zukunft getestet: Bundesweit zum ersten Mal haben sie über die Verbindung zweier Online-Plattformen die gezielte Steuerung dezentraler Stromverbraucher, -speicher und -erzeuger unter Realbedingungen getestet, um zukünftig im Bedarfsfall gemeinsam Transportengpässe zu vermeiden und das Stromnetz zu stabilisieren.

Dabei haben erstmals zwei SINTEG-Projekte zusammengearbeitet: C/sells mit dem Fokus auf Süddeutschland und Solarenergie und enera mit dem Fokus auf Norddeutschland und Windenergie. Beide Projekte suchen Lösungen, wie zukünftig dezentrale Anlagen statt konventionellen Kraftwerken das Stromnetz stabilisieren können und haben dafür Online-Plattformen entwickelt, auf denen dezentrale Anlagen ihre Flexibilität für das Stromnetz zur Verfügung stellen können.

Bei dem Testabruf wurde nach Koordination mit den beteiligten Netzbetreibern Avacon Netz GmbH, Bayernwerk Netz GmbH und EWE NETZ GmbH auf Anforderung des Übertragungsnetzbetreibers TenneT der Stromverbrauch eines Speichers im windreichen Niedersachsen erhöht, um Strom aus erneuerbaren Energien aufzunehmen. Gleichzeitig haben im Gebiet des Bayernwerks im laststarken Süden auf Abruf des regionalen Energienetzbetreibers Biogas- und KWK-Anlagen mehr Strom eingespeist, um die Stromnachfrage vor Ort zu decken. So wurde die im Stromnetz zu transportierende Strommenge reduziert und so dazu beigetragen, Transportengpässe zu beheben.

„Wir werden in Zukunft Millionen dezentraler Anlagen brauchen, um das Übertragungsnetz zu stabilisieren. Dafür müssen die Netzbetreiber auf allen Ebenen zusammenarbeiten und neue Werkzeuge entwickeln, um das Potenzial von KWK-Anlagen, Wärmepumpen, Biogas-Anlagen, Batteriespeichern, Elektroautos, Power-to-Gas-Anlagen und anderen dezentralen Anlagen für mehr Sicherheit im Stromnetz nutzen zu können. Unser Test hat gezeigt, wie das erfolgreich funktioniert", so TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens.

Die Zukunft der Energieerzeugung ist aus Sicht der beteiligten Verteilnetzbetreiber Avacon Netz GmbH, Bayernwerk Netz GmbH und EWE NETZ GmbH dezentral und findet in den Verteilnetzen statt. Die Unternehmen sind sich einig, dass dadurch auf Verteilnetzbetreiber neue Aufgaben zukommen, auch was die Unterstützung der Übertragungsnetzbetreiber bei der Stabilisierung des Netzes betrifft.

Die Netzbetreiber rechnen für die Zukunft mit einem starken Zubau an Elektromobilität, Wärmepumpen und elektrischen Speichern. Da diese steuerbar Strom aufnehmen und abgeben können, können sie dem Netz flexible Kapazitäten zur Stabilisierung zur Verfügung stellen. Diese Stromnutzer entnehmen Strom aus dem Verteilnetz oder speisen ihn dort auch wieder ein; daher sind sie zunächst für das Verteilnetz netzdienlich.

Dezentrale und digitale Organisation

Damit sie zukünftig auch zur Stabilisierung des Höchstspannungsnetzes (Übertragungsnetz) eingesetzt werden können, müssen sich die Netzbetreiber der unterschiedlichen Spannungsebenen abstimmen und koordinieren. „Die vom Kunden getriebene, dekarbonisierte Energiewelt von morgen wird dezentral und digital organisiert sein. Durch die Nutzung von Anlagen im Verteilnetz können auch Engpässe im Übertragungsnetz bewirtschaftet werden. Dazu bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit der Netzbetreiber", betonte Dr. Egon Westphal, Technik-Vorstand beim Bayernwerk.

Um Anbieter und Nachfrager von Flexibilität zusammenzubringen, wurde im Rahmen von C/sells mit der „comax" eine Flexibilitätsplattform entwickelt: Flexibilitätsanbieter melden vorhandene Potenziale und die Netzbetreiber können diese einsehen und sich untereinander koordinieren, um ihren jeweiligen Bedarf abzurufen. Im Projekt enera wird ein börsengestützter lokaler Flexibilitätsmarkt für das Management von Transportengpässen im Netz erprobt. „Dieser Markt bringt Angebot und Nachfrage für Flexibilitäten zusammen und stellt sie den Netzbetreibern auf effiziente Weise zur Verfügung", erklärte Philippe Vassilopoulos von der EPEX SPOT.

„Unser Hybridspeicher in Varel eignet sich aufgrund seiner Kombination von Lithium-Ionen- und Natrium-Schwefel-Speichertechnologien sehr gut, schnell das Stromnetz mit mehr als 24 MWh Kapazität zu entlasten und damit die Abschaltungen von Windenergieanlagen zu vermeiden", sagte Hendrik Brockmeyer, Managing Director von be.storaged GmbH. In der Schaufenster-Region enera im Nordwesten Niedersachsens erhöhten zudem in vorangegangenen Abrufen neben der großen Batterie auch Industrieanlagen, wie eine Papier- und Kartonfabrik und ein elektrischer Gastransportverdichter, ihre Last. „In weiteren Flexibilitätsabrufen in der enera-Region, konnten Verbraucher ihr Potenzial zur Netzentlastung durch Verbrauch von elektrischem Strom anstatt Verbrennung von fossilem Gas beweisen", ergänzte Tammo Filusch, zuständig für das Virtuelle Kraftwerk bei EWE VERTRIEB GmbH. Auch eine Power-to-Gas-Anlage im niedersächsischen Werlte kann ihre Gas-Produktion zeitweise erhöhen. Damit wurde gleichzeitig die Sektorenkopplung vorangetrieben und grünes Gas produziert.

Einspeisung von Biogasanlagen

„Wir haben in der C/sells-Region im Süden Deutschlands gezielt die Einspeisung von mehreren Biogasanlagen aus unserem Pool ins Verteilnetz erhöht, um den Engpässen entgegenzuwirken", erklärte Tobias Nitze von Next Kraftwerke GmbH. „Es war ein lokaler Mix aus Erzeugern und Verbrauchern, welcher zur Behebung der Engpässe beitrug", sagte Klaus Nagl von der Consolinno Energy GmbH. Die von Consolinno entwickelte, KI-basierte Software übernahm beim Testabruf die netzdienliche Steuerung kompletter Quartiere und Nahwärmenetze. Ergänzend wurden Biogasanlagen der Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern und des Biogasfachverbandes, welche durch die Stadtwerke München vermarktet werden, ebenfalls in die Steuerung einbezogen.

Heute kommt es u.a. aufgrund der zunehmenden dezentralen Einspeisung aus erneuerbaren Energien immer öfter zu Transportengpässen im Stromnetz von Nord nach Süd. Um sie zu vermeiden, wird in die Erzeugung von konventionellen Kraftwerken und von erneuerbaren Einheiten eingegriffen und dafür gesorgt, dass der Stromtransport im Rahmen der Übertragungskapazität des Netzes liegt. Die Kosten hierfür liegen jährlich deutschlandweit bei deutlich über einer Milliarde Euro und werden über die Netzentgelte letztlich von den Stromverbrauchern getragen.

Für die zukünftige Nutzung von dezentralen Kleinanlagen müssen weitere politische Rahmenbedingungen geschaffen sowie notwendige Werkzeuge etabliert werden. Das trägt zum Gelingen der Energiewende bei. ❐

VKU zum Kohleausstiegsgesetz:

Nötige Nachbesserungen

Das Bundeskabinett hat die Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf des Kohlausstiegsgesetzes beschlossen. Dazu erklärte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme von Mitte März grundlegende Verbesserungsvorschläge für den Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes vorgelegt. Er hatte seinerzeit ein klares Signal gesendet: Keine systematische Benachteiligung der Steinkohle, mehr Rechts- und Investitionssicherheit beim Kohleausstieg und eine Stärkung der Rolle der KWK in der Strom- und Wärmeversorgung.Insgesamt bringt die Gegenäußerung der Bundesregierung wenig neue Erkenntnisse. Es ist bedauerlich, dass sie nahezu vollständig über die Anmerkungen des Bundesrates hinweggeht."

Zur Illustration: „Allein 26 Mal befindet sich in der Gegenäußerung die Formulierung, dass die Bundesregierung den Vorschlag des Bundesrates ablehne. Dass die Bundesregierung Vorschläge des Bundesrates prüfe, ist hingegen nur an drei Stellen in der Gegenäußerung zu finden. Der Bundesrat hatte viele berechtigte Anliegen aufgenommen, mit denen sich die Bundesregierung in dieser Gegenäußerung leider nicht intensiv genug befasst hat", unterstrich Liebing.

„Jetzt kommt es darauf an, dass der Bundestag an wesentlichen Stellen des Kohleausstiegsgesetzes nachbessert. Die kommunale Energiewirtschaft benötigt langfristig sichere Rahmenbedingungen für Investitionen in die Strom- und Wärmewende. Ein wesentlicher Aspekt ist daher, dass das Kohleausstiegsgesetz ausreichende Anreize für den Ausbau, die Modernisierung und den Umstieg von Kohle- auf Gas-KWK setzt. Hinzu kommt: Durch die im Gesetzentwurf vorgesehene zu geringe Entschädigungen für Steinkohlekraftwerke Anfang der 2020er Jahre und die entschädigungslosen ordnungsrechtlichen Abschaltungen bereits ab 2027 werden vor allem kommunale Kraftwerksbetreiber vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Aus Sicht des VKU darf es diese Benachteiligung der Steinkohle nicht geben. Dadurch würden kommunale Investitionen in erheblichem Maße entwertet werden und die Mittel für die anstehende Transformation vor allem einer klimafreundlichen Wärmeversorgung vor Ort fehlen." ❐

Über den Gewinn eines Koch-Workshops inklusive Kochschürzen und Löffel der Offenen Ganztagsschule der ESG Stammbach freuten sich alle Beteiligten sehr. Unser Bild zeigt (v.l.): Frau Wagner (Ernährungsfachfrau, die den Klimafreundlichen Kochkurs durchgeführt hat), Bürgermeister Karl Philipp Ehrler , Frau Biefel und Frau Arnold (Vernetzungsstelle für Schulverpflegung, die den Preis überreichten), die Mitarbeiterinnen der Offenen Ganztagsschule Stammbach und die Schulleitung Frau Wohlrab. Bild: Tatjana Hahn

Mensa for future:

Mit gutem Essen Schule machen

Mit gutem Beispiel voran: Die Stammbacher Grundschule gewinnt bei „Mensa for future“

Stammbach/Bayreuth – Familienparadies! Das ist das Motto des Marktes Stammbach. Dafür ist die offene Ganztagsschule der Elisabeth-Schlemmer-Grundschule ein leuchtendes Beispiel. Das Betreuungsangebot, das auch landkreisübergreifend genutzt wird, ist natürlich kostenlos und freiwillig. Ein Highlight der Mittagsbetreuung ist das frisch zubereitete Mittagessen in der eigenen Küche. Hier wird vor allem auf Abwechslung, Raffinesse, lokale Produkte und auch Nachhaltigkeit geachtet.

Was aber macht ein klimafreundliches Mittagessen aus? Wie hängen das persönliche Ernährungsverhalten und nachhaltiges Handeln zusammen? Antworten auf diese und weitere Fragen fanden Schüler und Lehrer bei den Tagen der Schulverpflegung.

Im Herbst des vergangenen Jahres hatte die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Bayern alle bayerischen Schulen aufgerufen, das Thema klimafreundliche Mensa mit eigenen Aktionen in den Fokus zu rücken. Nun stehen die Gewinner fest. Die Offene Ganztagsschule der Elisabeth-Schlemmer-Grundschule in Stammbach zählt zu den zehn Preisträgern in Bayern und als einzige in Oberfranken.

Mehr als Nahrunsaufnahme

Die Kampagne stand unter dem Motto „Mit gutem Essen Schule machen – Mensa for future“. „Schulverpflegung kann viel mehr sein, als die Nahrungsaufnahme in einer hektischen Pause. Sie bietet auch die Chance, eine nachhaltige Ernährung für die Schüler täglich erlebbar zu machen“, erklärte Susanne Dobelke vom Fachzentrum Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung Oberfranken am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bayreuth. Wie dies gelingen kann, zeigten auch im vergangenen Jahr wieder mehr als 30 Schulen bayernweit.

Durch Pflanzaktionen, der Überprüfung des Pausenverkaufs hinsichtlich eines nachhaltigen Speisenangebots, von Müllvermeidung bis hin zur Vermeidung von Lebensmittelresten und vielen weiteren Aktionen haben die Themen der Nachhaltigkeit ganz unterschiedlich in den Schulalltag Einzug halten können. Alle angemeldeten Schulen hatten die Chance, sich mit einer Dokumentation ihrer Aktionen an einem Wettbewerb zu beteiligen. Aus Berichten, Fotobüchern, Filmen, Kollagen und Postern wählte eine Jury der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Bayern zehn Gewinner aus.

Gelebte Nachhaltigkeit

Mit einem Plakat stellte die Offene Ganztagsschule der Elisabeth-Schlemmer-Grundschule dar, welche Aktionen sie während der Projektwoche zum Motto „Mensa for future“ durchgeführt hat. Neben der Zubereitung von Hofer Schnitz mit Zutaten aus den schuleigenen Hochbeeten, Kräutersträußen aus der Kräuterspirale des Schulgartens wurden aus alten Verpackungen Besteckhalter upgecyclet und die artgerechte Haltung von Bio-Hühnern studiert.

Gemeinsam gratulierten Nadine Arnold und Annalena Biefel vom Fachzentrum Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung der OGTS recht herzlich zum Preis, der offiziell am 27.02.2020 verliehen wurde und wünschten den Verpflegungsverantwortlichen viel Freude, Durchhaltevermögen und Erfolg bei der Umsetzung einer gesunden, nachhaltigen und schmackhaften Verpflegung. ❐

Landkreis Günzburg:

Zusammenhalt in der „Coronazeit“

In vielfältiger Weise beteiligt sich der Landkreis Günzburg an der Aktion „Soziales Bayern – Wir helfen zusammen!“, des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales um Seniorinnen und Senioren, oder andere hilfsbedürftige Menschen in diesen herausfordernden Zeiten zu unterstützen.

Der gemeinnützige Verein Lokal-Forum e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen zusammenzubringen und zu Meinungsbildung und -austausch beizutragen. Hierzu bietet der Verein normalerweise Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, aber auch Workshops und Filmvorführungen an. Aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie hat sich der Verein eine Alternative überlegt: „Zusammen sind wir weniger allein“. Es geht darum, ältere Menschen aufzumuntern, die in der aktuellen Lage alleine zuhause oder im Heim leben. Zu diesem Zweck bittet der gemeinnützige Verein in Kooperation mit dem Familienbeauftragen des Landkreises Meinrad Gackowski, darum, Zeichnungen, Bilder, Selfies oder Texte mit einem Gruß oder einer Botschaft einzureichen.

Da nicht alle Seniorinnen oder Senioren bei Facebook oder WhatsApp vertreten sind, stellt das Lokal-Forum daraus, abhängig vom Umfang, ein Heft oder ein Buch zusammen. Diese gedruckte Sammlung wird dann kostenlos verteilt, beispielsweise in Senioreneinrichtungen oder Wohngruppen in Krumbach und Umgebung. Das Buch soll auch auf die unterschiedlichsten Angebote der Nachbarschaftshilfe, des Freiwilligenzentrums Stellwerk oder Kontaktdaten von Lieferservice-Angeboten, etc. hinweisen.

Freiwilligenzentrum STELLWERK

Durch die Corona Pandemie wird der Alltag der Menschen auch im Landkreis Günzburg immer mehr eingeschränkt. Vor allem für die gefährdete Gruppe der Senioren und Vorerkrankten sind alltägliche Aufgaben mit einem Ansteckungsrisiko verbunden. Aber auch Personen in Quarantäne stehen oft vor Herausforderungen, die sie ohne Hilfe von außen nicht bewältigen können. Das Freiwilligenzentrum STELLWERK sieht es als Aufgabe, die Solidarität untereinander jetzt zu stärken. Stellwerk koordiniert und unterstützt die Hilfsangebote und Bedarfe für den Landkreis.

Das Freiwilligenzentrum Stellwerk ist 2007 aus dem Lokalen Bündnis für Familie Landkreis Günzburg heraus entstanden und wird vom Landkreis, vom Förderverein Stellwerk e.V. und vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert. **hajo**

Garching warnt vor Trickbetrügern

Betrüger versuchen aus dem Einkaufsservice, den die Stadt Garching gemeinsam mit örtlichen Institutionen organisiert, kriminelles Kapital zu schlagen.

Die Trickbetrüger rufen bei älteren Mitbürgern an und bieten an, vorbeizukommen um die Bestellungen für den Einkaufsservice persönlich entgegen zu nehmen.

Die Stadtverwaltung Garching weist ausdrücklich darauf hin, dass der städtische Einkaufsservice niemals proaktiv anruft. Darüber hinaus betreten die Helferinnen und Helfer unter keinen Umständen die Wohnungen der Nutzerinnen und Nutzer des Service. Zuletzt sei angemerkt, dass immer ein Erkennungscode verwendet wird. ❐

Nachhaltige Schulmensa auch in Donauwörth

Auf der Suche nach einem Projekt, das ihre Schule noch nachhaltiger machen könnte, haben Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Donauwörth den Mensabetrieb ins Visier genommen. Mit einem neuen Konzept wollen sie gleichzeitig die Qualität und die Klimabilanz des Mensaessens verbessern. Landrat Stefan Rößle hat seine Unterstützung zugesagt und sich jetzt die konkreten Ideen der Schüler und die Ergebnisse einer Umfrage am Gymnasium erläutern lassen.

Um sich nicht alleine auf ihre eigenen Beobachtungen und subjektiven Einschätzungen verlassen zu müssen, starteten die zwölf Schülerinnen und Schüler des P-Seminars aus der elften Klassenstufe eine Umfrage. Es galt herauszufinden, warum die Schulmensa so wenig frequentiert wird und wie das geändert werden kann.

Landrat Rößle signalisierte dem Projekt seine Unterstützung. Künftig ist für die Gemeinschaftsverpflegung auf Landkreisebene, also in Seniorenheimen, Kantinen, Krankenhäusern etc., eine Quote von 50% Rohwaren aus biologischer oder regionaler Erzeugung vereinbart. Die Nachhaltigkeitsbeauftragte im Landratsamt, Heike Burkhardt, regte an, eine erweiterte Befragung zum Thema Mensaessen, Gesundheit und Nachhaltigkeit an allen Schulen im Landkreis durchzuführen. Das Interesse am Donauwörther Modell reicht inzwischen über die Kreisstadt hinaus. Petra Schuster-Klante berichtete von Anfragen weiterer Interessenten. Derart ermutigt wollen sich die Schüler des P-Seminars auf die Gespräche und Verhandlungen mit dem künftigen Mensabetreiber ihres Gymnasiums vorbereiten und eine schülergetragene Imagekampagne für ihre neue, nachhaltige Mensa auf die Beine stellen.

Unser Bild zeigt das P-Seminar mit seinen Unterstützern: Landrat Stefan Rößle (re,), Mensabeauftragte Sabine Guggenmoos (4. von re.), Schulleiter Karl Auinger (7. von re.), neben ihm Heike Burkhardt aus der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit und ganz links Lehrerin Petra Schuster-Klante. Bild: stratum GmbH

Rathausreport München:

Mobilfunkaktivierte Laienreanimation

Der plötzliche Herz-Kreislauf-Stillstand gilt in Deutschland als eine der häufigsten Todesursachen. Jedes Jahr werden bei über 75.000 Menschen Wiederbelebungsmaßnahmen eingeleitet, doch nur 5.000 dieser Personen überleben ohne bleibende Schäden. Es zählt jede Sekunde. Die Münchner Rettungsdienste geben jeden Tag alles, damit Betroffene schnell versorgt werden. So dauert es in der Regel nur wenige Minuten, bis sie vor Ort eintreffen.

Um diese Zeitspanne zu überbrücken, werden in München ab 2020 mit der Mobilfunkaktivierten Laienreanimation zusätzlich so genannte Ersthelferinnen und Ersthelfer aktiviert, die sich in der Nähe des Einsatzortes befinden. Sie werden von der Rettungsleitstelle per App informiert und sind geschult, um im Notfall die dringend notwendigen Wiederbelebungsmaßnahmen schnell durchzuführen.

In kürzester Zeit vor Ort

Da sie sich in nächster Nähe der Betroffenen befinden, sind sie in kürzester Zeit am Einsatzort und können noch vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes helfen. Durch den Einsatz der Ersthelferinnen und Ersthelfer vor Ort wird die Versorgung in lebensbedrohlichen Notfällen in München weiter verbessert.

„München Rettet Leben“

Bürgermeister Manuel Pretzl: „München Rettet Leben, so anspruchsvoll wie der Titel ist auch das Projekt. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass die Zeit nach einem plötzlichen Herz-Kreislauf-Stillstand bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes verkürzt wird. Deshalb hat der Stadtrat das Referat für Gesundheit und Umwelt und die Integrierte Leitstelle beauftragt, das Konzept der Mobilfunkaktivierten Laienreanimation zu entwickeln. Außerdem hat der Stadtrat die notwendigen finanziellen Mittel für das Alarmierungssystem und die Betreuung der Ersthelferinnen und Ersthelfer bereitgestellt.“

„Das Angebot wird in Stufen aufgebaut“, sagte Gesundheitsreferentin Stephanie Jacobs.

Aufbau in Stufen

„In der ersten Stufe arbeiten wir mit qualifiziertem Personal bzw. Ehrenamtlichen der Rettungsdienstorganisationen. In der zweiten Stufe wird der Personenkreis auf medizinisches Fachpersonal ausgeweitet, und später werden geschulte Laien einbezogen – daher kommt auch der Name des Projekts. Dieses Konzept hat mein Haus gemeinsam mit der Integrierten Leitstelle, dem Rettungszweckverband und der ärztlichen Leitung Rettungsdienst, dem Arbeitskreis Notfallmedizin und Rettungswesen e.V. und dem Landkreis München entwickelt. Für diesen Einsatz und die gute Kooperation möchte ich mich ganz herzlich bedanken.“

Kooperation von Landkreis und Landeshauptstadt

Landkreis und Landeshauptstadt München arbeiten bei dem Projekt eng zusammen. „Je mehr Zeit bis zum Einsetzen der Wiederbelebung verstreicht, umso niedriger ist die Überlebenswahrscheinlichkeit. Im Landkreis München haben wir durch den Einsatz von First Respondern das therapiefreie Intervall bis zum Eintreffen der Rettungskräfte bereits um zwei bis drei Minuten verkürzt“, so Landrat Christoph Göbel. „Die Mobilfunkaktivierte Laienreanimation verfeinert das Hilfenetz weiter und informiert künftig per App den nächstgelegenen Ersthelfer. Viele Landkreisbürger arbeiten in der Stadt und umgekehrt – dass Stadt und Landkreis München gemeinsam das System einführen, halte ich daher für besonders wertvoll.“ ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bei einer Trainingseinheit noch vor den Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Pandemie überbrachten Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (r.) und MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler (1. Reihe r.) die gute Nachricht. Mit im Bild: Stützpunktleiter Roland Fleischmann (2. Reihe 3. v. l.) und Bezirksrat Josef Heisl (neben Dr. Heinrich), im blauen Shirt vorne links Nora Aits Foto: Markus Zechbauer/ zema-medien.de

Bild: Markus Zechbauer / zema-medien.de

Bezirk Niederbayern:

Förderung für Leichtathletik-Stützpunkt Passau

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Geübte Praxis wird fortgeführt“

Landshut/Passau. In flottem Tempo hinauf und wieder hinunter, immer wieder wandert der Blick auf die Zeitmessung am Handgelenk: Ihre Wohnstraße ist derzeit das Übungsterrain von Nora Aits. Weil die Sportstätten wegen der Corona-Pandemie geschlossen sind, muss die 15-jährige Läuferin vom LAC Passau derzeit wie so viele andere (Nachwuchs-)Sportlerinnen und Sportler sehen, wie sie ihr Trainingsniveau hält oder – noch besser – optimiert.

Eine wichtige Konstante war der Landesstützpunkt des Bayerischen Leichathletik-Verbandes in der neuen Mehrfachturnhalle in der Neuburger Straße. Dieser wurde bislang vom Bezirk Niederbayern mit 5.000 Euro im Jahr gefördert.

Bezirke dürfen Sport fördern

Doch genau diese Förderung war vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband in Frage gestellt worden. Zwischenzeitlich hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration aber klargestellt, dass Bezirke die Aufgabe übernehmen können, Sport im Allgemeinen zu fördern. „Dies bedeutet, dass solche Zuschüsse auch weiterhin fließen können“, sagte MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler, der sich um eine Klärung aus München bemüht hatte. Waschler ist seit 1993 Vorsitzender des Bayerischen Leichtathletik-Verbands Bezirk Niederbayern und seit 2010 Vizepräsident des Bayerischen Leichtathletik-Verbands.

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich unterstrich, dass er immer der Ansicht war, „dass dieses Geld sehr sinnvoll eingesetzt wird“ und sicherte bei einem Ortstermin vor den Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise zu, „dass die eingeübte Praxis auch in Zukunft fortgeführt werden soll“. Dafür werde er sich in den entscheidenden Gremien einsetzen. Waschler bedankte sich beim Bezirk Niederbayern ausdrücklich für die Unterstützung.

Wichtige Rolle bei der Talentförderung

Roland Fleischmann, ehemaliger Landestrainer und Stützpunktleiter, freute sich: „Mit der Zusage ist eine über Monate währende Zeit der Unsicherheit beendet.“ Der 1999 eingerichtete Landesstützpunkt in Passau – einer von vier in Bayern – spiele eine wichtige Rolle bei der Förderung von Talenten. In den vergangenen 20 Jahren habe man 15 bis 20 Vereine regelmäßig betreut.

Bayerische Rekorde

Der passionierte Leichtathletik-Trainer und sein fünfköpfiges Team haben aktuell etwa 100 junge Leute unter ihrer Obhut, die regelmäßig zum Training kommen. Und nicht wenige davon – wie etwa Nora Aits – hätten (bayerische) Rekorde erzielt und zahlreiche Medaillen gewonnen. Fleischmann stolz: „Sogar zwei deutsche Meistertitel sind dabei.“ Die Hauptaufgabe des Stützpunktes sei die Absicherung eines hochwertigen Grundlagen- und Aufbautrainings mit dem Schwerpunkt auf der Altersklasse U20. Das Einzugsgebiet mit Außenstellen in Plattling und Pfarrkirchen sei der südöstliche Teil Niederbayerns.

Gutes Training kostet Geld

„Gutes Training kostet Geld“, betonten Heinrich und Waschler unisono. Und nicht nur mit Blick auf die sportlichen Erfolge hätten sich die Investitionen in den Stützpunkt bezahlt gemacht. Der Zuschuss des Bezirks ermögliche beispielsweise den Besuch von Trainingslagern. Auch der örtliche Bezirksrat Josef Heisl ist dankbar für die weitere Unterstützung des Bezirks. Der Leichtathletik-Stützpunkt Passau sei eine wichtige Einrichtung in der Region. Viele junge Leute profitierten davon – nicht nur im Leistungs-, sondern auch im Breitensport, sagte er.

Nora Aits und ihre Trainingspartnerinnen und -partner hoffen indes, dass sie bald wieder an ihre Sportstätten und speziell an den Leichtathletikstützpunkt zurückkehren können. **-ch-**

„Mutmacher Oberfranken – #esgehtnurgemeinsam“

Oberfrankenstiftung startet gemeinsame Initiative mit der Entwicklungsagentur Oberfranken Offensiv e.V. und den Medienhäusern in Oberfranken

In einer bis dato beispiellosen Kooperation ziehen die Mediengruppe Oberfranken mit Sitz in Bamberg, die Frankenpost Verlag GmbH mit Sitz in Hof, das Obermain-Tagblatt in Lichtenfels, Oberfrankens Lokalrundfunksender in Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof und Kulmbach und der Regionalfernsehsender TV Oberfranken an einem Strang. Erklärtes Ziel ist es, in Zeiten der Corona-Krise über Hilfsangebote, neue Geschäftsmodelle, soziale Unterstützung und erfolgreiche Einzelbeispiele zu berichten. Sie sollen zur Nachahmung anregen sowie Mut und Zuversicht vermitteln.

Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, die zugleich Stiftungsratsvorsitzende der Oberfrankenstiftung ist und gemeinsam mit Staatsministerin Melanie Huml den Vorsitz von Oberfranken Offensiv e.V. innehat, sieht in der Gemeinschaftsaktion der oberfränkischen Medienhäuser eine große Chance: „In allen neun Landkreisen und in den vier kreisfreien Städten Oberfrankens ist die Welle der Hilfsbereitschaft enorm. Digitale Fußgängerzonen und Gutscheinverkäufe werden ins Leben gerufen, auf Online-Plattformen treffen sich Hilfesuchende und Hilfe Anbietende, Künstler streamen ihre Konzerte aus dem Wohnzimmer und selbst die heimischen Gottesdienste können im Internet verfolgt werden. Wir wollen diese herausragenden Beispiele unter dem gemeinsamen Titel zusammenfassen und damit Mut machen.“

Bedient werden unter dem Titel „Mutmacher Oberfranken – #esgehtnurgemeinsam“ neben den klassischen Verbreitungswegen der Medienhäuser auch deren Social-Media-Kanäle. Dabei nutzen die Medienhäuser auch gemeinsame Synergien. Auf der Seite www.oberfranken.de entsteht zudem eine Sammlung der verschiedenen Angebote, jeweils in Landkreise und Themenfelder untergliedert. Die Kooperation zwischen Oberfranken Offensiv e.V., der Oberfrankenstiftung und den Medienhäusern begann am 08.04.2020, und ist zunächst für vier Wochen angesetzt. Ermöglicht wird „Mutmacher Oberfranken – #esgehtnurgemeinsam“ durch die Initiative und Unterstützung der Oberfrankenstiftung.

Oberfranken Offensiv e.V.

Oberfranken Offensiv e.V. ist eine der mitgliederstärksten Regionalinitiativen Deutschlands und Impulsgeber für innovative Projekte. Die Stärken Oberfrankens vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auszubauen und so die Zukunftsregion Oberfranken mitzugestalten, das haben wir uns als Entwicklungsagentur zur Aufgabe gemacht. Im Verein engagieren sich Kommunen, Unternehmen, Institutionen und Verbände genauso wie Privatpersonen. ❒

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Wer Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat dieses Zitat des amerikanischen Freiheitskämpfers und Gründervaters der USA, Benjamin Franklin, auf seinen WhatsApp-Status geladen.

Tatsächlich werden zur Zeit praktisch alle Grundrechte eingeschränkt: Das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit – wir dürfen nur einzeln aus dem Haus und ob das Sitzen auf einer Parkbank erlaubt ist, musste der Innenminister persönlich klären. Die Reisefreiheit: Teilweise sind nicht nur Reisen ins Ausland verboten, sondern auch im Inland eingeschränkt. Die Gewerbefreiheit: Läden bleiben geschlossen, der Schreiner darf sein Handwerk ausüben, der Friseur nicht.

Im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung

Gleichheitsgrundsatz? Die Versammlungsfreiheit ist ausgesetzt mit der für einen demokratischen Rechtsstaat kuriosen Folge, dass man sich nicht mehr friedlich und ohne Waffe unter freiem Himmel versammeln kann (Demonstrationsrecht), um gegen Freiheitseinschränkungen protestieren zu können. Die Religionsfreiheit wird durch das Verbot von Gottesdiensten eingeschränkt und es dürfte ungewiss sein, ob eine gegen diese Anordnung gerichtete Klage im Angesicht des Osterfestes nicht doch Erfolg gehabt hätte, wenn die Kirchen von sich aus nicht alle Gottesdienste abgesagt hätten.

Aber da kommt der dritte Begriff ins Spiel, der in diesem Spannungsfeld zwischen grundgesetzlich verbrieften Freiheitsrechten und der erstrebten Sicherheit vor Ansteckung mit Covid-19 oder der Überforderung des Gesundheitswesens Bedeutung hat: Verantwortung.

Wir erleben, dass der Staat zwar mehr Freiheitsrechte beschränkt, als im Fall eines militärischen Angriffs auf das Bundesgebiet oder eines Aufstands im Inneren zulässig wäre, aber die Bevölkerung das akzeptiert und die Anordnungen weitgehend freiwillig befolgt. Ja, dieses Land ist so demokratisch gereift, dass wir in den auferlegten Einschränkungen keine obrigkeitliche Willkür oder gar Gefahr für unser Gemeinwesen, sondern den vorübergehenden Charakter der Gefahrenabwehr (an)erkennen.

In der Tat sind ja die Verstöße gegen die Regeln, Anordnungen und Verbote eigentlich irrelevant. Die angetrunkenen Jugendlichen aus irgendwo hinter dem Regenbogen, die an einer Bushaltestelle lümmelten und von der Polizei mit einem Kinderfahrrad verfolgt wurden, schaffen es immer noch regelmäßig in die landesweiten Newsflashs, so selten sind die Vorfälle. Selten auch werden im Land der Prozesshansl die Gerichte angerufen und deren Entscheidungen sind sehr verantwortungsvoll. Wo erkennbar über das Ziel hinausgeschossen wurde, etwa als Meck-Pom Einheimischen den Ausflug ans Meer verbieten wollte. Ansonsten der Tenor meist: Nicht schön, aber noch nicht bedenklich, sofern die Maßnahmen stets auf ihre Erforderlichkeit geprüft werden.

Ich denke, eines ist ganz entscheidend: Unsere Landes- und Bundespolitiker, die mit ruhigem Leadership und gut erklärender Kommunikation ein ganzes Land dazu gebracht haben, für die Erreichung eines Ziels zusammenzuarbeiten, zusammenzurücken und freiwillig Verzicht zu üben, müssen in der Lage sein, ebenso souverän und ruhig das unterschwellig gegebene Versprechen einzulösen, uns Deutsche auch wieder in alle unsere Rechte einzusetzen. Nicht schlagartig, nicht sofort, aber mit Perspektive.

Mein Chef ist stolz auf die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt, die sich vorbehaltlos solidarisch gezeigt haben. Aber er hat auch ein feines Gespür dafür, dass man einen Bogen nicht überspannen darf, ebenso wenig wie die Geduld der Menschen. Auch er wird mithelfen, die behutsame Rückkehr zur Normalität so eng wie möglich argumentativ zu begleiten, dass viele sich weiter freiwillig Beschränkungen auferlegen, zum Beispiel ältere Menschen oder Leute, die gut auch von zuhause aus arbeiten können. Denn er weiß mit dem russischen Schriftsteller Anton Tschechow: „Es gibt keine Sicherheit, es gibt nur verschiedene Grade der Unsicherheit“.

Ihre Sabrina

Digitale Bezahlfunktion

Wohin-Du-Willst-App mit Verzahnung zum Tourismus für den Landkreis Cham

Die kostenlose Fahrplan-App „Wohin-Du-willst“ wird zu einem umfassenden digitalen Service ausgebaut. Künftig wird es möglich sein, den kompletten Vorgang von der Auskunft bis zur Bezahlung über die App abzuwickeln. „Darüber hinaus werden wir die Bereiche Mobilität und Tourismus in der digitalen Welt enger verzahnen, um so Synergieeffekte hinsichtlich der Attraktivität der jeweiligen Angebote zu erreichen.“, freute sich Landrat Franz Löffler, der zusammen mit Staatsminister Albert Füracker und Vertretern von DB-RegioBus, hubermedia und Busunternehmern aus dem Landkreis das Projekt „CHAMOBINA – Mobilität im ländlichen Raum„ im Landratsamt Cham vorstellte.

Der Landkreis Cham arbeitet konsequent an der Verbesserung der Mobilitätsangebote für die Bürgerinnen und Bürger. Neben der Angebotserweiterung wie Rufbus und Nachtschwärmer, aber auch der Erstellung einer Schwachstellenanalyse wird der Fokus auch auf den digitalen Bereich gelegt. „Hierzu bietet uns das Förderprogramm „Heimat Digital“ des Bayerischen Finanzministeriums eine ideale Fördergrundlage. Wenn man vor allem junge Menschen an den ÖPNV heranführen will, braucht es einen niederschwelligen Zugang. Dies kann auch durch Apps erreicht werden, die einen hohen Service und Komfort bieten.“, so Landrat Franz Löffler.

Touristische Datenbank

In die App werden darüber hinaus auch touristische Aspekte wie Ausflugsziele, Veranstaltungen, Gastronomie und Übernachtungenaufgenommen. Hierzu wird eine touristische Datenbank mit der Mobilitätsplattform des Landkreises verknüpft. Dies bedeutet natürlich auch, dass das digitale touristische Angebot künftig um konkrete Mobilitätsangebote erweitert und neben der Buchung und Bezahlung von beispielsweise Veranstaltungen auch gleich das passende ÖPNV-Ticket über eine Weiterverlinkung erworben werden kann.

24 Landkreise in Bayern nutzen aktuell die Wohin-Du-willst-App. „Der Landkreis Cham leistet mit dem Projekt CHAMOBINA Pionierarbeit, wenn es um die Erweiterung von digitalen Angeboten für die Menschen im ländlichen Raum geht. Mit diesem innovativen Projekt wird die komplette Reisekette digital abgebildet. Die übrigen Landkreise können die Idee übernehmen und so künftig profitieren“, fasst Staatsminister Albert Füracker zusammen.

Der Freistaat fördert

Das Projekt mit einem Umfang von ca. 160.000 Euro wird zu 80 Prozent vom Freistaat Bayern gefördert. Die Bezahlfunktion wird Ende des Jahres verfügbar sein. Die Mobilitäts-App „Wohin-Du-willst“ kann kostenlos in den gängigen App-Stores heruntergeladen werden. ❒

Vorstellung des Förderprogramms durch Staatsminister Albert Füracker und Landrat Franz Löffler.

Bild: LRA Cham/Ritt

Kultur in Zeiten von Corona:

gesundmitkunst-Workshops zu Hause angelaufen

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. hat das von der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse geförderte Pilotprojekt gesundmitkunst erweitert: Künstlerische Workshops zur Gesundheitsförderung werden unter qualifizierter Anleitung bis Ende Juli 2020 daheim stattfinden können. Es gibt bereits Angebote zu Performance, bildender Kunst und kreativem Schreiben. Zuschussanträge für weitere Workshops können eingereicht werden.

„Wie wichtig die Künste und kulturelle Begegnungen für uns sind, spüren wir gerade jetzt sehr deutlich. Sie können helfen, schwierige Zeiten zu bestehen“, erklärt Dr. Christine Fuchs, Leiterin von STADTKULTUR. „Die bereits erprobten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung wie die Reduktion von Angst und Stress und das Einüben von resilienten Schutzfaktoren durch die künstlerische Arbeit sollen hier im Mittelpunkt stehen“, sagt Dr. Annette Scheder von der AOK Bayern.

Vom Museum ins Wohnzimmer

Der Workshop KunstReAction mit Bewegungstheater und bildender Kunst am Ingolstädter Museum für Konkrete Kunst wird seit kurzem unter der Leitung von Regina Straub und Daniela Richter digital fortgeführt. Die Teilnehmenden können das Potenzial der Online-Vernetzung mit der Workshopleitung und den anderen Kursteilnehmenden nutzen, indem sie bei Performance-Übungen beispielsweise auch mit Video, Schnitt und Ton arbeiten.

Am 2. April 2020 startete die Workshopreihe „gesundmitkunst im Wohnzimmer“ für Erwachsene und Kinder unter Leitung von Sabine Messner in Kooperation mit dem Nürnberger Tuchermuseum der Erzabtei St. Ottilien begann am 14. April 2020. Menschen, die sich isoliert und einsam fühlen, können schreibend und lesend in den digitalen oder telefonischen Kontakt mit den anderen Teilnehmenden und der Kursleitung treten.

Der Workshop Kreatives Schreiben zu Hause“ unter Leitung von Beatrix Raab und in Kooperation mit dem Missionsschloss. Die Teilnehmenden werden mit Künstlermaterialien beliefert, um daheim und im digitalen Austausch mit der Gruppe kreativ zu werden.

Betreuung und Austausch per Telefon und Internet

Um gesundheitsfördernde künstlerische Workshops, die bisher noch in Museen und städtischen Galerien geplant waren, zu Hause durchzuführen, sollen neue Konzepte entwickelt werden. Die Workshopleiter können beispielsweise Pakete mit Materialien an die Teilnehmenden schicken oder ihren Workshop so konzipieren, dass mit im Haushalt Vorrätigem gearbeitet werden kann.

Daheim kann gemalt, gezeichnet, getöpfert, geschrieben, musiziert, fotografiert oder gefilmt werden. Wichtiger Baustein der Workshops ist die Anleitung durch die Workshopleiter, die Betreuung und der begleitete Austausch unter den Teilnehmenden beispielsweise über Social Media, Messenger Dienste, Videochats, E-Mail und Telefon.

Die Workshops müssen in Kooperation mit einem Museum oder einer Städtischen Galerie stehen und einen thematischen Bezug zu den jeweiligen Einrichtungen in den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR aufweisen. Die Anforderungen für die Bezuschussung von Workshops im Rahmen der Projekterweiterung entsprechen den bisherigen Modalitäten von gesundmitkunst.

Die konkreten Workshop-Angebote werden auf folgender Homepage veröffentlicht: www.gesundmitkunst.de

Erweiterung des Gesamtprojekts

Unabhängig von dieser Erweiterung bleibt das Projekt gesundmitkunst in seiner bisherigen Form bestehen. Seit 2019 und noch bis Ende 2020 finden Workshops aller künstlerischen Sparten, die zur Gesundheitsförderung beitragen, an Museen und Städtischen Galerien in den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. statt.

Im Rahmen des Modellprojekts werden weiterhin Zuschüsse für Workshops in den Museen der Mitgliedsstädte des Netzwerks vergeben, dem alle bayerischen Kommunen beitreten können. Gefördert wird das Projekt von der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse und evaluiert von der Medical School Hamburg (MSH). Die Evaluation soll aufzeigen, welche Determinanten der Gesundheitsförderung positiv durch kunstpädagogische Angebote beeinflusst werden. Aus den Ergebnissen sollen Empfehlungen für neue Angebotsformen für die kommunale Gesundheitsförderung abgeleitet werden.

Schirmherrschaft

Die Schirmherrschaft für das Projekt gesundmitkunst haben Melanie Huml (Staatsministerin für Gesundheit und Pflege) und Bernd Sibler (Staatsminister für Wissenschaft und Kunst) übernommen.

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. ist ein Zusammenschluss von derzeit 54 Kommunen, die in gemeinsamen Projekten bayernweit kulturelle Impulse setzen und Kunst, Kultur und Kulturelle Bildung fördern. ❐

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 30. April 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

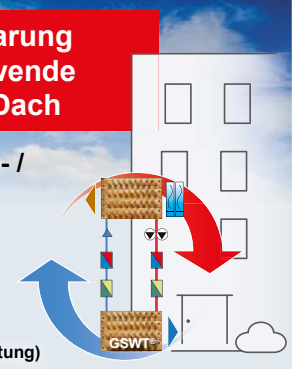
Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

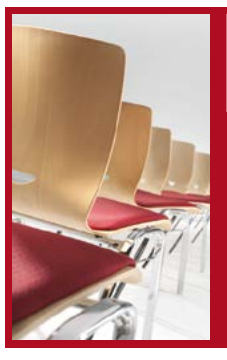
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de